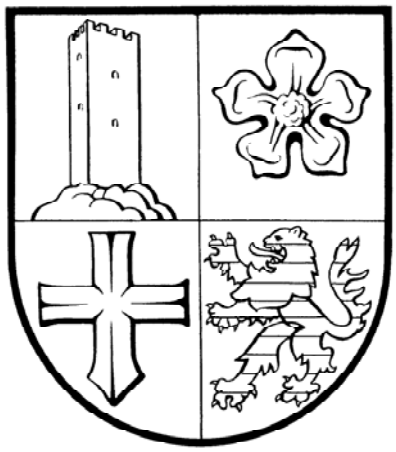


Auszug aus dem

Jahresabschluss des Kreises Bergstraße

für das Haushaltsjahr 2010

(ohne Teilfinanz- und Teilergebnisrechnungen)

Jahresabschluss des Kreises Bergstraße
für das Haushaltsjahr 2010

- Inhaltsverzeichnis –

Kap.	Inhalt	Seite
I.	**Einleitung**	1
II.	**Rechenschaftsbericht**	3
	Bericht über das abgelaufende Haushaltsjahr 2010	6
	Analyse der Haushaltswirtschaft 2010	16
	Bericht über Vorgänge von besonderer Bedeutung	46
	Lage- und Prognosebericht mit Chancen-Risiko-Analyse	51
III.	**Controllingbericht**	56
IV.	**Bilanz (Vermögensrechnung)**	79
V.	**Anhang**	81
	Allgemeine Angaben	82
	Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden	83
	Erläuterungen zur Bilanz, Forderungen, Verbindlichkeiten, Rückstellungen und Rücklagen	84
	Sonstige Angaben	97
VI.	**Übersichten**	
	Sonderpostenspiegel	103
	Übertragene Haushaltsermächtigungen	104
	Ansatz und Ergebnis der Budgets	109
	Personal- und Stellenwirtschaft	114
	Außer- und Überplanmäßige Ausgaben	115
	Haushaltswirtschaftliche Sperre	117
VII.	**Ergebnis- und Finanzrechnung**	
	Gesamtergebnisrechnung	119
	Gesamtfinanzrechnung -indirekt -	120
	Gesamtfinanzrechnung -direkt-	121
VIII.	**Teilergebnis- und Teilfinanzrechnung**	
	01- Innere Verwaltung	123
	02-Schule und Kultur	173
	03-Soziales und Jugend	191
	04-Gesundheit und Sport	229
	05-Gestaltung der Umwelt	237
	06-Zentrale Finanzleistungen	265
IX.	**Erläuterungen**	273

Einleitung

Mit dem Haushaltsplan für das Jahr 2008 hat der Kreis Bergstraße im Rahmen der Reform des kommunalen Haushaltsrechts sein Haushalts-und Rechnungswesen von der Kameralistik auf die Doppik umgestellt. Auf der Basis des Beschlusses der Innenministerkonferenz vom 21.11.2003 und der daraufhin zu erwartenden Änderungen in der Landesgesetzgebung hat der Kreistag des Kreises Bergstraße am 08.11.2004 beschlossen, die Doppik einzuführen.

Damit hat sich der Kreis verpflichtet, zum Schluss eines jeden Haushaltsjahres einen Jahresabschluss nach den Grundsätzen ordnungsgemäßer doppelter Buchführung aufzustellen (§ 114 s Abs. 1 HGO). Basis hierfür sind, im Gegensatz zum bisherigen kameralen Abschluss, die Vorschriften des Handelsgesetzbuches für den Jahresabschluss von Kapitalgesellschaften (§§ 238 ff HGB), welche durch Anpassungen und Ergänzungen auf die spezifischen Anforderungen der kommunalen Rechnungslegung modifiziert wurden. Siehe auch § 114s bis 114u der HGO und die §§ 44 bis 56 GemHVO und die hierzu erlassenen Verwaltungs-vorschriften.

Der Jahresabschluss enthält gemäß § 114s Abs.1 HGO:

- sämtliche Vermögensgegenstände
- Schulden
- Rechnungsabgrenzungen
- Erträge und Aufwendungen
- Einzahlungen und Auszahlungen Er hat die tatsächliche Vermögens-, Finanz-und Ertragslage des Kreises darzustellen.

Der Jahresabschluss gliedert sich gemäß § 114s Abs.2 HGO in:

- die Vermögensrechnung (Bilanz)
- die Ergebnisrechnung
- die Finanzrechnung

Ferner sind dem Jahresabschluss gemäß § 114s Abs.3 HGO als Anlagen beizufügen:

- ein Anhang, in dem die wesentlichen Posten des Jahresabschlusses zu erläutern sind, mit Übersichten über das Anlagevermögen, die Forderungen und Verbindlichkeiten sowie
- eine Übersicht über die in das folgende Jahr zu übertragenden Haushalts-ermächtigungen.

Analog zum Lagebericht einer Kapitalgesellschaft (§ 289 HGB) und als Pendant zum Vorbericht des Haushaltsplans hat der Kreis gemäß § 51 GemHVO-Doppik dem Jahresabschluss einen Rechenschaftsbericht beizufügen.

Zuständig für die Aufstellung des Jahresabschlusses ist gemäß § 114s Abs. 9 HGO der Kreisausschuss. Er soll innerhalb von vier Monaten nach Ablauf des Haushaltsjahres aufgestellt werden. Der Kreistag soll unverzüglich über die wesentlichen Ergebnisse des Abschlusses unterrichtet werden.

Der Jahresabschluss für das Haushaltsjahr 2010 ist nach Prüfung durch das Revisionsamt mit dessen Schlussbericht vom Kreisausschuss dem Kreistag zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen (§ 114t HGO). Der Kreistag beschließt über den vom Revisionsamt geprüften Jahresabschluss bis spätestens 31.12.2012 und entscheidet über die Entlastung des Kreisausschusses (§114u Abs. 1 HGO). Der Beschuss des Kreistages über den Jahresabschluss ist öffentlich bekannt zu machen und an sieben Tagen öffentlich auszulegen (§ 114u Abs. 2 HGO).

Kreis Bergstraße



Rechenschaftsbericht

31. Dezember 2010

Inhalt

Einleitung Seite 3 -4

1. Bericht über das abgelaufene Haushaltsjahr 2010

1.1 Planung, Genehmigung, Berichterstattung Seite 4 - 8

1.2 Jahresabschluss, Prüfung Seite 8 - 14

2. Analyse der Haushaltswirtschaft 2010

2.1 Gesamtergebnishaushalt und -rechnung Seite14 - 16
2.1.1 Teilergebnishaushalt und -rechnung 01 Seite 16 - 19
2.1.2 Teilergebnishaushalt und -rechnung 02 Seite 19 - 21
2.1.3 Teilergebnishaushalt und -rechnung 03 Seite 21 - 29
2.1.4 Teilergebnishaushalt und -rechnung 04 Seite 30 - 31
2.1.5 Teilergebnishaushalt und -rechnung 05 Seite 31 - 33
2.1.6 Teilergebnishaushalt und -rechnung 06 Seite 33 - 35

2.2 Direkte Gesamtfinanzrechnung Seite 35 - 39

2.3 Indirekte Gesamtfinanzrechnung Seite 40 - 41

2.4 Vermögensrechnung Seite 41- 44

3. Bericht über Vorgänge von besonderer Bedeutung Seite 44 - 49

4. Lage- und Prognosebericht mit Chancen-Risiko-Analyse Seite 49 - 52

Einleitung

Gemäß § 114s HGO ist der Jahresabschluss des Kreises durch einen Rechenschaftsbericht zu erläutern. Zum Inhalt des Rechenschaftsberichtes schreibt § 51 GemHVO-Doppik vor, dass hier der Verlauf der Haushaltswirtschaft und die Lage des Kreises unter dem Gesichtspunkt der Sicherung der stetigen Erfüllung der Aufgaben so darzustellen ist, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird. Dabei sind die wichtigen Ergebnisse des Jahresabschlusses und erhebliche Abweichungen der Jahresergebnisse von den Haushaltsansätzen zu erläutern und eine Bewertung der Abschlussrechnungen vorzunehmen. Der Rechenschaftsbericht soll auch darstellen:

1. Angaben über den Stand der Aufgabenerfüllung mit den Zielsetzungen und Strategien,
2. Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Schluss des Haushaltsjahres eingetreten sind,
3. die voraussichtliche Entwicklung mit ihren wesentlichen Chancen und Risiken von besonderer Bedeutung; zugrunde liegende Annahmen sind anzugeben,
4. wesentliche Abweichungen zwischen geplanten und tatsächlich durchgeführten Investitionen.

Die Verwaltungsvorschriften zum § 51 GemHVO-Doppik bestimmen, dass im Rechenschaftsbericht der Verlauf der Verwaltungs-, Investitions- und Finanzierungstätigkeit in konzentrierter Form darzustellen ist. In den Ausführungen zur Lage des Kreises soll zum Ausdruck kommen, ob der Kreis über eine die stetige Aufgabenerfüllung gewährleistende finanzwirtschaftliche Grundlage verfügt. Als wesentliches Ziel des Rechenschaftsberichtes wird die analysierende Darstellung der derzeitigen und zukünftigen Produktorientierung bezeichnet. Für die Gestaltung des Rechenschaftsberichtes, seinen Aufbau und Umfang sind keine besonderen Formen vorgegeben. Die Darstellungsform soll in den folgenden Haushaltsjahren kontinuierlich beibehalten werden, um einen Vergleich mit dem Vorjahr zu erleichtern.

Auf der Basis dieser Vorgaben wird der Rechenschaftsbericht in folgende Teile gegliedert:

- Bericht über das abgelaufene Haushaltsjahr 2010
- Analyse der Haushaltswirtschaft 2010
- Bericht über Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Schluss des Haushaltsjahres 2010 eingetreten sind
- Lage- und Prognosebericht mit der Chancen-Risiko-Analyse
- Controllingbericht zum Jahresabschluss 2010

Bei der Berichterstattung sind folgende Grundsätze zu beachten:

- Grundsatz der Richtigkeit
- Grundsatz der Vollständigkeit

- Grundsatz der Klarheit
- Grundsatz der Vergleichbarkeit
- Grundsatz der Ausgewogenheit

1. Bericht über das abgelaufene Haushaltsjahr 2010

1.1 Planung, Genehmigung, Berichterstattung

Mit dem Haushaltsplan 2008 hat der Kreis Bergstraße im Rahmen der Reform des kommunalen Haushaltsrechts seine Haushaltswirtschaft von der Kameralistik auf die Doppik umgestellt. Mit dieser Umstellung ist der Wechsel vom Geldverbrauchskonzept zum Ressourcenverbrauchskonzept vollzogen worden. An die Stelle des Verwaltungs- und Vermögenshaushaltes ist der Ergebnis- und Finanzhaushalt getreten. An die Stelle der kameralen Haushaltsstellen sind Produkte (Kostenträger), Kostenstellen und die Sachkonten entsprechend dem kommunalen Verwaltungskontenrahmen getreten.

Da sich die produktorientierte Struktur des doppischen Kreishaushaltes 2008 bewährt hat, wurde sie für die Aufstellung der Haushaltspläne 2009 und 2010 beibehalten. Eine umfassende Produktkritik hat jedoch zu einer Reduzierung von 94 auf 69 Produkte geführt, ohne dass Steuerungsmöglichkeiten und Transparenz beeinträchtigt wurden. Ziele und Kennzahlen wurden den neuen Produkten angepasst. Die Budgetrichtlinien wurden im Hinblick auf den Ausbau von Kompetenz und Verantwortung fortgeschrieben. Im Haushaltsplan 2010 erfolgte erstmalig die Gegenüberstellung von Planansätzen aus zwei Haushaltsjahren mit einem Ergebnis und ermöglichte damit die Betrachtung doppischer Werte über einen Zeitraum von drei Jahren. Mit der Aufstellung des Haushaltsplanes 2009 erfolgte die Einführung der internen Leistungsverrechnung und wurde mit der Aufstellung des Haushaltsplanes 2010 ausgebaut. Im sekundären Bereich des Ergebnishaushaltes werden nunmehr abgebildet:

- die Verrechnung schulumlagerelevanter Aufwendungen,
- die bedarfsgerechte Umlegung der Zuschussbedarfe der Produkte „1070 IT-Management“ und „1081 Zentrale Dienste und Fuhrpark“,
- die nutzflächenorientierte Verteilung des Zuschusses an den Eigenbetrieb „Gebäudewirtschaft“.

Bis zum Abschluss des letzten kameralen Haushaltsjahres 2007 war ein kumuliertes Defizit von rd. 130 Mio. € entstanden. Dies spiegelte sich in einem Kassenkreditbestand in der Eröffnungsbilanz zum 01.01.2008 von 135 Mio. € wieder. Nach der Umstellung der Haushaltswirtschaft ist eine Fortschreibung des kumulierten kameralen Defizits nicht mehr möglich. Insofern kommt der aktuellen Information über die Höhe des Kassenkreditbestandes im Haushaltsplan und Jahresabschluss eine größere Bedeutung zu. Zu Beginn des Haushaltjahres 2009 betrug der Kassenkreditbestand

154,1 Mio. €. Sondereffekte aus den Konjunkturprogrammen haben dazu geführt, dass der Kassenkreditbestand zum Jahresbeginn auf 149,1 Mio. € zurückgegangen ist. Sowohl die Umkehrung der vorgenannten Sondereffekte als auch die finanzielle Entwicklung im Haushaltsjahr 2010 haben zu einem Anstieg des Kassenkreditbestandes auf 191,36 Mio. € am Jahresende 2010 geführt.

Der Kreistag des Kreises Bergstraße hat in seiner Sitzung am 14.12.2009 den dritten doppischen Haushaltsplan verabschiedet und die Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2010 erlassen. In der Haushaltssatzung wurde der Fehlbedarf im Ergebnishaushalt auf rd. 36,9 Mio. € und der Saldo aus den Einzahlungen und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf rd. – 35,1 Mio. € festgesetzt. Ferner wurde eine Kreditaufnahme zur Finanzierung von Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen von rd. 8,9 Mio. € und ein Gesamtbetrag von Verpflichtungsermächtigungen von rd. 2,1 Mio. € in der Haushaltssatzung festgesetzt. Bei der Entwicklung des Kassenkreditbestandes wurde eine Zunahme von 38 Mio. € prognostiziert. Die aufsichtsbehördliche Genehmigung der Haushaltssatzung erfolgte mit Verfügung des Regierungspräsidiums Darmstadt vom 25.03.2010 ohne Bedingungen mit folgenden Auflagen:

- Die Aufnahme der in § 2 der Haushaltssatzung vorgesehenen Kredite bedarf gemäß § 114j Abs. 4 Nr. 2 HGO meiner Genehmigung (Einzelgenehmigung). Ausgenommen hiervon sind Kredite aus dem Hessischen Investitionsfonds. Im Rahmen der Einzelgenehmigung wird das Kreditvolumen im Haushaltsplan des Landkreises Bergstraße auf 5,6 Mio. € und im Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes „Gebäudewirtschaft Kreis Bergstraße“ auf 22,5 Mio. € begrenzt.
- Die in § 3 der Haushaltssatzung vorgesehenen Verpflichtungsermächtigungen sind für
  a) Fortführungsmaßnahmen oder
  b) neue Maßnahmen bei Vorliegen eines schriftlichen Bewilligungsbescheides des Bundes oder Landes

  in Anspruch zu nehmen. Die Entscheidung über eine weitergehende Inanspruchnahme der Verpflichtungsermächtigungen behalte ich mir vor. **Die Verwendung von Verpflichtungsermächtigungen darf nicht zu einer Nettoneuverschuldung in den nächsten Jahren führen.**
- Die Haushaltswirtschaft ist so zu führen, dass im Rechnungsergebnis 2010 das Defizit um mindestens 3,2 Mio. € (= 1% des Gesamtbetrages der Aufwendungen) vermindert wird. Zur Sicherstellung dieser Zielvorgabe ist zum 01. August 2010 zu dem jeweiligen Stand der Haushaltsentwicklung zu berichten. Ich weise bereits jetzt darauf hin, dass auch die Defizite der Finanzplanungsjahre deutlich reduziert werden müssen.
- Von der Möglichkeit, haushaltswirtschaftliche Sperren gemäß § 114n HGO auszusprechen, ist Gebrauch zu machen. Über die Höhe der ausgesprochenen Sperren ist mir unverzüglich, spätestens jedoch zum 01.08.2010 zu berichten.

- Das vom Kreistag beschlossene Konzept zur Haushaltskonsolidierung ist bei der Verabschiedung einer Nachtragssatzung fortzuschreiben. Dabei weise ich insbesondere auf § 24 Abs. 4 GemHVO-Doppik hin.
- Durch eine restriktive Stellenbewirtschaftung ist auf eine Personalkostenbegrenzung hinzuwirken. Die Personalaufwendungen sind um 300 T€ zu kürzen. Die dadurch wegfallenden Stellen sind mir in Ihrem Bericht zur Auflagenerfüllung mitzuteilen. Auf die Schaffung und Besetzung neuer Stellen ist zu verzichten. Ein unabweisbarer Mehrbedarf ist in allen Bereichen in erster Linie durch interne Versetzungs- bzw. Organisationsmaßnahmen auszugleichen. Von der in der Haushaltssatzung festgesetzten zwölfmonatigen Stellenbesetzungssperre kann nur in begründeten Fällen und nur nach meiner vorherigen Zustimmung abgewichen werden. Der unabweisbare Bedarf oder die rechtliche Verpflichtung hierzu sind dabei eingehend zu begründen. Frei werdende Mittel aus der Stellenbesetzungssperre sind einzusparen.
- Auszahlungen und Aufwendungen, die nicht auf Gesetz oder Vertrag beruhen, sind auf ihre Notwendigkeit hin zu überprüfen. Neue Auszahlungen, Aufwendungen und Aufgaben können nur übernommen werden, wenn sich eine konkrete Verpflichtung aus Rechtsvorschriften ergibt. Ausnahmen von diesen Grundsätzen bedürfen meiner vorherigen Zustimmung. Eine Aufstellung aller freiwilligen Leistungen ist mir spätestens mit der Vorlage des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2011 zur Verfügung zu stellen.
- Über- und außerplanmäßige Aufwendungen, die nach Umfang und Bedeutung erheblich sind, bedürfen meiner vorherigen Zustimmung. Ausgenommen sind Aufwendungen, die durch spezielle Entgelte (Gebühren, Beiträge, Zuweisungen, Zuschüsse, Erstattungen etc.) gedeckt sind und keine oder nur unbedeutende Folgekosten verursachen. Es ist nachzuweisen, dass die Aufwendungen unvorhersehbar und unabweisbar sind und die Deckung gewährleistet ist (§114g HGO).
- Vermögensgegenstände die nicht mehr zur Aufgabenerfüllung benötigt werden, sind zu veräußern. Erlöse aus Vermögensveräußerungen müssen grundsätzlich zur Reduzierung bestehender oder zur Vermeidung neuer Schulden verwendet werden. Hierzu verweise ich auf den Finanzplanungserlass des Hessischen Ministeriums des Innern und für Sport vom 02.10.2009.
- Beiträge und Gebühren sind, soweit keine Kostendeckung vorliegt, anzupassen. Die Erhöhung von Mieten und Pachten ist unter Beachtung rechtlicher Vorgaben zu überprüfen. In diesem Zusammenhang weise ich auf die Einnahmebeschaffungsgrundsätze nach § 93 HGO i. V. m. §§ 8 ff des Gesetzes über kommunale Abgaben (KAG) hin.
- Auf neue Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen, die erhebliche Folgekosten verursachen, ist grundsätzlich zu verzichten. Sollten dennoch Maßnahmen dieser Art dringend notwendig werden, ist vor Inangriffnahme der Maßnahme bzw. vor Beantragung von entsprechenden Bundes- oder Landesbeihilfen meine Zustimmung einzuholen. Dabei ist nachzuweisen, dass die erforderlichen Eigenmittel sowie die Folgekosten aufgebracht werden können.

Die nach § 12 Abs. 2 GemHVO-Doppik zu erstellenden Unterlagen sind dem Bericht beizufügen. Von dieser Auflage ausgenommen sind Maßnahmen des Sonderinvestitionsprogramms des Bundes und des Landes. Im Haushaltsvollzug ist darauf zu achten, dass der in der Finanzplanung prognostizierte Schuldenabbau nicht gefährdet wird.

Zur Erfüllung der Auflagen hat der Kreisausschuss in seiner Sitzung am 12.04.2010, gemäß § 114n HGO, eine haushaltswirtschaftliche Sperre für den Ergebnishaushalt, in Höhe von insgesamt 2.200 T€ erlassen. Zusammen mit den vom Haupt-, Finanz- und Personalausschuss beschlossenen Sperren, wurden somit Mittel in Höhe von 2.685 T€ der unmittelbaren Verfügbarkeit entzogen. Hiervon entfallen 1.685 T€ auf Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen und 1.000 T€ auf Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse. Weiterhin sollte die eingeschränkte Freigabe der Kreditaufnahme Basis für die Aufstellung des Nachtrages zum Haushaltsplan 2010 und zum Wirtschaftsplan 2010 des Eigenbetriebes „Gebäudewirtschaft Kreis Bergstraße“ sein.

Im ersten Finanz- und Controllingbericht, welcher auf der Basis des Haushaltsvollzuges bis zum 30.04.2010 und der Mittelanmeldungen für den Nachtrag zum Haushaltsplan 2010 erstellt wurde, war eine negative Entwicklung des Jahresergebnisses (- 2.168,1 T€) prognostiziert worden. Ursächlich hierfür waren Verluste bei den ordentlichen Erträgen (- 870,5 T€) und zusätzliche ordentliche Aufwendungen (+ 2.152,7 T€). Verbessernd haben sich zu diesem Zeitpunkt die Entwicklung des Finanzergebnisses (+ 74,2 T€) und des außerordentlichen Ergebnisses (+ 735,1 T€) ausgewirkt. Maßgeblich für die Entwicklung der ordentlichen Erträge waren die Verluste bei den Erträgen aus Transferleistungen. Verantwortlich für den Zuwachs bei den ordentlichen Aufwendungen waren zusätzliche Rückstellungen für die Altersteilzeit und für die Beihilfen der Versorgungsempfänger. Die vom Haupt-, Finanz- und Personalausschuss verfügte Kürzung der Personalaufwendungen von 300 T€ sollte durch Personalbewirtschaftungsmaßnahmen umgesetzt werden. Ob die Auflage, das Rechnungsergebnis 2010 um mindestens 3,2 Mio. € zu vermindern realisiert werden kann, war zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Bericht nicht absehbar. Eine Ergebnisverbesserung wurde jedoch, insbesondere durch die Umsetzung der Haushaltssperren, als möglich erachtet.

Der zweite Finanz- und Controllingbericht wurde auf der Basis des Haushaltsvollzuges zum 31.07.2010 und der aktualisierten Mittelanmeldungen für den Nachtrag zum Haushaltsplan 2010 erstellt und prognostiziert ein negatives Jahresergebnis von rd. 35,6 Mio. €. Sowohl im Haushaltsvollzug als auch in der Veranschlagung für den Nachtrag zum Haushaltsplan 2010 sind positive Entwicklungen entstanden, die gegenüber dem ersten Bericht zu einer Ergebnisverbesserung von nahezu 3,5 Mio. € beigetragen haben. Maßgeblich hierfür ist eine Verbesserung des ordentlichen Ergebnisses um rd. 3,2 Mio. € aufgrund von Aufwandsreduzierungen in einer Größenordnung von über 5,8 Mio. €. Die hierin enthaltene Verminderung der Transferaufwendungen für SGB-II-Leistungen hat auf der Ertragsseite zu zusätzlichen Verlusten

von rd. 2,7 Mio. € geführt. Auch im außerordentlichen Ergebnis ist eine Verbesserung von rd. 0,3 Mio. € gegenüber dem ersten Bericht eingetreten.

Der am 13.12.2010 vom Kreistag beschlossene Nachtrag zum Haushaltsplan 2010 weist ein negatives Jahresergebnis von rd. 33,8 Mio. € aus. Gegenüber dem zweiten Finanz- und Controllingbericht hat sich die positive Entwicklung des Jahresergebnisses weiter fortgesetzt (+ 1,8 Mio. €). Maßgeblich hierfür waren rückläufige Zinsaufwendungen für Kassenkredite und eine Reduzierung der Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse. Gegenüber dem Haushalt 2010 weist der Nachtrag nunmehr eine Verbesserung des Jahresergebnisses von nahezu 3,2 Mio. € aus. Damit wurde die entsprechende Auflage der kommunalaufsichtlichen Genehmigung bereits vorzeitig erfüllt. Dies ist bei der Aufnahme von Krediten zur Finanzierung von Investitionen und Investitionsförderungen leider nicht gelungen. Die von der Aufsichtsbehörde verfügte Begrenzung wurde im Nachtragshaushalt 2010 um rd. 0,8 Mio. € verfehlt. Die geplante Reduzierung des Finanzmittelbedarfs aus der Finanzierungstätigkeit führt zunächst zu einer Senkung des Bedarfs an Kassenkrediten auf etwa 36 Mio. €. Zur Zwischenfinanzierung des Zukunftsinvestitionsprogrammes des Bundes wurde ein weiterer Bedarf von 10 Mio. € und somit ein Jahresendbestand von rd. 194 Mio. € prognostiziert. Mit der aufsichtsbehördlichen Genehmigung des Nachtragshaushaltes 2010 vom 07.01.2011 waren keine neuen Auflagen verbunden. Die bisherigen Auflagen bleiben bis zur Genehmigung des Haushaltes 2011 weiter bestehen.

1.2 Jahresabschluss, Prüfung

Die Gesamtergebnisrechnung des Haushaltsjahres 2010 weist nunmehr ein negatives Jahresergebnis von etwa 28,9 Mio. € aus. Gegenüber dem im Nachtragshaushalt 2010 fortgeschriebenen Jahresergebnis von rd. 33,8 Mio. € tritt somit eine Verbesserung von etwa 4,9 Mio. € ein. Unter Berücksichtigung der übertragenen Ermächtigungen aus dem Ergebnishaushalt 2009 in Höhe von rd. 531,4 T€ beträgt die Verbesserung etwa 5,4 Mio. €. Diese Entwicklung basiert auf:

- höheren ordentlichen Erträgen von rd. 1,3 Mio. €
- geringeren ordentlichen Aufwendungen von rd. 4,8 Mio. €
- einer Verbesserung des Finanzergebnisses von rd. 0,8 Mio. €
- einer Verschlechterung des außerordentlichen Ergebnisses von rd. 2,0 Mio. €

Zur positiven Entwicklung der ordentlichen Erträge haben maßgeblich beigetragen:

- der Anstieg der öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelte mit + 852,7 T€,
- die gestiegenen Zuweisungen und Zuschüsse mit + 1.265,3 T€,
- die höheren Erträge aus der Auflösung von Sonderposten mit + 72,0 T€
- die sonstigen ordentlichen Erträge mit + 834,2 T€.

Die negativen Entwicklungen bei

- den Kostenersatzleistungen und -erstattungen mit – 509,3 T€ und
- den Erträgen aus Transferleistungen mit – 1.175,0 T€

haben das Ergebnis der ordentlichen Erträge belastet. Die nachfolgende Tabelle zeigt das Jahresergebnis gegliedert nach Teilhaushalten in T€.

Pos.	Beschreibung	JA 2010	THH 01	THH 02	THH 03	THH 04	THH 05	THH 06
01	Privatrechtliche Leistungsentgelte	38,8	0,5	3,0	33,0	0,6	1,7	
02	Öffentlich-Rechtliche Leistungsentgelte	7.250,8	4.391,9	560,2	17,9	165,7	2.115,1	
03	Kostenersatzleistungen und -erstattungen	3.538,8	811,1	690,0	1.801,2		24,3	212,2
04	Bestandsveränderungen + aktivierte Eigenleistungen							
05	Steuern und steuerähnliche Erträge einschließlich Umlagen	137.991,8		50.957,2				87.034,6
06	Erträge aus Transferleistungen	75.496,8			75.525,8			-29,0
07	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen	52.898,8	2.001,7	5.863,2	12.722,2	11,5	2.757,8	29.542,4
08	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten	3.032,7	0,8	1.567,8			606,4	857,7
09	Sonstige ordentliche Erträge	950,0	108,4	65,0	747,2		29,4	
10	**Summe der ordentlichen Erträge**	**281.198,5**	**7.314,4**	**59.706,4**	**90.847,3**	**177,8**	**5.534,7**	**117.618,0**
11	Personalaufwendungen	32.565,5	12.607,5	4.292,4	9.231,2	1.902,9	4.278,1	253,4
12	Versorgungsaufwendungen	3.416,2	1.896,2	112,3	709,0	81,5	528,2	89,0
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	23.890,1	3.688,4	15.376,2	1.258,6	45,6	2.648,4	872,9
14	Abschreibungen	5.527,9	518,2	2.963,0	445,3	25,9	1.329,3	246,2
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse	43.159,7	447,3	33.433,7	5.128,0	271,3	1.620,2	2.259,2
16	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus Umlagen	43.093,7	25,4		0,4		409,6	42.658,3
17	Transferaufwendungen	150.578,2		0,7	150.577,5			
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen	5,5	5,5					
19	**Summe der ordentlichen Aufwendungen**	**302.236,8**	**19.188,5**	**56.178,3**	**167.350,0**	**2.327,2**	**10.813,8**	**46.379,0**
20	**Verwaltungsergebnis**	**-21.038,3**	**-11.874,2**	**3.528,1**	**-76.502,7**	**-2.149,4**	**-5.279,1**	**71.239,0**
21	Finanzerträge	397,4	67,2		0,6			329,6
22	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	6.295,8		1.057,1				5.238,7
23	**Finanzergebnis**	**-5.898,4**	**67,2**	**-1.057,1**	**0,6**			**-4.909,1**
24	**Ordentliches Ergebnis**	**-26.936,7**	**-11.807,0**	**2.471,0**	**-76.502,1**	**-2.149,4**	**-5.279,1**	**66.329,9**
25	Außerordentliche Erträge	1.667,9	48,0	77,8	547,7	0,7	46,1	947,6
26	Außerordentliche Aufwendungen	3.578,1	32,3	455,2	781,9	1,5	546,1	1.761,1
27	**Außerordentliches Ergebnis**	**-1.910,2**	**15,7**	**-377,4**	**-234,2**	**-0,8**	**-500,0**	**-813,5**
28	**Jahresergebnis**	**-28.846,9**	**-11.791,3**	**2.093,6**	**-76.736,3**	**-2.150,2**	**-5.779,1**	**65.516,4**

Ausschlaggebend für die positive Entwicklung der öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelte sind die Mehrerträge von rd. 666,2 T€ beim Zulassungs- und Fahrerlaubniswesen (Produkt 1261). Auch in den Bereichen Bauaufsicht und Baugenehmigung, Veterinäramt, Gesundheitsamt und Vollstreckung ist es zu Mehrerträgen in fünfstelliger Höhe gekommen.
Neben dem Plus bei der Grunderwerbsteuerzuweisung (579,1 T€) haben die verbesserten Bedarfszuweisungen im Teilhaushalt 03 – Soziale und Jugend (+ 645,6 T€) zu der positiven Entwicklung bei den Erträgen aus Zuweisungen und Zuschüssen beigetragen.

Die höheren Erträge aus der Auflösung von Sonderposten sind durch die Förderung im Rahmen der Konjunkturprogramme im Bereich der Schulen und eine erhöhte Förderung des ÖPNV entstanden.

Die positive Entwicklung bei den sonstigen ordentlichen Erträgen wurde im Wesentlichen durch die Erträge aus dem Umsteuerungskonzept des Jugendamtes (743,2 T€) verursacht. Ferner haben Gutschriften und Nebenerlöse zu der Entwicklung beigetragen.

Bei den Kostenersatzleistungen und -erstattungen haben die Mindererträge von 550,8 T€ bei dem Produkt 3170 – Hilfe zur Erziehung das Ergebnis belastet.

Zur positiven Entwicklung bei den ordentlichen Aufwendungen haben beigetragen:

- geringere Versorgungsaufwendungen mit 1.429,4 T€,
- geringere Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen mit 1.681,5 T€,
- geringere Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse mit 592,9 T€,
- geringere Aufwendungen für Steuern und Umlagen mit 40,0 T€,
- geringere Transferaufwendungen mit 2.043,7 T€ und
- niedrigere Zinsaufwendungen mit 774,3 T€.

Das Ergebnis belastet haben:

- höhere Personalaufwendungen mit 420,1 T€ und
- höhere Abschreibungen mit 623,2 T€.

Die Neuberechnung der Rückstellungen für Pensionen und Beihilfen der Versorgungsempfänger aufgrund dienst- und versorgungsrechtlicher Anpassungen hat rückläufige Versorgungsaufwendungen zur Folge.

Bei den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen bildet der Teilergebnishaushalt 02 – Schule und Kultur mit Minderaufwendungen von 1.037,2 T€ den Schwerpunkt dieser Ergebnisverbesserung. Neben dem Teilhaushalt 02 haben auch die Teilhaushalte 01 und 03 mit sechsstelligen Werten zu dieser Entwicklung bei den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen beigetragen.

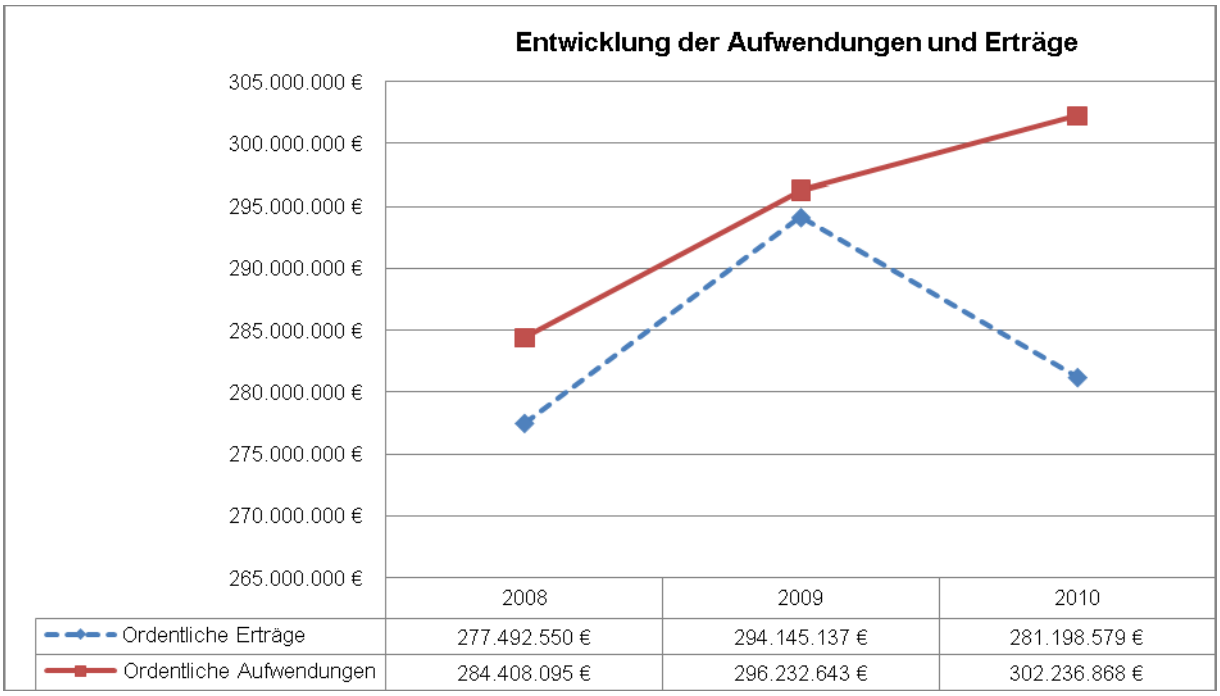
Hauptursache für diese Entwicklung sind in Verbindung mit der haushaltswirtschaftliche Sperre, mit einer Wirkung von über 700 T€, die Konsolidierungsbemühungen der Kreisverwaltung.

Bei den Minderaufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse liegen die Schwerpunkte in den Teilhaushalten 01 (-35,0 T€), 02 (-576,3 T€) und 03 (-495,4 T€). In den Teilhaushalten 05 und 06 ist es zu einer Mehrbelastung von rd. 265,6 T€ bzw. 248,6 T€ durch die Inanspruchnahme einer aus dem Vorjahr übertragenen Ermächtigung für die Zuweisung der „AG Reaktivierung Überwaldbahn“ und eine Erhöhung des Kreiszuschuss an den „Eigenbetrieb Gebäudewirtschaft“ für die Instandhaltung und Unterhaltung der Verwaltungsgebäude gekommen. Auch bei den Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse hat die haushaltswirtschaftliche Sperre mit einer Wirksamkeit von rd. 879,7 T€ maßgeblich zu der Entwicklung beigetragen.

Von der zusätzlichen Belastung bei den Personalaufwendungen entfallen 361,8 T€ auf die Zuführung zu der Rückstellung für die Verpflichtung zur Einrichtung von Lebensarbeitszeitkonten. Ferner ist es durch das Umsteuerungskonzept des Jugendamtes zu Personalaufwendungen in Höhe von rd. 139,0 T€ gekommen, welche nicht durch Planansätze sondern durch Erträge des Umsteuerungskonzeptes zu decken sind.

Höhere Abschreibungen sind in den Teilergebnishaushalten 01 (201,5 T€), 03 (348,8 T€), 05 (149,2 T€) und 06 (246,2 T€) zu verzeichnen. Im Teilergebnishaushalt 02 sind die Abschreibungen um 303,1 T€ geringer ausgefallen. Wesentliche Ursachen für die Mehrbelastung sind wertberichtigte Forderungen mit 678,1 T€ sowie höhere Abschreibungen aus Investitionszuschüssen und für geringwertige Wirtschaftgüter. Entlastend hat sich die Neubewertung der Ausstattungen in den Schulen im Rahmen der Prüfung der Eröffnungsbilanz ausgewirkt. Bei den Abschreibungen handelt es sich um nicht zahlungswirksame Aufwendungen, für die die Vorschrift des § 114g der HGO (überplanmäßige und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen) nicht anzuwenden ist.

Die nachfolgende Grafik zeigt die Entwicklung der ordentlichen Erträge und Aufwendungen in den ersten drei doppischen Jahren:



	2008	2009	2010
Ordentliche Erträge	277.492.550 €	294.145.137 €	281.198.579 €
Ordentliche Aufwendungen	284.408.095 €	296.232.643 €	302.236.868 €

Im außerordentlichen Ergebnis ist es zu Mehrerträgen von rd. 647,2 T€ und Mehraufwendungen von rd. 2.644,3 T€ gekommen. Auf der Ertragsseite haben in erster Linie periodenfremde Erträge, insbesondere des Teilhaushaltes 03, zu einer Verbesserung geführt. Die Entwicklung der Aufwandsseite ist durch die buchmäßige Übernahme des Beteiligungsverlustes bei der Kreiskrankenhaus gGmbH in Höhe von 1.757,5 T€ geprägt. Nennenswert sind vermehrte periodenfremde Aufwendungen im Teilhaushalt 02 (364,4 T€) und im Teilhaushalt 03 (493,8 T€). Während die periodenfremden Aufwendungen aufgrund ihrer Zahlungswirksamkeit durch entsprechende periodenfremde Erträge und durch entsprechende Minderaufwendungen in den Budgets gedeckt werden, handelt es sich bei dem Beteiligungsverlust um eine nicht zahlungswirksame Aufwendung, für die die Bestimmungen des § 114g der Hessischen Gemeindeordnung (überplanmäßige und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen) nicht anzuwenden sind.

Im sekundären Bereich sind Erträge und Aufwendungen in einer Größenordnung von jeweils rd. 9,2 Mio. € entstanden. Hierin enthalten sind rd. 3,6 Mio. € schulumlagerelevante Aufwendungen, welche bei der Abrechnung der Schulumlage zu berücksichtigen sind.

Die Gesamtfinanzrechnung für das Haushaltsjahr 2010 weist einen Finanzmittelfehlbetrag aus laufender Verwaltungstätigkeit in Höhe von rd. 24,6 Mio. € aus. Gegenüber dem Ansatz im Nachtragshaushalt 2010 ist eine Verbesserung von rd. 8,0 Mio. € eingetreten.

Aus der Investitionstätigkeit des Haushaltsjahres 2010 ist ein Finanzmittelfehlbetrag von rd. 18,8 Mio. € entstanden. Gegenüber dem Ansatz im Nachtragshaushalt 2010 ist eine Verschlechterung von rd. 10,3 Mio. € entstanden.

Bei der Finanzierung von haushaltsunwirksamen Zahlungsvorgängen ist ein Fehlbedarf von rd. 0,4 Mio. € eingetreten. Im Nachtragshaushalt 2010 wurde bei dieser Position ein ausgeglichenes Ergebnis veranschlagt.

Bei der Finanzierungstätigkeit ist zum Ausgleich der vorgenannten Fehlbeträge und zur Finanzierung der Tilgung ein Finanzmittelüberschuss von rd. 43,5 Mio. € entstanden. Gegenüber dem Ansatz im Nachtragshaushalt 2010 ist eine Abweichung von rd. 2,1 Mio. € eingetreten.

Der Kassenkreditbestand ist von rd. 149,1 Mio. € (31.12.2009) um rd. 42,3 Mio. € auf rd.191,4 Mio. € (31.12.2010) angestiegen. Der Bestand an Investitionskrediten hat sich von rd. 47,0 (31.12.2009) um rd. 1,2 Mio. € auf rd. 48,2 Mio. € erhöht. Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und dem Land sind somit von rd. 196,1 Mio. € am Jahresende 2009 auf rd. 239,6 Mio. € am Jahresende 2010 angestiegen.

Die Bilanz des Haushaltsjahres 2010 weist eine Summe von rd. 476,2 Mio. € aus. Gegenüber dem Haushaltsjahr 2009 ist ein Anstieg von rd. 21,6 Mio. € zu verzeichnen. Auf der Aktivseite hat der Anstieg des Anlagevermögens im Zusammenhang mit der Umsetzung der Konjunkturprogramme von Bund und Land maßgeblich zu dieser Entwicklung beigetragen. Auf der Passiva haben die Zunahme der Verbindlichkeiten von rd. 201,0 Mio. € auf rd. 245,9 Mio. €, die Zunahme der Sonderposten im Zusammenhang mit der Umsetzung der Konjunkturprogramme von Bund und Land von rd. 36,5 Mio. € auf 48,2 Mio. € und der Rückgang des Eigenkapitals von rd. 166,0 Mio. € auf rd. 133,2 Mio. € zu der Entwicklung beigetragen.

Entsprechend der Entscheidung des Kreistages wurde die **Eröffnungsbilanz** zum Stichtag 01.01.2008 aufgestellt. Die Vorlage beim Revisionsamt erfolgte fristgerecht mit dem Jahresabschluss 2008 im Frühjahr 2009. Das Revisionsamt hat die Prüfung im August 2010 abgeschlossen und dem Kreistag empfohlen, die Eröffnungsbilanz unter Berücksichtigung des Prüfungsergebnisses festzustellen. Der Kreistag ist dieser Empfehlung durch eine entsprechende Beschlussfassung in seiner Sitzung am 13.09.2010 gefolgt. In der Beschlussvorlage hat das Revisionsamt dem Kreistag mitgeteilt, dass aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse, die Eröffnungsbilanz und der Anhang den gesetzlichen Vorschriften entsprechen und unter Beachtung der Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögenslage des Kreises vermitteln.
Der im Prüfbericht festgestellte Korrekturbedarf bei dem Vermögen und dem Eigenkapital von rd. sechs Mio. € wurde in der Bilanz für das Jahr 2010 berücksichtigt. Hinsichtlich der Bewertung der Kreisstraßengrundstücke haben Verwaltung und Revision unterschiedliche Auffassungen vertreten. Da sich nach den bestehenden ge-

setzlichen Vorgaben keine Beanstandungen an den ausgewiesenen Werten ergaben, haben sich die Auffassungen der Verwaltung durchgesetzt.

Die Prüfungen der zwischenzeitlich aufgestellten und vorgelegten Jahresabschlüsse für die Haushaltsjahre 2008 und 2009 waren zum Zeitpunkt der Aufstellung dieses Rechenschaftsberichtes noch nicht abgeschlossen.

2. Analyse der Haushaltswirtschaft 2010

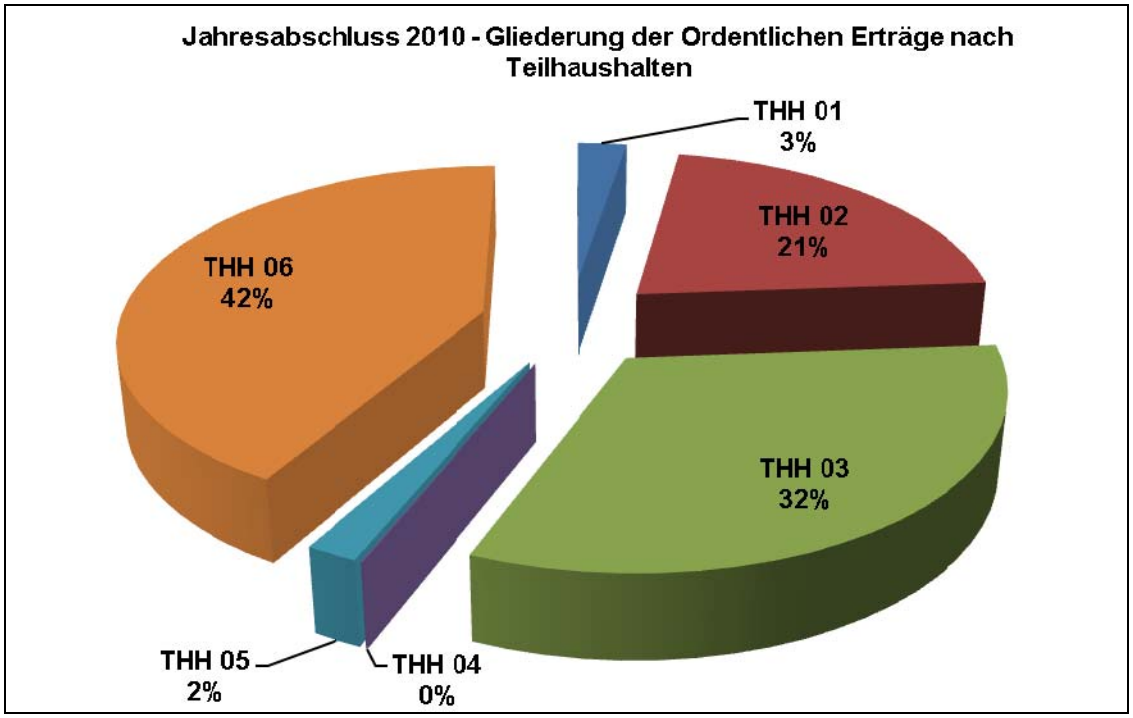
2.1 Gesamtergebnishaushalt und -rechnung

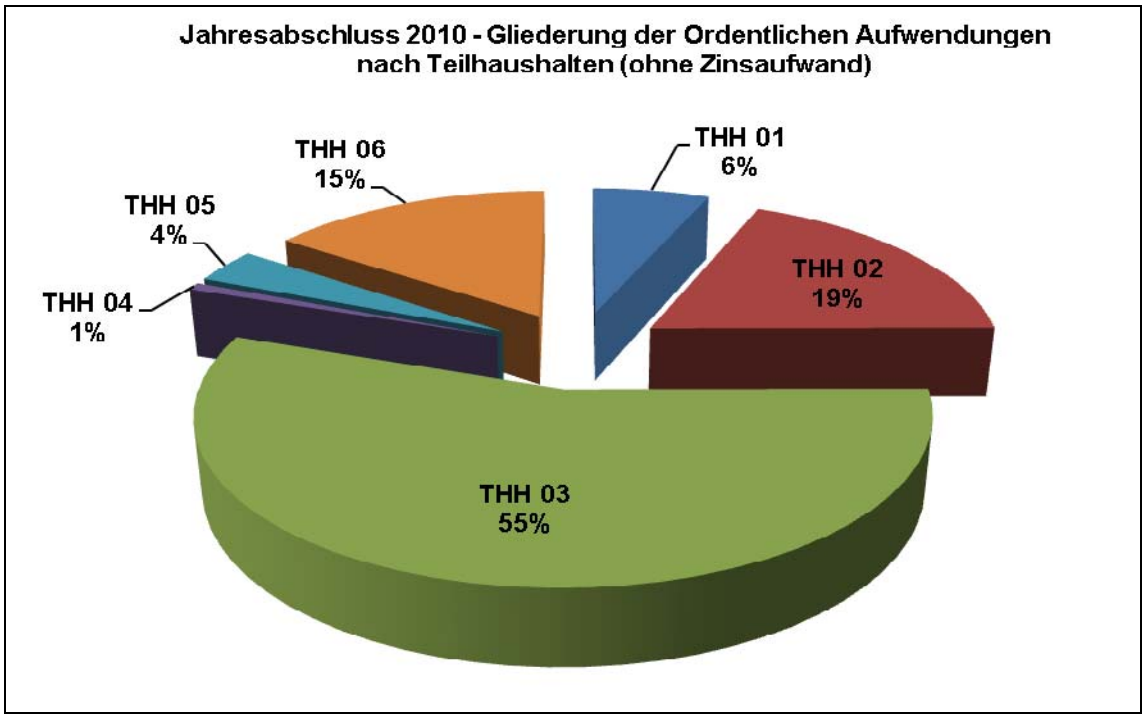
Wie bereits oben dargestellt, hat sich das Jahresergebnis in der Gesamtergebnisrechnung gegenüber dem Gesamtergebnishaushalt um rd. 4,9 Mio. € verbessert. Das ist eine Abweichung zwischen Planung und Ergebnis von rd. 15,5 %. Während der Ansatz der ordentlichen Erträge um rd. 1,3 Mio. € (= etwa 0,5 %) überschritten wurde, ist es bei den ordentlichen Aufwendungen zu einem um rd. 4,7 Mio. € (= etwa 2,5 %) geringeren Mittelbedarf gekommen. Das Finanzergebnis hat durch Ertragsverbesserungen und geringere Zinsaufwendungen mit 0,8 Mio. € zu der positiven Entwicklung des ordentlichen Ergebnisses beigetragen. Hier wurde zwischen Ansatz und Ergebnis eine Verbesserung von rd. 6,9 Mio. € (= etwa 20 %) erzielt. Durch nicht planbare Aufwendungen von rd. 2,6 Mio. € hat sich das außerordentliche Ergebnis negativ entwickelt. Hier ist es zu einer Abweichung zwischen Planung und Ergebnis von rd. 2,0 Mio. € gekommen.

Schwerpunkt bei den ordentlichen Erträgen ist, wie in den Vorjahren auch, die Kreis- und Schulumlage mit rd. 138 Mio. €. Das sind rd. 49 % der ordentlichen Erträge. An zweiter Position liegen die Erträge aus Transferleistungen mit rd. 75,5 Mio. € und einem Anteil von rd. 27 %. Die Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen machen mit 52,9 Mio. € etwa 19 % der ordentlichen Erträge aus. Mit deutlichem Abstand folgen die Gebührenerträge mit rd. 7,3 Mio. € und einem Anteil von rd. 2,6 %. Die starke finanzielle Abhängigkeit des Kreises von Bund, Land und kreisangehörigen Städten und Gemeinden wird hier mit etwa 95 % der ordentlichen Erträge verdeutlicht. Der stärkste Anstieg bei den ordentlichen Erträgen ist, im Zusammenhang mit dem Umsteuerungskonzept des Jugendamtes, mit einem Plus von über 150 %, bei den sonstigen ordentlichen Erträgen zu verzeichnen. Danach folgen die Erträge aus der Auflösung von Sonderposten mit einem Zuwachs von nahezu 37 %. Ausschlaggebend hierfür ist die Förderung im Rahmen der Konjunkturprogramme.
Auch bei den Gebührenerträgen hat sich mit einem Plus von rd. 5,6 % gegenüber dem Vorjahr eine positive Entwicklung eingestellt. Wie bereits im Vorjahr, haben sich die privatrechtlichen Leistungsentgelte (etwa – 38 %), die Kostenersatzleistungen (etwa – 7 %), und die Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen (etwa – 10 %), negativ entwickelt. Im Gegensatz zum Vorjahr hat sich die Kreis- und Schulumlage um etwa 7 %, das sind rd. 9,8 Mio. €, reduziert. Insgesamt sind die ordentlichen Erträge um 4,4 % oder rd. 13 Mio. € gegenüber dem Vorjahr zurück gegangen.

Mit über 150 Mio. € haben die Transferaufwendungen einen Anteil, wie in den Vorjahren auch, von nahezu 50 % an den ordentlichen Aufwendungen. Mit großem Abstand folgen die Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie die Umlageverpflichtungen mit jeweils über 43 Mio. € und einem Anteil von etwas über 14 % an den ordentlichen Aufwendungen. Während bei den Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse die Entwicklung gegenüber dem Vorjahr nahezu stabil ist, setzt sich die steigende Tendenz bei den Umlageverpflichtungen durch die Entwicklung der LWV-Umlage fort.
Die Personalaufwendungen spielen mittlerweile mit einem Anteil von nahezu 11 % und rd. 32,6 Mio. € eine untergeordnete Rolle bei den ordentlichen Aufwendungen. Gegenüber den Vorjahren hat sich die ansteigende Tendenz deutlich von 10 %, gegenüber dem Ergebnis 2008, auf 5 %, gegenüber dem Ergebnis 2009, verlangsamt. Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen tragen mit einem Anteil von rd. 8 % und rd. 23,9 Mio. € zu den ordentlichen Aufwendungen bei. Gegenüber den Vorjahren ist ein Rückgang von etwa 17 % zu verzeichnen. Mit nahezu 2 % sind die Abschreibungen an den ordentlichen Aufwendungen beteiligt. Hier ist aufgrund der Umsetzung der Konjunkturprogramme und der Entwicklung bei den Wertberichtungen für Forderungen ein verhältnismäßig starker Anstieg von über 23 % gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen. Gemäß § 114g Abs. 4 HGO handelt es sich bei der hier eingetretenen Überschreitung von Planansätzen nicht um über- oder außerplanmäßigen Aufwendungen. Die Versorgungsaufwendungen tragen mit etwas mehr als 1 % und rd. 3,4 Mio. € zu den ordentlichen Aufwendungen bei. Hier führt die Veränderung personeller Strukturen in der Kreisverwaltung zu einer rückläufigen Tendenz von nahezu 12 % bzw. 16% gegenüber den beiden Vorjahren.

Wie sich die ordentlichen Erträge und Aufwendungen auf die Teilhaushalte verteilen, ist den folgenden Grafiken zu entnehmen:





Das Finanzergebnis trägt mit etwas mehr als 20 % zu dem Jahresergebnis bei. Sowohl bei den Zinserträgen, mit einem Plus von über 22 %, wie auch bei den Zinsaufwendungen, mit einem Plus von nahezu 39 %, ist eine deutlich steigende Tendenz festzustellen.

Bei den außerordentlichen Erträgen und Aufwendungen ist es zu erheblichen Überschreitungen der Haushaltsansätze gekommen. Dadurch hat sich dieses Ergebnis um rd. 2,0 Mio. € verschlechtert. Es hat einen Anteil von rd. 7 % am Gesamtergebnis. Gegenüber dem Vorjahr gehen die außerordentlichen Erträge und außerordentlichen Aufwendungen jedoch erheblich zurück (-76 % bzw. -64 %).

Sekundäre Erträge und Aufwendungen haben sich jeweils durch die Aufnahme des Produktes „1081-Zentrale Dienste und Fuhrpark“ in die interne Leistungsverrechnung und die Verrechnung zusätzlicher schulumlagerelevanter Leistungen um etwa 31 %, von rd. 7,0 Mio. € auf rd. 9,2 Mio. €, gegenüber dem Vorjahr erhöht.

2.1.1 Teilergebnishaushalte und -rechnungen 01 – Zentrale Verwaltung

Dieser Teilergebnishaushalt umfasst die Produktbereiche Innere Verwaltung sowie Sicherheit und Ordnung mit den Produktgruppen Verwaltungssteuerung und -service, Statistik und Wahlen, Ordnungsangelegenheiten und Brandschutz. Von 69 Produkten entfallen auf diesen Teilhaushalt 24. Die entsprechende Teilergebnisrechnung schließt mit einem Fehlbedarf von rd. 10,6 Mio. € ab. Dies sind etwa 86 % des Planansatzes und rd. 37 % des Jahresfehlbedarfs. Gegenüber den Vorjahren hat sich dieser Fehlbedarf um 9,5 % bzw. 11,5 % reduziert. Während die ordentlichen Erträge

(rd. 7,3 Mio. €) und die ordentlichen Aufwendungen (rd. 19,2 Mio. €) stabil sind, kommt es im Finanzergebnis und im außerordentlichen Ergebnis zu erheblichen Schwankungen. Im sekundären Bereich hat die Aufnahme des Produktes „1081-Zentrale Dienste“ zu einer deutlichen Steigerung der Erträge und Aufwendungen mit einer erheblichen Ergebnisverbesserung von über 1 Mio. € geführt.

Die **ordentlichen Erträge** werden von den Verwaltungsgebühren mit einem Anteil von rd. 4,4 Mio. € und rd. 60 % dominiert. Hiervon entfallen auf das:

- Produkt 1261 - Zulassungs- und Führerscheinwesen 2.706,2 T€,
- Produkt 1110 - Revision 632,3 T€,
- Produkt 1300 - Fleischhygiene 435,3 T€,
- Produkt 1181 - Buchhaltung, Zahlungsverkehr und Vollstreckung 178,4 T€,
- Produkt 1241 - Ordnungs- und Gewerbewesen 161,3 T€,
- Produkt 1311 - Allgemeines Veterinärwesen 102,4 T€,
- Produkt 1331 - Aufenthalts-, Personenstandsrecht und Ausländerb. 101,1 T€,
- Produkt 1361 - Brand- und Katastrophenschutz 51,1 T€,
- Produkt 1280 - Aufgaben der Straßenverkehrsbehörde 23,8 T€.

Nach einem Rückgang im HJ 2009 ist nunmehr ein Anstieg gegenüber dem Vorjahr um etwa 1,8 % zu verzeichnen. Verhältnismäßig hohe Steigerungen sind bei den Produkten 1181 (+ 55 %), 1311 (+ 52 %) und 1110 (+ 29,5 %) zu verzeichnen. Rückläufig waren die Verwaltungsgebühren bei den Produkten 1261 und 1331. Revision und Brand- und Katastrophenschutz haben die geplanten Ansätze nicht erreicht. Dennoch ist es zu einer erheblichen Überschreitung des Ansatzes beim Zulassungs- und Führerscheinwesen (+ 666,2 T€, davon wurden 12 T€ für überplanmäßige Aufwendungen verwendet) gekommen. Hier war die Veranschlagung für den Haushalt 2010 im Zusammenhang mit der im Jahr 2009 gewährten Abwrackprämie zu pessimistisch.
An zweiter Stelle folgen mit rd. 27 % Anteil und etwa 2,0 Mio. € die Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen. Diese Position bleibt gegenüber den Vorjahren nahezu unverändert. Der Haushaltsansatz wurde um etwa 33 T€ überschritten. Es handelt sich hierbei ausschließlich um Zuweisungen und Zuschüsse des Landes. Insbesondere um die Zuweisung im Zusammenhang mit der Kommunalisierung von Landesaufgaben.
Die Kostenersatzleistungen und Kostenerstattungen nehmen mit etwa 11 % und rd. 0,8 Mio. € die dritte Position bei ordentlichen Erträgen des Teilhaushaltes 01 ein. Gegenüber dem Vorjahr ist das Ergebnis nahezu unverändert. Der Haushaltsansatz wurde zu 100 % erreicht. Maßgeblichen Anteil an diesen Erträgen haben, mit über 700 T€, die Erstattungsleistungen der verbundenen Unternehmen.

Bei den **ordentlichen Aufwendungen** liegt der Schwerpunkt mit über 65 % bei den Personalaufwendungen (rd. 12,6 Mio. €). Hinzu kommen die Versorgungsaufwendungen mit einem Anteil von nahezu 10 % (rd. 1,9 Mio. €). Während bei den Personalaufwendungen ein Anstieg von über 5 % zu verzeichnen ist, kommt es bei den

Versorgungsaufwendungen zu einem verhältnismäßig hohen Rückgang von über 17 %. Ursachen hierfür sind einerseits Tarif- und Besoldungserhöhungen, vermehrte Zuführungen zu Rückstellungen für Altersteilzeit und die Einführung des Lebensarbeitszeitkontos sowie andererseits rückläufige Rückstellungen für die Altersversorgung aufgrund personalwirtschaftlicher Maßnahmen.
Gegenüber den Haushaltsansätzen ist es bei den Personalaufwendungen zu einem Mehrbedarf von etwa 361 T€ (siehe Produkte 1051 und 1110) und bei den Versorgungsaufwendungen zu einem geringeren Bedarf von rd. 788 T€ gekommen.
Den Personal- und Versorgungsaufwendungen folgen an zweiter Stelle die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen mit einem Anteil von etwas über 19 % (rd. 3,7 Mio. €) an den ordentlichen Aufwendungen dieses Teilergebnishaushaltes. Die Ergebnisverbesserung des Vorjahres von nahezu -26 % konnte in diesem Jahr mit etwa -8 % nicht mehr erreicht werden. Dennoch haben sich an dieser Stelle die Konsolidierungsmaßnahmen, wie z. B. die haushaltswirtschaftliche Sperre, positiv ausgewirkt. Der Haushaltsansatz wurde um 335 T€ unterschritten (- 8,5 %).
Mit einem Anteil von 2,7 % und rd. 518 T€ nehmen die Abschreibungen die folgende Position ein. Wie im Vorjahr, wenn auch in geringerem Umfang, ist hier ein erheblicher Anstieg (+ 14,3 %) zu verzeichnen. Hier wurde auch der Ansatz um über 200 T€ überschritten. Ursachen hierfür sind zusätzliche Abschreibungen bei den Produkten 1070 und 1081 (rd. +126 T€) und Einzelwertberichtigungen von Forderungen bei den Produkten 1181 und 1261 (rd. +78 T€).
Zu erwähnen sind noch die Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse mit einem Anteil von etwas über 2 % (rd. 447,3 T€) an den ordentlichen Aufwendungen dieses Teilergebnishaushaltes. Gegenüber den Vorjahren bleibt diese Position auf konstantem Niveau. Der Haushaltsansatz wurde hier zu rd. 93 % ausgeschöpft.

Die **Finanzerträge** (rd. 67,2 T€) dieses Teilergebnishaushaltes liegen etwa 14 % unter dem Vorjahresergebnis. Der Haushaltsansatz wurde dennoch leicht überschritten. Bei diesen Erträgen handelt es ich um ausschließlich um bei dem Produkt 1181 nachgewiesene Mahngebühren, Erstattung von Vollstreckungs- und Zustellungskosten und Zinserträge.

Das **außerordentliche Ergebnis** ist geprägt durch periodenfremde Erträge und Aufwendungen und hat nur einen geringfügigen Anteil (unter 1 %) an dem Jahresergebnis dieses Teilergebnishaushaltes. Gegenüber dem Vorjahr sind starke Rückgänge sowohl bei den Erträgen als auch bei den Aufwendungen (-48 % bzw. -78 %) zu verzeichnen. Der überschrittene Aufwendungsansatz wird weitgehend durch die entsprechenden Erträge (ohne Ansatz) gedeckt. Die fehlende Deckung erfolgt durch nicht verbrauchte Ansätze im ordentlichen Bereich.

Im **sekundären Bereich** konnte das Ergebnis durch die Aufnahme des Produktes 1181 in die interne Leistungsverrechnung um rd. 1,1 Mio. € verbessert werden. Dieses Ergebnis hat nunmehr einen Anteil von etwa 11 % am Jahresergebnis dieses Teilergebnishaushaltes.

Durch den **Erlass der haushaltswirtschaftlichen Sperre** wurden Mittel in Höhe von 348.000 € gesperrt. Im Haushaltsvollzug mussten Mittel in Höhe von 41.550 € freigegeben werden. Somit hat sich die Sperre mit 306.450 € auf das Jahresergebnis dieses Teilergebnishaushaltes ausgewirkt.

Bei dem Produkt „1261 Zulassungs- und Führerscheinwesen“ entstanden im Zusammenhang mit den unerwartet hohen Erträgen **überplanmäßige Aufwendungen in Höhe von 11.690 €** für die Beschaffung von amtlichen Vordrucken und für Zuweisungen an die Außenstellen bei den kreisangehörigen Städten. Die Deckung konnte vollständig durch Mehrerträge gewährleistet werden.

2.1.2 Teilergebnishaushalt und -rechnung 02 – Schule und Kultur

Dieser Teilergebnishaushalt umfasst die Produktbereiche Schulträgeraufgaben sowie Kultur und Wissenschaft mit den Produktgruppen

- Grundschulen
- Kombinierte Schulformen
- Gymnasien
- Förderschulen
- Berufliche Schulen
- Schülerbeförderung
- Sonstige schulische Aufgaben
- Volkshochschulen

Jeder Produktgruppe wurde ein entsprechendes Produkt zugeordnet.

Diese Teilergebnisrechnung schließt mit einem Fehlbedarf von etwa 1,5 Mio. € ab. Hiervon entfallen rd. 1,1 Mio. € auf die Schulträgerschaft und rd. 353 T€ auf die Kreisvolkshochschule (KVHS). Am Gesamtfehlbedarf hat dieses Teilergebnis einen Anteil von etwas mehr als 5 %. Der Planansatz wurde mit etwas mehr als 43 % ausgeschöpft, wobei der Planansatz der KVHS zu fast 92 % erreicht wurde. Gegenüber dem Vorjahr konnte der Fehlbedarf über 34 % gesenkt werden. Diese Entwicklung ist maßgeblich auf das Ergebnis der Schulträgeraufgaben zurückzuführen. Die ordentlichen Erträge haben den Planansatz insgesamt erreicht und sind gegenüber dem Vorjahr um nahezu 4,5 % gewachsen. Bei den ordentlichen Aufwendungen ist ein Rückgang gegenüber dem Vorjahr um etwa 3,6 % festzustellen. Die entsprechenden Ansätze wurden mit rd. 96,6 % ausgeschöpft. Neu hinzugekommen ist die Belastung durch die Zinsdienstumlage aus den Konjunkturprogrammen mit über einer Million Euro im Finanzergebnis. Im außerordentlichen Bereich ist es zu erheblichen Ansatzüberschreitungen kommen. Finanz- und außerordentliches Ergebnis sowie die sekundären Aufwendungen haben im Wesentlichen den Fehlbedarf dieses Teilergebnishaushaltes verursacht. Bei den sekundären Aufwendungen wurde der Ansatz mit über 96 % ausgeschöpft. Gegenüber dem Vorjahr haben sich diese Aufwendungen

durch die Aufnahme des Produktes 1081 in die interne Leistungsverrechnung um 12,6 % erhöht.

Die **ordentlichen Erträge** werden durch die Schulumlage mit einem Anteil von mehr als 85 % (rd. 51 Mio. €) geprägt. Gegenüber dem Vorjahr ist ein Zuwachs von nahezu 4 % zu verzeichnen. Der Ansatz wurde bei Umlagegrundgrundlagen von etwa 247,7 Mio. € und einem Hebesatz von 20,59 % exakt erreicht. Unter Berücksichtigung der Bestimmungen des Sonderinvestitionsprogrammes hat die erhobene Schulumlage den Bedarf um rd. 365 T€ überschritten. Dieser Wert ist der Sonderrücklage zuzuführen und steht zur Finanzierung der Schulträgeraufgaben in den kommenden Jahren zur Verfügung. Auf der Basis von 33.000 Schüler/Innen des Schuljahres 2009/10 beträgt die erhobene Schulumlage je Schüler/In 1.545 €. An zweiter Stelle folgt der Schullastenausgleich des Landes mit einem Anteil von nahezu 10 % und rd. 5,9 Mio. €. Gegenüber den Vorjahren ist diese Position nahezu konstant. Auch hier wurde der Ansatz durch eine entsprechende Veranschlagung im Nachtragshaushalt 2010 exakt erreicht. Mit nahezu 0,7 Mio. € und etwas mehr als einem Prozent sind die Gastschulbeiträge und die Erstattung der Beschulungskosten durch das Land an den ordentlichen Erträgen dieses Teilergebnisses beteiligt. Hier ist ein leichter Anstieg gegenüber den Vorjahren zu verzeichnen. Mit nahezu 1 % bzw. rd. 560 T€ tragen die Kursgebühren der KVHS zu den ordentlichen Erträgen dieses Teilhaushaltes bei. Das Niveau konnte gegenüber den Vorjahren gehalten werden. Der Ansatz wurde um rd. 40 T€ überschritten.

Mit nahezu 60 % (rd. 33,4 Mio. €) haben die Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse einen erheblichen Anteil an den **ordentlichen Aufwendungen** dieses Teilergebnishaushaltes. Gegenüber den Vorjahren ist ein Zuwachs von etwa 4 % zu verzeichnen. Die verfügbaren Ansätze wurden mit etwas mehr als 98 % ausgeschöpft. Maßgeblich für diese Position ist der Zuschuss an den Eigenbetrieb „Gebäudewirtschaft“ von rd. 31,4 Mio. €. Weiterhin gehören hierzu die Gastschulbeiträge, die Ersatzschulfinanzierung und die Zuschüsse für die Betreuungsangebote. An zweiter Stelle folgen mit deutlichem Abstand (etwa 27 %, rd. 15,4 Mio. €) die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen. Gegenüber den Vorjahren sind hier deutliche Rückgänge (- 19 % bzw. -24 %), aufgrund der Zuordnung des Reinigungs- und Entsorgungsaufwandes zu dem Haushalt des Eigenbetriebes „Gebäudewirtschaft“, zu verzeichnen.
Schwerpunkte dieser Position sind die Schulbudgets, die Schülerbeförderung, das Leasing, die Schülerunfallversicherung und die Bewirtschaftung der Ganztagsangebote. An dritter Stelle folgen mit einem Anteil von 7,64 % und rd. 4,3 Mio. € die Personalaufwendungen der Schulsekretariate und der Schulabteilung. Diese haben sich gegenüber den Vorjahren um 10 % bzw. 5 % erhöht. Die Abschreibungen tragen zwar nur mit einem Anteil von etwas über 5 % (rd. 3,0 Mio. €) zu den ordentlichen Aufwendungen bei, gegenüber den Vorjahren ist jedoch ein deutlicher Anstieg (+ 140 % bzw. + 70 %), insbesondere durch die investiven Zuweisungen an den Eigenbetrieb „Gebäudewirtschaft“ im Rahmen der Konjunkturprogramme, zu verzeichnen.

Dies wird auch durch die Zinsdienstumlage von über 1 Mio. deutlich, die erstmals im **Finanzergebnis** 2010 entsteht und die kommenden 30 Jahre als Belastung berücksichtigt werden muss. Analog zu den Abschreibungen aus den Konjunkturprogrammen darf auch die Zinsdienstumlage nicht aus der Schulumlage finanziert werden.

Die **außerordentlichen Erträge und Aufwendungen** dieses Teilergebnishaushaltes haben sich gegenüber dem Vorjahr erheblich (+ 50 % bzw. + 345 %) gesteigert. Ferner wurden die Planansätze deutlich überschritten. Die Deckung musste durch die Inanspruchnahme von nicht verbrauchten Mitteln aus dem ordentlichen Bereich erfolgen. Dies führt dazu, dass das außerordentliche Ergebnis mit über 25 % an dem Jahresergebnis dieses Teilergebnishaushaltes beteiligt ist. Schwerpunkte dieser Entwicklung sind periodenfremde Erträge und Aufwendungen der Schulen und bei der Schülerbeförderung.

Neben den Haushaltsansätzen standen zur Finanzierung der Schulbudgets noch übertragene **Ermächtigungen aus dem Haushalt 2009** in Höhe von 35.400 € zur Verfügung, welche nahezu ausgeschöpft wurden.

Durch den **Erlass der haushaltswirtschaftlichen Sperre** wurden Mittel in Höhe von 1.015.000 € gesperrt. Im Haushaltsvollzug mussten Mittel in Höhe von 360.820 € freigegeben werden. Somit hat sich die Sperre mit 654.180 € auf das Jahresergebnis dieses Teilergebnishaushaltes ausgewirkt.

2.1.3 Teilergebnishaushalt und -rechnung 03 – Soziales und Jugend

Dieser Teilergebnishaushalt umfasst die Produktbereiche soziale Leistungen sowie die Kinder-, Jugend- und Familienhilfe mit den Produktgruppen

- Grundversorgung und Hilfen nach dem SGB XII
- Grundsicherung für Arbeitssuchende nach dem SGB II
- Hilfen für Asylbewerber
- Förderung von Trägern der Wohlfahrtspflege
- Unterhaltsvorschussleistungen
- Sonstige soziale Hilfen und Leistungen
- Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege
- Jugendarbeit
- Sonstige Leistungen der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

Diesen Produktgruppen sind insgesamt 18 Produkte zugeordnet.

Die Teilergebnisrechnung 03 schließt mit einem Fehlbetrag von rd. 76,2 Mio. € ab und hat damit maßgeblichen Einfluss auf den Fehlbetrag in der Gesamtergebnisrechnung (etwa 28,9 Mio. €). Hiervon entfallen auf

- die sozialen Hilfen rd. 26,8 Mio. €,
- die Grundsicherung für Arbeitssuchende rd. 22,8 Mio. €,
- die Jugendhilfe rd. 26,6 Mio. €.

Der Planansatz wurde mit etwas mehr als 97 % erreicht. Gegenüber den Vorjahren ist ein Anstieg dieses Fehlbedarfes um 9,65 % bzw. 7,48 % zu verzeichnen. Während sich bei den sozialen Hilfen die Entwicklung gegenüber den Vorjahren stabilisiert hat, ist bei der Grundsicherung für Arbeitssuchende nach einem Rückgang des Fehlbedarfes im Ergebnis 2009, nunmehr ein Anstieg zu verzeichnen. Bei der Jugendhilfe hat sich der jährliche Anstieg um nahezu drei Millionen Euro auch im Ergebnis 2010 fortgesetzt.

Bei den **ordentlichen Erträgen** dieses Teilergebnishaushaltes wurde der Planansatz mit rd. 90,8 Mio. € nahezu erreicht. Gegenüber den Vorjahren ist ein leichter Anstieg von 2,8 % bzw. 3,2 % festzustellen. Maßgeblichen Anteil hieran haben mit über 83 % Anteil und rd. 75,5 Mio. € die Erträge aus Transferleistungen. Bei dieser Position hat sich die leicht steigende Tendenz gegenüber dem Vorjahr abgeschwächt. Der Planansatz wurde leicht unterschritten.
An zweiter Stelle folgen die Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen mit einem Anteil von 14 % und rd. 12,7 Mio. €. Gegenüber den Vorjahren haben diese Erträge um 11,38 % bzw. 10,48 % zugenommen.
Von Bedeutung sind noch die Erträge aus Kostenersatzleistungen und Kostenerstattungen mit rd. 1,8 Mio. € und einem Anteil von etwa 2 %. Hier ist nach einem deutlichen Rückgang im Jahr 2009 (- 44 %) auch im Jahr 2010 ein weiterer Rückgang von 14 % zu verzeichnen. Bei den sonstigen ordentlichen Erträgen ist der erhebliche Zuwachs von rd. 675 T€ auf die Durchführung des Umsteuerungskonzeptes des Jugendamtes zurückzuführen. Diesen zahlungsunwirksamen Erträgen stehen zahlungsunwirksame Transferaufwendungen gegenüber. Sie werden zur Deckung von ordentlichen Aufwendungen des Umsteuerungskonzeptes verwendet.

Der Ansatz der **ordentlichen Aufwendungen** wurde mit einem Ergebnis von etwa 167,4 Mio. € fast vollständig ausgeschöpft. Gegenüber den beiden Vorjahren ist es zu Anstiegen von 8,10 % bzw. 3,75 % gekommen. Noch stärker als auf der Ertragsseite bilden die Transferaufwendungen mit einem Anteil von rd. 90 % und etwa 150,6 Mio. € den Schwerpunkt der ordentlichen Aufwendungen dieses Teilergebnishaushaltes. Auch hier hat sich der Anstieg gegenüber den Vorjahren mit etwa 8 % und 4 % tendenziell verlangsamt. Der entsprechende Planansatz wurde um rd. 2,0 Mio. € unterschritten. Die Leistungen nach dem SGB II stehen mit 95,6 Mio. € im Vordergrund der Transferaufwendungen. Mit erheblichem Abstand folgen an zweiter Stelle die Personalaufwendungen (rd. 9,2 Mio. € bzw. 5,5 %) dieses Teilergebnishaushaltes. Hier sind gegenüber den Vorjahren Anstiege von über 12 % bzw. nahezu 7 % zu verzeichnen.
Schwerpunkt dieser Anstiege ist der Bereich der Jugendhilfe. Der Planansatz wurde im Zusammenhang mit der Durchführung des Umsteuerungskonzeptes leicht über-

schritten und durch die in diesem Zusammenhang entstandenen zusätzlichen sonstigen ordentlichen Erträge gedeckt.
Von Bedeutung in diesem Teilergebnishaushalt sind noch die Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse mit einem Anteil von rd. 3 % und etwa 5,1 Mio. €. Gegenüber den Vorjahren ist ein Zuwachs von 9,3 % bzw. 3,5 % zu verzeichnen. Der Planansatz wurde trotz Kürzung im Nachtragshaushalt 2010 nicht erreicht. Die Abschreibungen verfügen nur über einen geringen Anteil (rd. 445 T€) an den ordentlichen Aufwendungen dieses Teilergebnishaushaltes. Dennoch muss nach einem erheblichen Zuwachs im Jahr 2009 (über 200 %) auf den Rückgang in diesem Jahr von nahezu 37 % gegenüber dem Vorjahr hingewiesen werden. Ursache für diese Entwicklung sind die in diesem Jahr deutlich niedrigeren Einzelwertberichtigungen bei Forderungen aus Transfererträgen. Die intensive Aufarbeitung von Forderungsbeständen durch die Verwaltung hat zu dieser positiven Tendenz erheblich beigetragen.

Im **außerordentlichen Ergebnis** ist es bei Erträgen und Aufwendungen zu erheblichen Ansatzüberschreitungen gekommen, so dass rd. 46,8 T€ durch Mittel des ordentlichen Bereichs zu decken waren. Ursachen hierfür sind einerseits stark rückläufige Erträge gegenüber den Vorjahren (- 64 % bzw. -74 %) und ein Anstieg der Aufwendungen gegenüber dem Vorjahr um mehr als 200 %. Periodenfremde Erträge und Aufwendungen bilden die Schwerpunkte im außerordentlichen Bereich dieses Teilhaushaltes. Die an dieser Stelle fehlende Deckung wird durch den ordentlichen Bereich sichergestellt.

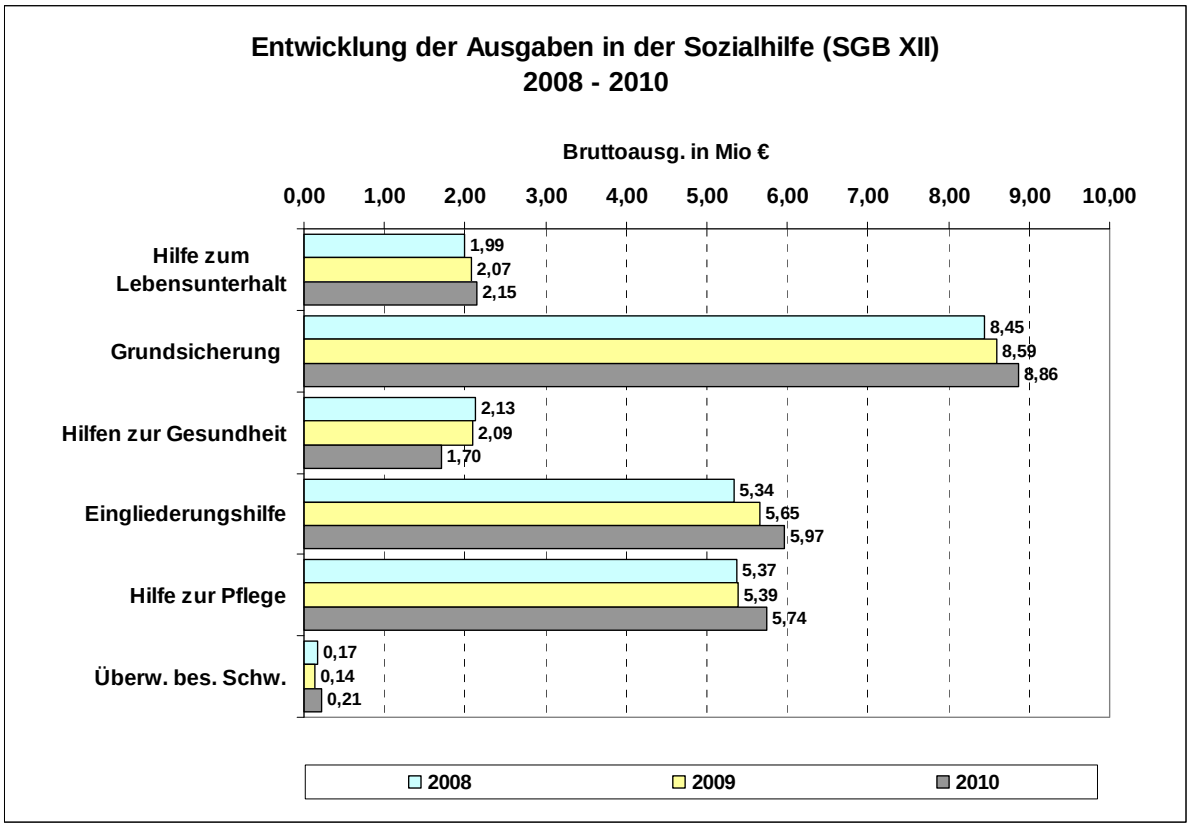
Wie im Vorjahr schließt der **sekundäre Bereich** mit einem positiven Ergebnis von etwa 0,5 Mio. € ab. Durch Unterschreitung des Ertragsansatzes und Überschreitung des Aufwandsansatzes wurde das geplante Ergebnis nur zu etwa 70 % erreicht. Gegenüber dem Vorjahr sind Ertrags- und Aufwandssteigerungen (+ 21 % bzw. + 27 %) eingetreten. Ursachen hierfür sind einerseits ein weiterer Anstieg der schulumlagerelevanten Leistungen des Jugendamtes und die Aufnahme des Produktes 1081 in die interne Leistungsverrechnung.

Aus dem **Haushaltsjahr 2009** stand zur Umsetzung des Umsteuerungskonzeptes des Jugendamtes eine **Ermächtigung** zur Leistungen von ordentlichen Aufwendungen in Höhe von rd. 166,7 T€ zur Verfügung. Hiervon wurden jedoch nur rd. 34 T€ zweckentsprechend verwendet, da der Mittelbedarf für die Umsetzung des Konzeptes weitgehend durch zusätzliche Erträge gedeckt werden konnte.

Durch den **Erlass der haushaltswirtschaftlichen Sperre** wurden Mittel in Höhe von 680.000 € gesperrt. Im Haushaltsvollzug mussten Mittel in Höhe von 120.000 € freigegeben werden. Somit hat sich die Sperre mit 560.000 € auf das Jahresergebnis dieses Teilergebnishaushaltes ausgewirkt.

Für den Bereich der Sozialhilfe wird in diesem Jahr erstmalig eine produktorientierte Analyse zur Verfügung gestellt. Der Leistungsbereich des Sozialgesetzbuches Zwölf-

tes Buch (SGB XII) belasten den Haushalt des Kreises Bergstraße erheblich. Insgesamt beliefen sich die Bruttoausgaben in diesem Bereich auf 24,6 Mio. €.
Die nachfolgende Graphik zeigt die Entwicklungen der Bruttoausgaben in den letzten 3 Jahren. In nahezu allen Leistungsbereichen sind steigende Kosten zu verzeichnen. Lediglich die Hilfen zur Gesundheit waren in den letzten beiden Jahren rückläufig. Die Entwicklung der Finanzströme korreliert mit den Fallzahlen, auf die nachfolgend näher eingegangen wird.



3010 Hilfe zum Lebensunterhalt nach Kap. 3 SGB XII

Beim Amt für Soziales sind die Fallzahlen in der Hilfe zum Lebensunterhalt seit Jahren relativ konstant. Auch zukünftig werden keine Fallsteigerungen erwartet.
Im Jahr 2010 waren außerhalb von Einrichtungen im Jahresdurchschnitt 131 Bedarfsgemeinschaften mit 145 Personen in Bearbeitung. Der durchschnittliche Aufwand pro Bedarfsgemeinschaft lag bei mtl. 310 €.
Ein weiteres Ansteigen der Kosten wird durch Regelsatzerhöhungen und steigende Unterkunftskosten trotzdem nicht zu verhindern sein.
Beim Jugendamt des Kreises Bergstraße werden ebenfalls Leistungen der Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem SGB XII im Rahmen der Verwandtenpflege ausgezahlt. Auch in diesem Bereich sind die Fallzahlen seit 2007 relativ konstant. Gemäß Jahresendstatistik des Jugendamtes kann man von durchschnittlich 260 Minderjährigen ausgehen, die Leistungen zum Lebensunterhalt erhalten während die erzieherische Leistung unentgeltlich durch Verwandte sichergestellt wird.

Die Ausgaben für diesen Bereich waren in den letzten 3 Jahren sogar geringfügig rückläufig. Im Jahr 2010 machte der Anteil der Verwandtenpflege an der Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen insgesamt noch 65% aus.

3060 Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung Kap. 4 SGB XII

Mit durchschnittlich 3,2% Fallsteigerung in den letzten drei Jahren entwickelten sich die Fallzahlen im Kreis Bergstraße bisher ausgesprochen moderat. Auch im Jahr 2010 ist der Anstieg der Fallzahlen nicht ganz so hoch ausgefallen wie prognostiziert (1.571 statt 1.606 Fälle). Mit mtl. 422 € sind die Kosten pro Fall gegenüber dem Vorjahr um 10 € gestiegen.
Tendenziell wird in diesem Bereich aufgrund der demographischen Entwicklung und der häufiger unterbrochenen Erwerbsbiographien zukünftiger Rentner/innen und der damit verbundenen Altersarmut grundsätzlich mit stärker steigenden Fallzahlen gerechnet.
Auffallend ist darüber hinaus, dass der Anteil der Erwerbsunfähigen unter 65 Jahren stetig steigt. Waren es 2008 noch 36,2 % der Personen außerhalb von Einrichtungen lag der Wert im Jahr 2010 bereits bei 39,6 %.

3040 Hilfen zu Gesundheit Kap. 5 SGB XII

Die Kosten der Hilfen zur Gesundheit ergeben sich fast ausschließlich aus § 264 SGB V. Bei dieser Übernahme der Krankenbehandlung für nicht Versicherungspflichtige gegen Kostenerstattung wird den Krankenkassen neben einer Kopfpauschale pro Bedarfsgemeinschaft und den tatsächlich entstehenden Krankenkosten eine 5%ige Verwaltungskostenpauschale gezahlt.
Die Anzahl der Versicherten nach dieser Rechtsvorschrift ist in den letzten drei Jahren mit durchschnittlich 6,6% jährlich zurückgegangen und lag im Jahr 2010 bei durchschnittlich 272 Personen, davon 32 Personen in Einrichtungen (Heimpflege). Dies spiegelt sich auch in der Entwicklung der Aufwendungen wieder.

3030 Eingliederungshilfe für behinderte Menschen Kap. 6 SGB XII

In den letzten drei Jahren sind die Fallzahlen in der Eingliederungshilfe um jährlich durchschnittlich 8,7% auf zuletzt 491 Fälle gestiegen. Davon 273 Kinder, die eine Integration in Tageseinrichtungen erhalten.
Im Jahr 2010 sind die Aufwendungen pro Fall zwar zurückgegangen, dies konnte den Anstieg der Fallzahlen jedoch nicht vollständig kompensieren, so dass der Bruttogesamtaufwand gegenüber dem Vorjahr trotzdem stieg.
Tendenziell ist weiterhin mit steigenden Fallzahlen und Kosten zu rechnen.
Derzeit wird eine neue Aufteilung der Aufgaben zwischen dem örtlichen und dem überörtlichen Sozialhilfeträger diskutiert. Eine Prognose über die Verhandlungsergebnisse und die daraus resultierenden finanziellen Konsequenzen sind derzeit nicht möglich.

3020 Hilfe zur Pflege Kap. 7 SGB XII

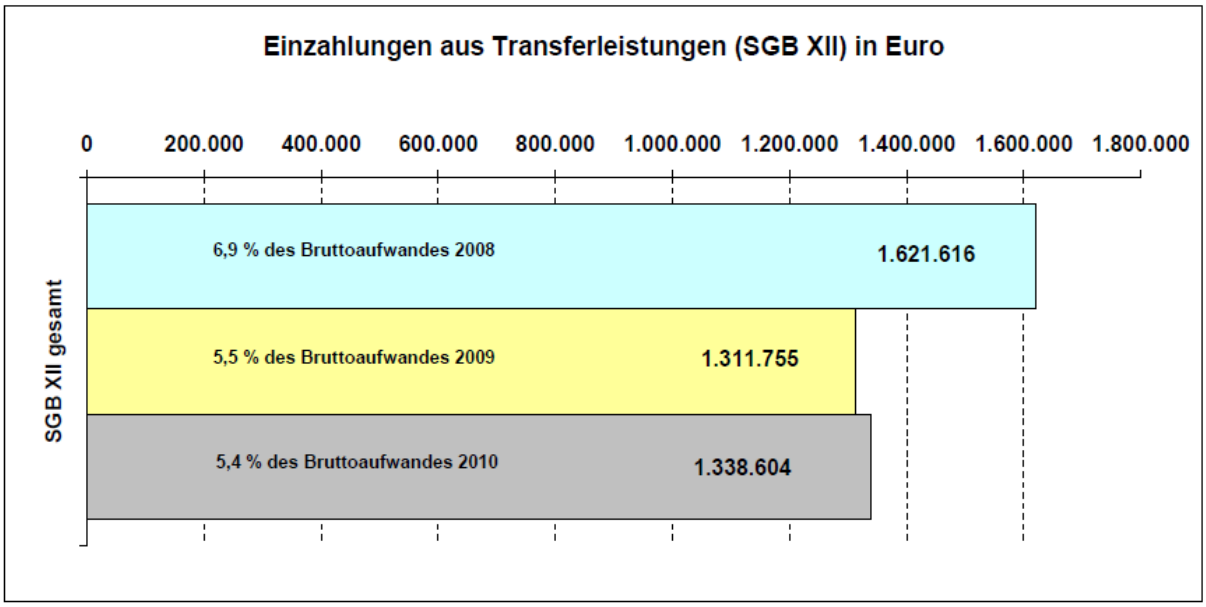
In der Hilfe zur Pflege ist eine stetig steigende Tendenz zu verzeichnen. In der ambulanten Pflege stiegen die Fallzahlen in den letzten drei Jahren um durchschnittlich 5,8 % auf zuletzt 175 Fälle und im Bereich der Heimpflege um durchschnittlich 6,8% auf zuletzt 564 Fälle.
In der Heimpflege sind darüber hinaus auch die Kosten pro Fall um 29 € auf zuletzt 706 € pro Fall und Monat gestiegen.
In der ambulanten Pflege konnten die Kosten pro Fall und Monat mit 469 € gegenüber dem Vorjahr zwar um 74 € gesenkt werden, durch die gestiegenen Fallzahlen sind die Gesamtaufwendungen jedoch trotzdem gestiegen.
Aufgrund der demographischen Entwicklung und der Tatsache, dass eine häusliche Pflege mit Unterstützung von Angehörigen aufgrund der familiären Strukturen und der Erwerbssituation der Angehörigen immer weniger realisierbar ist, ist auch weiterhin mit steigenden Fallzahlen zu rechnen.

3050 Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten (Kap. 8 SGB XII) und in anderen Lebenslagen (Kap. 9 SGB XII)

Die Aufwendungen in diesem Bereich sind im Vergleich zum Vorjahr um 56% gestiegen. Diese Steigerung resultiert aus der Übernahme von Bestattungskosten gem. § 74 SGB XII. Die Fallzahlen sind besonders im Jahr 2010 erheblich gestiegen.
Mit 188 T€ für 79 Bestattungsfälle im Jahr 2010 waren die Kosten um rd. 88 T€ höher als im Vorjahr und rd. 70 T€ höher als im Durchschnitt der Jahre 2007 bis 2009. In diesen Jahren sind durchschnittlich 49 Bestattungsfälle pro Jahr angefallen.
Auch diese Entwicklung ist ein Indikator für steigende Altersarmut. Es ist immer häufiger der Fall, dass alte Menschen keine Rücklagen mehr für ihre eigene Bestattung bilden können, und auch die Hinterbliebenen nicht in der Lage sind, die Aufwendungen zu decken.

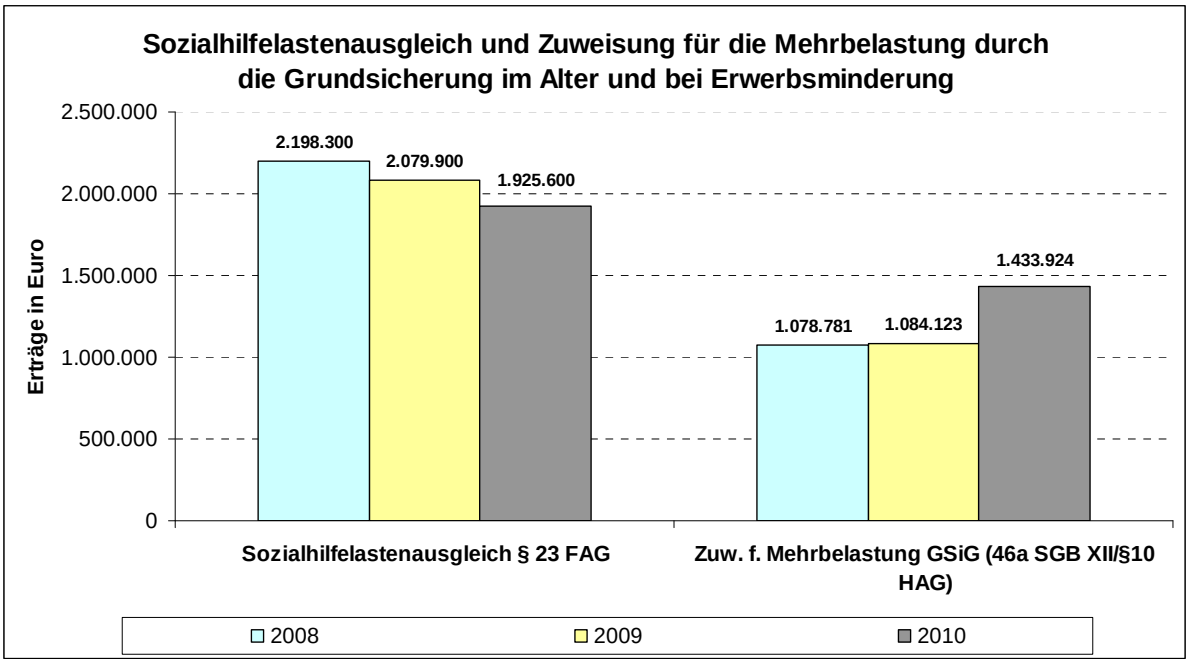
Erstattungen aus Transferleistungen (SGB XII)

Die Einzahlungen aus Erstattungsansprüchen nach dem SGB XII beliefen sich im Jahr 2010 auf insgesamt 1,34 Mio. €, damit konnten 5% des im Jahr 2010 entstandenen Aufwandes refinanziert werden. Aufgrund der langjährig angelegten Rückzahlungsmodalitäten bei Darlehen und Sozialhilferestschulden resultieren die Einzahlungen insbesondere im Bereich der Hilfe zum Lebensunterhalt aus Forderungen, die mehrere Jahre zurückliegen und teilweise noch zu Zeiten des Bundessozialhilfegesetzes (vor 2005) entstanden sind. Da bei dem Personenkreis nach dem SGB XII weniger Forderungen aus Darlehen und Sozialhilferestschulden entstehen, gehen diese Einzahlungen seit der Sozialhilfereform zurück.



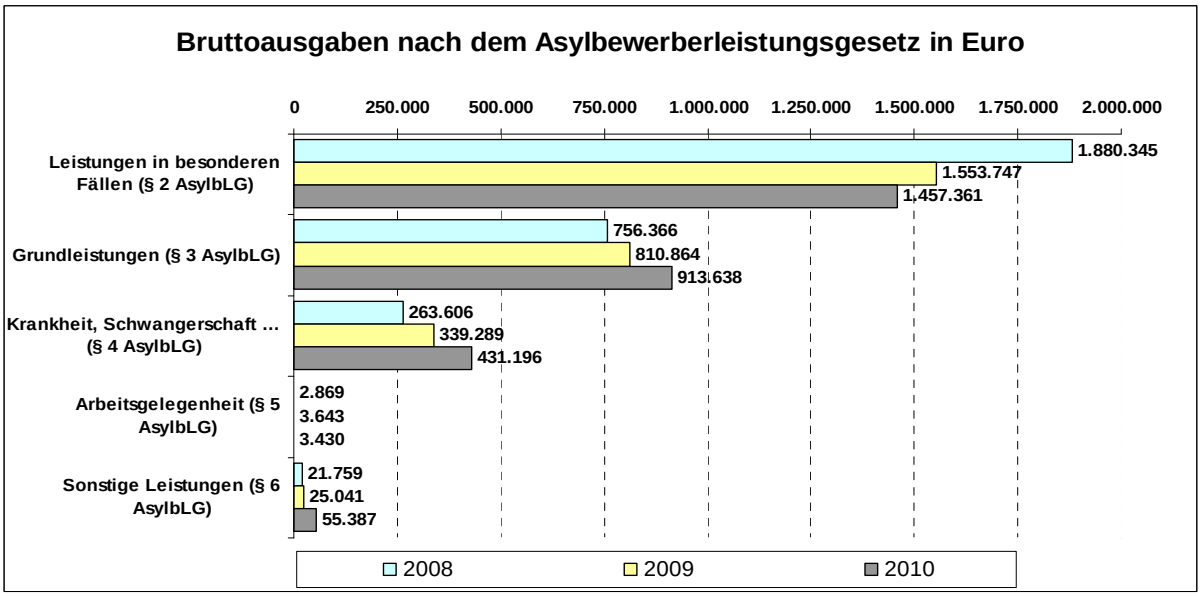
Sozialhilfelastenausgleich und Zuweisung für die Mehrbelastung aus der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung

Der Sozialhilfelastenausgleich nach § 23 Finanzausgleichsgesetz (FAG) errechnet sich auf Basis der Bruttoaufwendungen für die Leistungen nach dem SGB XII. Trotz steigender Bruttoausgaben sind die Zuweisungen aus dem Sozialhilfelastenausgleich in den letzten Jahren zurückgegangen. So entwickelte sich die Refinanzierungsquote der Bruttoaufwendungen von 9,4% im Jahr 2008 auf 7,8% im Jahr 2010.
Seit der Änderung des Hessischen Ausführungsgesetzes zum SGB XII (§ 10 HAG i. V. § 46a SGB XII) hinsichtlich der Verteilung der Zuweisung des Bundes für die Mehrbelastung aus der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung errechnet sich die Verteilung ausschließlich auf Basis der Nettoaufwendungen. Die Berücksichtigung des jeweiligen Mietniveaus der Kommunen entfällt ab 2010. Hieraus resultiert für 2010 eine merklich höhere Zuweisung für den Kreis Bergstraße. Die Refinanzierungsquote der Nettobelastung aus der GSiG konnte somit von 13,27 % im Jahr 2009 auf 16,44 % im Jahr 2010 erhöht werden.
Mit dem im Februar 2011 im Bundestag und Bundesrat beschlossenen Gesetz zur Ermittlung von Regelbedarfen und zur Änderung des Zweiten und Zwölften Buches Sozialgesetzbuch ist ab 2012 eine Entlastung der Kommunen für den Bereich der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (GSiG) in drei Schritten vorgesehen (vgl. HLT-Rundschreiben 167/2011). Demnach übernimmt der Bund 2012 mit 45%, 2013 mit 75% und ab 2014 vollständig und auf Dauer die Kosten der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung.



3080 Asylbewerberleistungsgesetz

Insgesamt ist die Anzahl der Personen, die im Kreis Bergstraße Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz beziehen, seit Jahren rückläufig, in der 2. Jahreshälfte 2010 kam es jedoch zu erheblichen Neuzuweisungen. Die nachfolgende Grafik zeigt analog die Entwicklung der Bruttoausgaben. Der Anstieg der Kosten für die neu zugewiesenen Personen machen sich bei den Grundleistungen nach § 3 AsylbLG bemerkbar. Auch die Kosten der Krankenhilfe sind durch mehrere Dialysepatienten und einer Person mit mehreren Hüftoperationen in 2010 erheblich gestiegen. Durch die unruhige politische Lage in Nordafrika ist in den nächsten Jahren mit steigenden Flüchtlingsströmen zu rechnen.

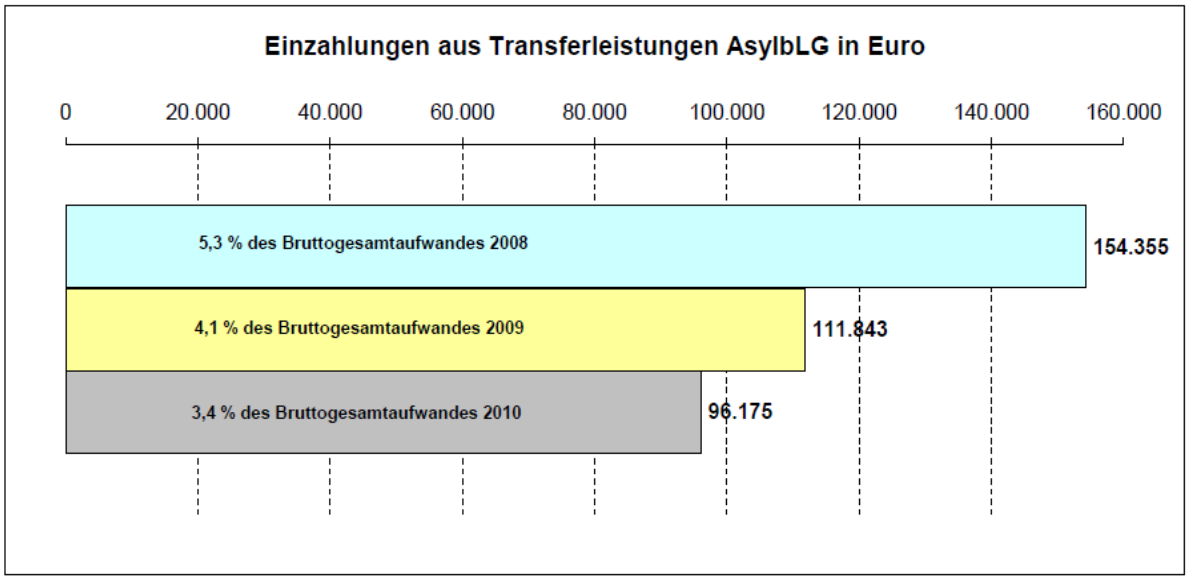


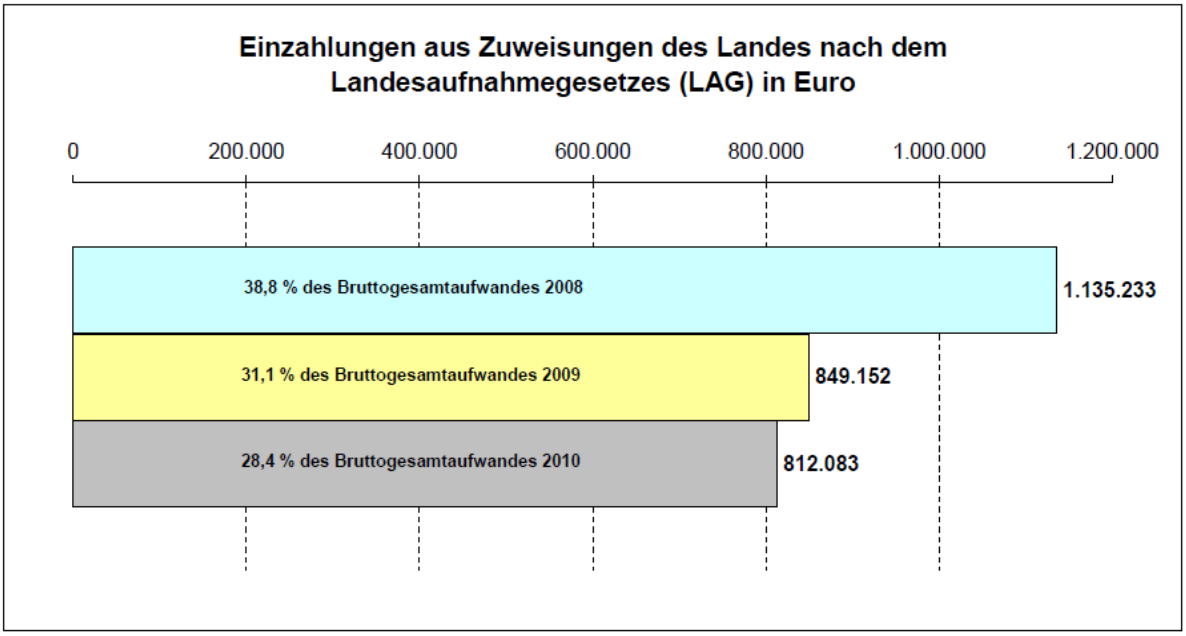
Einzahlungen aus Transferleistungen im Asylbewerberleistungsgesetz und aus Zuweisungen des Landes

Analog der Entwicklung der Fallzahlen und der Aufwendungen im Leistungsbereich des AsylbLG sind auch die Einzahlungen aus Transferleistungen seit 2008 kontinuierlich zurückgegangen.

Gleiches gilt für die Zuweisungen des Landes Hessen nach dem Landesaufnahmegesetz. Eine Erhöhung der pauschalen Kostenerstattung aufgrund der in der zweiten Jahreshälfte 2010 zugewiesenen Flüchtlinge, wird sich erst im Laufe des Jahres 2011 bemerkbar machen.

Insgesamt geht die Refinanzierungsquote zurück. Während im Jahr 2008 noch 5% aus Einzahlungen aus Transferleistungen und 39% aus den Zuweisungen nach dem Landesaufnahmegesetz gedeckt werden konnten, waren es im Jahr 2010 nur noch 3% Refinanzierungsquote aus Transferleistungen und 28% aus den Zuweisungen des Landes.





2.1.4 Teilergebnishaushalt und -rechnung 04 – Gesundheit und Sport

Diesem Teilergebnishaushalt sind die Produktbereiche Gesundheitsdienste und Sportförderung sowie die Produktgruppen

- Maßnahmen der Gesundheitspflege und
- Förderung des Sports

zugeordnet. Diese Produktgruppen verfügen über drei Produkte.

Die Teilergebnisrechnung 04 schließt mit einem Fehlbedarf von rd. 2,1 Mio. € ab. Der entsprechende Planansatz wurde um rd. 282 T€ überschritten. Dies ist ausschließlich auf die Entwicklung im sekundären Bereich zurückzuführen. Dem entsprechend ist auch gegenüber dem Vorjahr ein deutlicher Anstieg (+ 15,56 %) zu verzeichnen.

Die **ordentlichen Erträge** überschreiten die Planansätze um rd. 25 T€ bzw. 17 %. Nach einem leichten Rückgang im Jahr 2009 haben sich die ordentlichen Erträge im Jahr 2010 stabilisiert. Maßgeblichen Anteil an dieser Position haben die Gebührenerträge (93,19 %) des Gesundheitsamtes. Hier hat sich der deutliche Anstieg des letzten Jahres (+ 15 %) in diesem Jahr mit einem geringerem Umfang (+7 %) fortgesetzt. An zweiter Stelle folgen die Erträge aus Zuweisungen und Zuschüsse mit einem Anteil von etwa 6,5 %. Da es sich hierbei in erste Linie um Spenden privater Institutionen handelt wurde kein Planansatz gebildet. Die ansteigende Tendenz hat sich im Jahr 2010 in reduziertem Umfang fortgesetzt. Bei allen anderen ordentlichen Erträgen dieses Teilergebnishaushaltes sind gegenüber den Vorjahren starke Rückgänge bzw. Ausfälle festzustellen.

Bei den **ordentlichen Aufwendungen** wurde der Planansatz mit etwa 95,5 % ausgeschöpft. Gegenüber dem Vorjahr ist wiederum ein leichter Rückgang (-4,5 %) dieser Position zu verzeichnen. Mit einem Anteil von nahezu 82 % stehen die Personalaufwendungen im Vordergrund, mit einer leicht rückläufigen Tendenz gegenüber den Vorjahren. Der Ansatz wurde hier nahezu vollständig ausgeschöpft. Dem gegenüber ist bei den Versorgungsaufwendungen weiterhin ein starker Rückgang (-29 %) und ein erhebliches Unterschreiten des Planansatzes festzustellen.
Mit einem Anteil von etwa 12 % folgen an zweiter Stelle die Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse. Auch hier wurde der Ansatz nahezu vollständig ausgeschöpft. Von den rd. 271 T€ entfallen rd. 170 T€ auf Zuweisungen an die psychosozialen Beratungsstellen und 101 T€ auf die Sportförderung. Während bei der Sportförderung gegenüber den Vorjahren keine Veränderung erfolgte, kommt es bei der Unterstützung der Beratungsstellen zu vertragsgemäßen Steigerungen gegenüber den Vorjahren von 6,5 % bzw. 8,6 %.
Hinzuweisen ist noch auf die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen dieses Teilergebnishaushaltes. Hier ist, unter Einhaltung der **haushaltswirtschaftlichen Sperre,** der Ansatz zu 65,5 % verbraucht worden. Gegenüber den Vorjahren hat sich die rückläufige Tendenz (-30,72%) fortgesetzt.

Im **außerordentlichen Bereich** sind Erträge und Aufwendungen entstanden, denen keine Planansätze gegenüber stehen. Im Ergebnis ist ein geringfügiger Fehlbetrag entstanden, welcher durch Mittel aus dem ordentlichen Bereich zu decken ist. Gegenüber dem Vorjahr ist nur eine unwesentliche Veränderung eingetreten.

Im **sekundären Bereich** ist ein deutlich geringerer Überschuss (rd. – 417 T€) als veranschlagt entstanden. Ursache sind höhere sekundäre Aufwendungen aus der Umlegung des Zuschusses an den Eigenbetrieb „Gebäudewirtschaft“ und der Umlegung des Zuschussbedarfes aus dem Produkt 1081. Dem entsprechend hat sich auch die Entwicklung gegenüber dem Vorjahresergebnis verschlechtert.

2.1.5 Teilergebnishaushalt und -rechnung 05 – Gestaltung der Umwelt

Dieser Teilergebnishaushalt umfasst die Produktbereiche

- Räumliche Planung und Entwicklung, Geoinformation
- Bauen und Wohnen
- Verkehrsflächen und ÖPNV
- Natur- und Landschaftspflege
- Umweltschutz
- Wirtschaft und Tourismus

mit den Produktgruppen

- Räumliche Planungs- und Entwicklungsmaßnahmen
- Bau- und Grundstücksordnung
- Deckmalschutz und –pflege
- Kreisstraßen
- ÖPNV
- Naturschutz und Landschaftspflege
- Umweltschutzmaßnahmen
- Wirtschaftsförderung und Tourismus

Diesen Produktgruppen sind insgesamt 13 Produkte zugeordnet.

Die Teilergebnisrechnung 05 schließt mit einem Fehlbetrag von rd. 6,7 Mio. € ab. Unter Berücksichtigung der aus dem Haushaltsjahr 2009 übertragenen Ermächtigungen in Höhe von rd. 329,3 T€ wurde der Planansatz nahezu vollständig in Anspruch genommen (rd. 96 %). Gegenüber dem Vorjahr ist ein deutlicher Rückgang dieses Defizits von nahezu 29 % und rd. 2,7 Mio. € festzustellen. Hierfür ist im Wesentlichen die Entwicklung im außerordentlichen Ergebnis verantwortlich.

Die **ordentlichen Erträge** dieses Teilergebnisses (rd. 5,5 Mio. €) haben den Planansatz erreicht und sich gegenüber dem Vorjahr wieder etwas erholt (+ 6,85 %). Das Ergebnis des Jahres 2008 wurde jedoch noch nicht erreicht. Die Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen bilden mit einem Anteil von fast 50 % und etwa 2,8 Mio. € einen Schwerpunkt der ordentlichen Erträge dieses Teilergebnishaushaltes. Hierbei handelt es sich im Wesentlichen um den Kommunalisierungszuschuss des Landes für die Wahrnehmung ehemaliger Landesaufgaben. Die Entwicklung gegenüber den Vorjahren ist nahezu konstant. Der Planansatz wurde erreicht.
Einen weiteren Schwerpunkt bilden die Gebührenerträge mit einem Anteil von etwa 38 % und rd. 2,1 Mio. €. Den maßgeblichen Anteil an dieser Position leisten die Gebührenerträge des Kreisbauamtes. Hier wurde der Planansatz um 4,5 % überschritten. Gegenüber dem Vorjahr ist eine deutliche Verbesserung (+ 16,5 %) eingetreten. Das Niveau des Jahres 2008 wurde jedoch nicht ganz erreicht.
Die Erträge aus der Auflösung von Sonderposten bilden mit einem Anteil von rd. 11 % und rd. 0,6 Mio. € die dritte Größe unter den ordentlichen Erträgen dieses Teilergebnisses. Der entsprechende Planansatz wurde erreicht. Gegenüber dem Vorjahr ist ein Anstieg von etwa 13 % auf das Niveau des Ergebnisses 2008 zu verzeichnen. Die entsprechenden Sonderposten wurden im Rahmen der Förderung der investiven Maßnahmen an Kreisstraßen und für den ÖPNV gebildet.

Die **ordentlichen Aufwendungen** dieses Teilergebnisses betragen rd. 10,8 Mio. €. Die Deckung ist durch einen entsprechenden Planansatz und die Übertragung einer Ermächtigung aus dem Haushalt 2009 gewährleistet. Die vom Kreisausschuss erlassene **haushaltswirtschaftliche Sperre** in Höhe von 65 T€ konnte im Ergebnis mit 45 T€ eingehalten werden. Gegenüber den Vorjahren ist ein Mehrbedarf von 3,4 % bzw. 5,6 % festzustellen. Mit rd. 4,3 Mio. € und einem Anteil von etwa 40 % sind die Personalaufwendungen die größte Position der ordentlichen Aufwendungen. Hier wurde der Planansatz geringfügig überschritten. Gegenüber den Vorjahren sind Steigerungen von 11,6 % und 3,4 % eingetreten. Im Gegensatz dazu sind die Versorgungsaufwendungen gegenüber den Vorjahren um 3 % bzw. 11 % zurückgegangen.

An zweiter Stelle folgen die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen mit rd. 2,6 Mio. € und einem Anteil von etwa 24,5 %. Der Planansatz wurde, unter Berücksichtigung einer übertragenen Ermächtigung und der Einhaltung der haushaltswirtschaftlichen Sperre, erreicht. Gegenüber dem Vorjahr ist ein Anstieg von 8,75 % festzustellen. Dennoch wurde das Niveau des Ergebnisses 2008 deutlich unterschritten.
In einer Größenordnung von rd. 1,6 Mio. € und einem Anteil von 15 % folgen die Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse. Hier konnte die Überschreitung des Planansatzes durch die Inanspruchnahme der übertragenen Ermächtigung aus dem Haushalt 2009 gedeckt werden. Gegenüber den Vorjahren sind Steigerungen von 12 % bzw. 7 % bei dieser Position festzustellen. Mit einem Anteil von rd. 1,3 Mio. € und etwa 12 % folgen danach die Abschreibungen. Hier haben die Plansätze nicht ausgereicht (+ 15,4 %). Von untergeordneter Bedeutung sind die gesetzlichen Umlageverpflichtungen (rd. 400 T€ und 3,8 % Anteil). Hier wurde der Planansatz leicht un-

terschritten. Gegenüber dem Vorjahr ist das Ergebnis an dieser Stelle konstant geblieben.

Im **außerordentlichen Bereich** sind Erträge entstanden, denen kein Ansatz gegenüber steht. Die außerordentlichen Aufwendungen haben die Ansätze geringfügig überschritten und werden durch die außerordentlichen Erträge gedeckt. Der Anteil des außerordentlichen Ergebnisses am Jahresergebnis beträgt in diesem Jahr nur 7,5 %. Gegenüber den Vorjahren sind hier deutliche Rückgänge um 67 % bzw. 86 % festzustellen, da in diesem Jahr keine Erträge und Aufwendungen im Zusammenhang mit dem Wechsel von Straßenbaulasten entstanden sind.

Bei den **sekundären Aufwendungen** wurde der Planansatz nicht erreicht. Gegenüber dem Vorjahr ist ein Zuwachs von 32 %, aufgrund der Aufnahme des Produktes 1081 in die interne Leistungsverrechnung, festzustellen.

2.1.6 Teilergebnishaushalt und -rechnung 06 – Zentrale Finanzleistungen

Diesem Teilergebnishaushalt ist der Produktbereich Allgemeine Finanzwirtschaft mit den Produktgruppen

- Steuern, allgemeine Zuweisungen, allgemeine Umlagen und
- Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft

zugeordnet. Den beiden Produktgruppen sind drei Produkte zugeordnet.

Die Teilergebnisrechnung 06 weist als Jahresergebnis einen Überschuss von rd. 68,2 Mio. € aus. Dieser Überschuss reicht nicht aus, um die Fehlbeträge der anderen Teilergebnisrechnungen auszugleichen und führt somit zu dem Fehlbedarf in der Gesamtergebnisrechnung von 28,9 Mio. €. Der geplante Überschuss wurde um rd. 0,5 Mio. € unterschritten. Maßgeblich hierfür ist der im außerordentlichen Ergebnis ausgewiesene Beteiligungsverlust bei der Kreiskrankenhaus Bergstraße gGmbH. Der diesjährige Überschuss liegt etwa 0,5 Mio. € über dem Ergebnis des Jahres 2008 und etwa 20,7 Mio. € (= -23,24%) unter dem Ergebnis des Jahres 2009.

Ausschlaggebend für diese Entwicklung sind die Verluste bei den **ordentlichen Erträgen** (gegenüber 2009 13,68 %) basierend auf den Ergebnissen des Kommunalen Finanzausgleichs. Allein die Kreisumlage weist mit einem Anteil von 74 % an den ordentlichen Erträgen einen Verlust gegenüber dem Vorjahr von etwa 11,7 Mio. € aus. Dem folgen die Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen mit einem Anteil von etwa 25 % und einem Verlust von annähernd 7,1 Mio. €. Positiv entwickelt haben sich die Erträge aus Kostenerstattungen (+10 %) und der Auflösung von Sonderposten (+ 11%). Sie leisten jedoch mit 0,2 Mio. € und 0,9 Mio. € nur einen marginalen Beitrag zu den ordentlichen Erträgen dieses Teilergebnisses. Insgesamt wurden die Planansätze der ordentlichen Erträge erreicht.

Bei den **ordentlichen Aufwendungen** ist eine Ansatzüberschreitung von rd. 0,4 Mio. € und etwa 1 % eingetreten. Maßgeblich hierfür ist der Mehrbedarf bei den Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüssen von rd. 249 T€ und nicht veranschlagte Abschreibungen in Höhe von etwa 246 T€. Gegenüber den Vorjahren sind Zuwächse bei den ordentlichen Aufwendungen von 13,6 % bzw. 3,6 % entstanden. Den Schwerpunkt der ordentlichen Aufwendungen bilden mit einem Anteil von 92 % die gesetzlichen Umlageverpflichtungen. Hiervon entfallen auf

- die LWV-Umlage 38,1 Mio. € und
- die Krankenhausumlage 4,6 Mio. €.

Der Planansatz wurde vollständig in Anspruch genommen. Gegenüber den Vorjahren sind Steigerungen von 17 % bzw. 9 % festzustellen. An zweiter Stelle folgen die Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse mit einem Anteil von etwa 5 % und einer rückläufigen Entwicklung gegenüber den Vorjahren von 20 % bzw. 46 %. Die Ansatzüberschreitung ist durch einen Mehrbedarf an Kreiszuschuss für den Eigenbetrieb „Gebäudewirtschaft“ zur die Bewirtschaftung der Verwaltungsgebäude eingetreten. Die Deckung erfolgte durch einen Minderbedarf beim Kreiszuschuss für die Bewirtschaftung der Schulen.
Danach folgen die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen mit einem Anteil von 2 % und einem Zuwachs von nahezu 7 % gegenüber dem Vorjahr. Hierbei handelt es sich um Aufwendungen für Versicherungen, Beiträge und Mitgliedschaften. Der Planansatz wurde mit 96,5 % ausgeschöpft.
Personal- und Versorgungsaufwendungen haben mit einem Anteil von unter 1 % (rd. 342 T€) eine untergeordnete Bedeutung in diesem Teilergebnis. Nach einem Anstieg im Ergebnis 2009 ist im Jahr 2010 ein Rückgang (-3 % bzw. -10 %) gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen. Die entsprechenden Planansätze wurden nicht vollständig ausgeschöpft. Die nicht veranschlagten Abschreibungen sind durch nicht zuordenbare pauschale Wertberichtungen für Altforderungen (vor dem 01.01.2008) entstanden. Hier ist ein deutlicher Rückgang gegenüber den Vorjahren von 77 % bzw. 33 % zu verzeichnen.

Das Finanzergebnis dieser Teilergebnisrechnung weist einen Fehlbedarf von rd. 4,9 Mio. € aus. Maßgeblich hierfür sind die Zinsaufwendungen für die Kassenkredite mit rd. 3,5 Mio. €. Gegenüber dem Vorjahr sind bei Erträgen und Aufwendungen deutliche Zuwächse (+33 % bzw. +15,5 %) entstanden. Dies führt im Finanzergebnis zu einem Zuwachs des Fehlbedarfs von über 600 T€ bzw. rd. 14,5 %. Maßgeblich für diese Entwicklung ist der zusätzliche Kassenkreditbedarf. Bei den Erträgen wurde der Planansatz aufgrund der Entwicklung der Zinssicherungen deutlich überschritten (+52 T€ bzw. + 19 %). Der Planansatz der Zinsaufwendungen wurde deutlich unterschritten (773 T€ bzw. -13 %). Ursächlich für diese Abweichungen ist die günstige Entwicklung der Kapitalmarktzinsen.
Wie bereits oben erwähnt, hat das **außerordentliche Ergebnis** zu einer negativen Entwicklung des Jahresergebnisses dieser Ergebnisrechnung geführt. Ursache hierfür ist die in den außerordentlichen Aufwendungen enthaltene Wertberichtung des

Beteiligungsbuchwertes an der Kreiskrankenhaus Bergstraße gGmbH von rd. 1,76 Mio. €. Diese Wertberichtung war zum Zeitpunkt der Aufstellung des Haushaltsplans 2010 nicht bekannt. Dadurch war die Bildung eines entsprechenden Plansatzes nicht möglich.
Bei den außerordentlichen Erträgen kommt es aufgrund der ertragswirksamen Auflösung einer Rückstellung für ein Grunderwerbsteuerrisiko und der Zuschreibungen bei Beteiligungsbuchwerten, zu einem erheblichen Zuwachs. Auch bei den außerordentlichen Aufwendungen ist aufgrund der oben genannten Ursache ein erheblicher Anstieg zu verzeichnen.

Im **sekundären Bereich** liegt das positive Ergebnis mit rd. 0,2 Mio. € bzw. etwa 8,5 % über dem Ansatz. Ursächlich hierfür sind zusätzliche sekundäre Erträge die im Zusammenhang mit dem erhöhten Zuschuss an den Eigenbetrieb „Gebäudewirtschaft“ entstanden sind. Gegenüber dem Vorjahr hat sich dieses Ergebnis um etwa 1 % verbessert.

2.2. Direkte Gesamtfinanzrechnung

In der direkten Gesamtfinanzrechnung werden alle liquiditätswirksamen Vorgänge des Haushaltsjahres strukturiert nach Verwaltungs-, Investitions- und Finanzierungstätigkeit dargestellt. Für jeden Bereich wird ein Überschuss bzw. Fehlbetrag festgestellt. Unter Berücksichtigung der haushaltsunwirksamen Zahlungsvorgänge (z.B. durchlaufende Posten) wird der Finanzmittelüberschuss/ -fehlbetrag des Haushaltsjahres festgestellt. Durch Saldierung mit dem Finanzmittelbestand am Anfang des Haushaltsjahres wird der Finanzmittelbestand am Ende des Haushaltsjahres festgestellt. Im Gegensatz zur indirekten Finanzrechnung erfolgt hier ausschließlich eine Gegenüberstellung mit den Ergebnissen des Vorjahres (HJ 2009).

Aus **laufender Verwaltungstätigkeit** ist aufgrund von rd. 277,7 Mio. € Einzahlungen und rd. 302,2 Mio. € Auszahlungen ein Fehlbetrag von etwa 24,5 Mio. € entstanden. Gegenüber dem Vorjahr hat sich dieser erheblich, von rd. 2,7 Mio. € um rd. 21,8 Mio. €, erhöht. Sowohl rückläufige Einzahlungen (- rd. 14,3 Mio. €) als auch höhere Auszahlungen (+ rd. 7,5 Mio. €) sind für diese Entwicklung verantwortlich. Dieser Fehlbetrag führt maßgeblich zu dem enormen Anstieg des Kassenkreditbestandes.

In der Gesamtergebnisrechnung sind rd. 278,5 Mio. € liquiditätswirksame Erträge entstanden. Aus der Saldierung mit den Einzahlungen entsteht ein Zuwachs bei den Forderungen von rd. 0,8 Mio. €. Wie bei den Erträgen stehen auch hier die Einzahlungen aus der Kreis- und Schulumlage mit etwa 138 Mio. € im Vordergrund. Dies gilt auch für die Verluste gegenüber dem Vorjahr mit rd. 9,8 Mio. €.
An zweiter Stelle folgen die Einzahlungen aus Transferleistungen mit etwa 75 Mio. € Gegenüber den entsprechenden Erträgen ist ein Zuwachs der Forderungen von etwa 0,5 Mio. € festzustellen. Im Vergleich zum Vorjahr konnten diese Einzahlungen jedoch um rd. 2,5 Mio. € gesteigert werden.

Mit Einzahlungen von etwa 52,7 Mio. € liegen die Zuweisungen und Zuschüsse an dritter Stelle. Aufgrund von Jahresabgrenzungen liegen diese Einzahlungen um etwa 0,2 Mio. € unter den vergleichbaren Erträgen und bilden einen weiteren Forderungszuwachs. Durch den Verlust bei den Landkreisschlüsselzuweisungen und der Grunderwerbsteuerzuweisung gehen diese Einzahlungen gegenüber dem Vorjahr um rd. 6,4 Mio. € zurück.
Danach folgen, wie auch in der Gesamtergebnisrechnung, die Gebühren mit etwa 7,0 Mio. €. Gegenüber dem Gesamtergebnis kommt es insbesondere durch Jahresabgrenzungen (siehe Produkt 1110) und säumigen Einzahlungen zu zusätzlichen Forderungen von fast 0,3 Mio. €. Wie bei den Erträgen ist auch bei den Einzahlungen eine leicht steigende Tendenz an dieser Stelle zu beobachten. Mit etwa 4,2 Mio. € folgen die Einzahlungen aus Kostenersatzleistungen und -erstattungen. Diese Einzahlungen überschreiten, mit rd. 0,7 Mio. €, deutlich die entsprechenden Erträge in diesem Jahr. Dies ist besonders auf den Abbau von Forderungen gegenüber den Eigenbetrieben (siehe Produkte 1051 und 1081) in diesem Bereich zurückzuführen und hat sich auch in der Entwicklung gegenüber dem Vorjahr, mit einem Plus von rd. 0,6 Mio. € fortgesetzt. Die sonstigen Einzahlungen liegen mit rd. 0,5 Mio. € deutlich unter dem Vorjahreswert (rd. 1,9 Mio. €). Maßgeblich hierfür war damals die Abrechnung von SGB-II-Leistungen für das Jahr 2007 mit einer Nachzahlung des Bundes von über 1,2 Mio. €.

Mit 149,3 Mio. € machen die Auszahlungen für Transferleistungen nahezu 50 % der Auszahlungen aus Verwaltungstätigkeit aus. Im Zusammenhang mit der Jahresabgrenzung fallen diese Auszahlungen um etwa 1,3 Mio. € geringer aus als die entsprechenden Aufwendungen in der Gesamtergebnisrechnung. Dies führt zu einem entsprechenden Zuwachs der Verbindlichkeiten. Gegenüber dem Vorjahr sind diese Auszahlungen um etwa 3,7 Mio. € gestiegen und liegen damit rd. 2,0 Mio. € unter dem Anstieg der entsprechenden Aufwendungen in der Gesamtergebnisrechnung. Dies lässt erwarten, dass auch die Auszahlungen für Transferleistungen in allen Bereichen weiter ansteigen werden.
Mit deutlichem Abstand folgen an zweiter Stelle (rd. 45,1 Mio. €) die Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse. Diese Auszahlungen übersteigen die entsprechenden Aufwendungen um etwa 1,9 Mio. €. Maßgeblich hierfür sind die teilweise Auflösung einer Rückstellung aus dem Betrauungsakt für die Kreiskrankenhausbergstraße gGmbH und die Überzahlung des Zuschusses an den Eigenbetrieb „Gebäudewirtschaft“. Die Auflösung der Rückstellung und die Erhöhung des Zuschusses für den Eigenbetrieb „Gebäudewirtschaft“ hat auch zu dem deutlichen Anstieg dieser Auszahlungen gegenüber dem Vorjahr (rd. 3,9 Mio. €) geführt.
Die Auszahlungen für Umlageverpflichtungen liegen mit rd. 43,1 Mio. € an dritter Stelle der Auszahlungen für Verwaltungstätigkeit und entsprechen den Aufwendungen in der Gesamtergebnisrechnung. Auch her ist gegenüber dem Vorjahr eine deutlicher Anstieg von etwa 9 % bzw. rd. 3,7 Mio. € zu verzeichnen. Maßgeblich hierfür ist der Anstieg der LWV-Umlage um rd. 3,5 Mio. €.

Bei der **Investitionstätigkeit** führen die Einzahlungen von etwa 13,0 Mio. € und die Auszahlungen von rd. 31,8 Mio. € zu einem Fehlbedarf von 18,8 Mio. €. Dieser Fehlbedarf muss durch Überschuss des Vorjahres und eine entsprechende Aufnahme von Investitionskrediten gedeckt werden. Der Überschuss des Vorjahres ist durch die Landeszuweisung zur Finanzierung des Sonderinvestitionsprogrammes entstanden und hat sich reduzierend auf die Aufnahme von Kassen- und Investitionskrediten ausgewirkt. Da aus dieser Zuweisung die Maßnahmen des Sonderinvestitionsprogrammes in diesem Jahr zu finanzieren sind, kommt es nun zum umgekehrten Effekt.

Markant hierfür sind die Einzahlungen aus Investitionszuweisungen. Diese gehen von 23,3 Mio. € im Vorjahr um 10,6 Mio. € auf 12,7 Mio. € in diesem Jahr zurück. Von diesen Einzahlungen entfallen auf

- Zuweisung für die Konjunkturprogramme rd. 10,3 Mio. €,
- Allg. Investitionspauschale + Anteil Schulbaupauschale rd. 1,9 Mio. €,
- GVFG-Förderung für Kreisstraßen rd. 0,4 Mio. €,
- Beteiligungen Städte und Gemeinden an Kreisstraßen und ÖPNV rd. 26,0 T€,
- Beteiligungen Dritter an 1:1Programm Schulen rd. 43,8 T€.

Bei den Einzahlungen aus Abgängen des Finanzanlagevermögens handelt es sich ausschließlich um die Tilgung gewährter Darlehen. Der Zuwachs steht in unmittelbarem Zusammenhang mit der Gewährung eines investiven Darlehens an die „Arbeitsgemeinschaft zur Reaktivierung der Überwaldbahn“.
Von den Auszahlungen für den Grunderwerb entfallen 50 T€ auf die Schlussrate des Kaufpreises für den Kreisanteil dem Grundvermögen der Überwaldbahn und für den Erwerb von Kreisstraßengrundstücken etwa 55 T€.
Bei den Auszahlungen für Baumaßnahmen (rd. 1.093,6 T€) handelt es sich ausschließlich um Investitionen an Kreisstraßen. Aus den Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen sind dieser Position weitere 88,7 T€ zuzuordnen. Von der Gesamtsumme (1.182,3 T€) entfallen auf die Projekte

- K 3 Neubau Lampertheim-Landesgrenze BW mit 14,9 T€
- K 11 Verbreiterung uns Ausbau der freien Strecke zwischen Nieder- und Ober-Liebersbach mit rd. 34,2 T€,
- K 13, Ausbau der Ortsdurchfahrt Hornbach mit 47,7 T€,
- K 16, Ausbau freie Strecke Gorxheimertal-Landesgrenze mit 3,4 T€
- K 18, Erneuerung Durchlass Mackenheim mit rd. 169,4 T€,
- K 38, Ausbau der Ortsdurchfahrt Ersheim mit 26,1 T€
- K 55/ K 56 Ausbau der freien Strecke Knoden/ Schannenbach und der Ortsdurchfahrt Schannenbach mit rd. 852,2 T,
- K 55 Ausbau der freien Strecke zwischen Knoden/ Raidelbach mit rd. 37,8 T€.

Neben den Planansätzen standen Ermächtigungen aus dem Vorjahr in Höhe von 847,1 T€ zur Deckung zur Verfügung. Für die K 18 wurde eine außerplanmäßige Auszahlung in Höhe von 200 T€ bewilligt. Die Deckung erfolgte durch einen entsprechend geringeren Bedarf bei dem Ausbau der freien Strecke der K 67. Von den Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Vermögen entfallen auf

- die Zuweisung aus den Konjunkturprogrammen an den Eigenbetrieb Gebäudewirtschaft rd. 24.625,3 T€,
- die Anschaffungen aus den Konjunkturprogrammen rd. 1.374,0 T€,
- die Zuweisung für den Neubau der Martinsschule in Ladenburg an den Rhein-Neckar-Kreis 1.131,5 T€,
- die Zuweisung zur Errichtung einer Behindertenwerkstatt in Lorsch 550,0 T€,
- die Zuweisung für die Reaktivierung der Überwaldbahn 113,7 T€,
- die Zuweisung für den Umbau des Bahnhof Bensheim 100,0 T€,
- die Zuweisung für den Bau von Wartehallen 1,5 T€,
- die Fraktionsförderung 0,6 T€,
- die Anschaffung von beweglichen und immateriellen Vermögensgegenständen mit einem Wert > 410 € mit insgesamt 1.612,4 T€,
- und geringwertigen Wirtschaftsgütern 425,2 T€.

Von diesen Auszahlungen entfallen auf die Teilfinanzrechnungen

- 01 Zentrale Verwaltung rd. 348,5 T€,
- 02 Schule und Kultur 28.727,6 T€,
- 03 Soziales und Jugend 556,8 T€,
- 04 Gesundheit und Sport 9,6 T€,
- 05 Gestaltung der Umwelt 291,8 T€.

Neben den Planansätzen standen auch hier Vorjahresermächtigungen zur Verfügung. Ferner wurde in den Bereichen Schulen und Verwaltung die Deckung durch die Bereitstellung von Mitteln aus den Budgets sichergestellt. Gegenüber dem Vorjahr ist an dieser Stelle eine Mehrauszahlung von rd. 8,7 Mio. € festzustellen. Diese ist ausschließlich auf die Abwicklung der Konjunkturprogramme zurückzuführen.

Die Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen enthalten die Gewährung des Kredites an die Arbeitsgemeinschaft zur Reaktivierung der Überwaldbahn und die Zuführung zur gesetzlichen Pensionsrücklage. Im Rahmen der Bewirtschaftung des Kredites ist zu einer Ansatzüberschreitung gekommen. Die entsprechende Tilgung wurde zu Beginn des Haushaltsjahres 2011 veranlasst.

Mit dem Überschuss aus der **Finanzierungstätigkeit von etwa 43,5 Mio. €** werden die Fehlbeträge aus der Verwaltungs- und Investitionstätigkeit sowie aus haushaltsunwirksamen Zahlungsvorgängen weitgehend gedeckt. Der geringfügig verbleibende

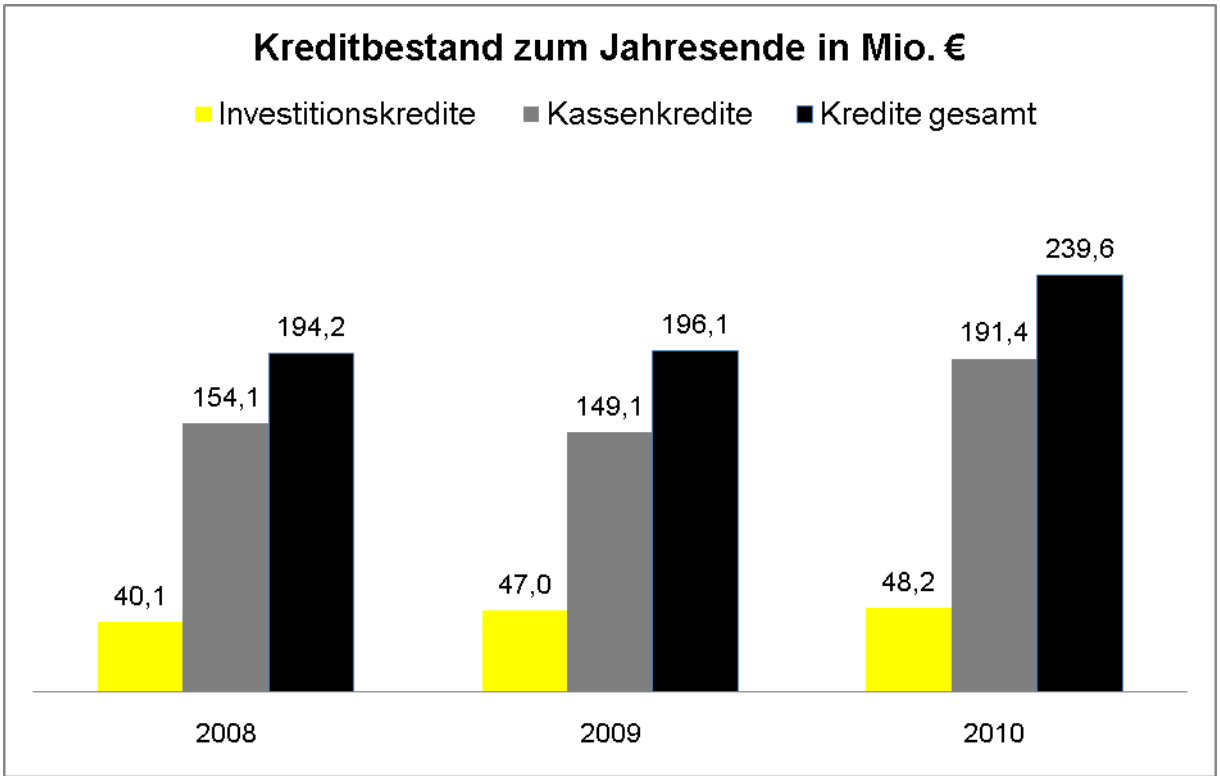
Fehlbetrag (rd. 162,3 T€) wird mit dem Finanzmittelbestand am Anfang des Haushaltsjahres saldiert und ergibt einen Finanzmittelbestand am Ende des Haushaltsjahres in Höhe von rd. 402,8 T€. Dieser Wert entspricht den in der Bilanz nachgewiesenen flüssigen Mitteln. Die Aufnahme von Krediten In Höhe von rd. 173,4 Mio. € setzt sich zusammen aus der Aufnahme von

- Krediten zur Finanzierung der Konjunkturprogramme mit rd. 1,9 Mio. €,
- Investitionskrediten mit rd. 5,3 Mio. € und
- Kassenkrediten von rd. 166,2 Mio. €.

Die Tilgung von Krediten in Höhe von rd. 129,9 Mio. € verteilt sich auf die Tilgung von

- Krediten zur Finanzierung der Konjunkturprogramme mit rd. 0,1 Mio. €,
- Krediten zur Finanzierung von Investitionen mit rd. 5,9 Mio. € und
- Kassenkrediten von rd. 123,9 Mio. €.

Durch diese Entwicklung der Finanzierungstätigkeit wächst der Kreditbestand zur Finanzierung von Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen um rd. 1,2 Mio. € auf nunmehr 48,2 Mio. €. Der Kassenkreditbestand erhöht sich hierdurch um 42,3 Mio. € auf nunmehr 191,4 Mio. €.



2.3. Indirekte Gesamtfinanzrechnung

Die indirekte Gesamtfinanzrechnung ermöglicht die Analyse auf der Ebene des Gesamtfinanzhaushalts. Es wird ermittelt

- der Finanzmittelfluss aus Verwaltungstätigkeit,
- der Finanzmittelfluss aus Investitionstätigkeit und
- der Finanzmittelfluss aus Finanzierungstätigkeit.

Unter Berücksichtigung von haushaltunwirksamen Zahlungsvorgängen und des Finanzmittelbestandes am Anfang des Haushaltsjahres wird hier ebenfalls der Finanzmittelbestand am Ende des Haushaltsjahres festgestellt.

Ausgehend von dem Jahresergebnis der Gesamtergebnisrechnung (Fehlbedarf rd. 28,9 Mio. €) wird unter Berücksichtigung zahlungsunwirksamer Erträge und Aufwendungen sowie ergebnisneutraler Ein- und Auszahlungen (saldiert insgesamt rd. 4,4 Mio. €) der **Finanzmittelfluss aus laufender Verwaltungstätigkeit** mit rd. -24,5 Mio. € ermittelt.
Dieser Wert entspricht dem Finanzmittelfehlbedarf in der direkten Gesamtfinanzrechnung (Pos. 19) und muss durch die Aufnahme von Kassenkrediten finanziert werden. Während die direkte Gesamtfinanzrechnung unmittelbar aus der Buchhaltung erzeugt werden kann, muss die indirekte Gesamtfinanzrechnung teilweise noch manuell erstellt werden. Insofern kommt es auch in diesem Jahresabschluss im Bereich der Verwaltungstätigkeit zu einer geringfügigen Abweichung von rd. 0,4 T€, welche in der Darstellung der Zunahme der Aktiva (Pos. 7) ausgeglichen wird.
Hinsichtlich der Abweichungen bei dem Jahresergebnis der Abschreibungen des Anlagevermögens und der Auflösung der Sonderposten wird auf die Darstellungen im Gesamtergebnis- und den Teilergebnishaushalten hingewiesen.
Bei den Rückstellungen ist im Gegensatz zu dem geplanten Zuwachs ein rückläufiges Ergebnis festzustellen. Die Abweichung von rd. 0,8 Mio. € resultiert aus erheblich geringeren Zugängen bei den Pensions- und Beihilferückstellungen. Hierzu wird auf die Darstellung der Versorgungsaufwendungen unter Ziffer 1.2 verwiesen. Ferner ist die Inanspruchnahme der Drohverlustrückstellung im Zusammenhang mit dem Betrauungsakt für die Kreiskrankenhaus Bergstraße gGmbH höher ausgefallen als veranschlagt. Demgegenüber stehen nicht veranschlagte Zugänge zu Rückstellungen für die Einrichtung der Lebensarbeitszeitkonten, die Instandhaltung und die Abstufung von Kreisstraßen.
Bei den Abgängen des Anlagevermögens ist der Saldo um etwa 0,2 Mio. € geringer ausgefallen als geplant, da die geplanten Abstufungen von Kreisstraßen nicht vollständig realisiert werden konnten und deshalb dafür eine entsprechende Drohverlustrückstellung gebildet wurde. Entgegen der Veranschlagung im Gesamtfinanzhaushalt ist in der indirekten Gesamtfinanzrechnung ein Saldo aus sonstigen zahlungsunwirksamen Erträgen (rd. 641,8 T€) und Aufwendungen (rd. 1.757,5 T€) in Höhe von rd. 1,1 Mio. € entstanden. Es handelt sich hierbei um die realisierbaren Gewinne und die

entstandenen Verluste von Beteiligungen an verbundenen Unternehmen. Der Saldo aus der Zu- und Abnahme von Aktiva bewegt sich im Rahmen der Veranschlagung. Sowohl bei den Forderungen als auch bei den aktiven Rechnungsabgrenzungsposten ist ein Zuwachs gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen. Demgegenüber hat sich der Saldo aus der Zu- und Abnahme der Passiva nicht planmäßig entwickelt. Der geplante weitere Abbau der Verbindlichkeiten um 1 Mio. € hat sich in einen Zuwachs von über 2,2 Mio. € umgekehrt. Maßgeblich hierfür ist die Entwicklung bei den Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen und den Verbindlichkeiten aus Zuweisungen und Zuschüssen welche aufgrund einer außergewöhnlich umfangreichen Belegvorlage im Folgejahr entstanden sind.

Bezüglich des **Finanzmittelflusses aus Investitionstätigkeit** wird auf die Darstellungen in der direkten Finanzrechnung verwiesen. Die Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen und immaterielle Vermögen entsprechen den Positionen 24 bis 26 in der direkten Finanzrechnung. Die Ansatzüberschreitung von rd. 7,1 Mio. € sind durch Ermächtigungsübertragungen aus dem Vorjahr gedeckt. Die Umsetzung der Konjunkturprogramme wird hier durch die hohen Ein- und Auszahlungen für Investitionszuweisungen deutlich. Der Saldo von rd. -18,8 Mio. € entspricht dem Fehlbetrag in der direkten Finanzrechnung (Pos. 29) und muss über Kredite finanziert werden.

Hinsichtlich des **Finanzmittelflusses aus Finanzierungstätigkeit** wird ebenfalls auf die Darstellungen in der direkten Finanzrechnung verwiesen. Als zusätzliche Information wird der Wert der Umschuldungen mit rd. 3,1 Mio. € angegeben.

2.4 Vermögensrechnung (Bilanz)

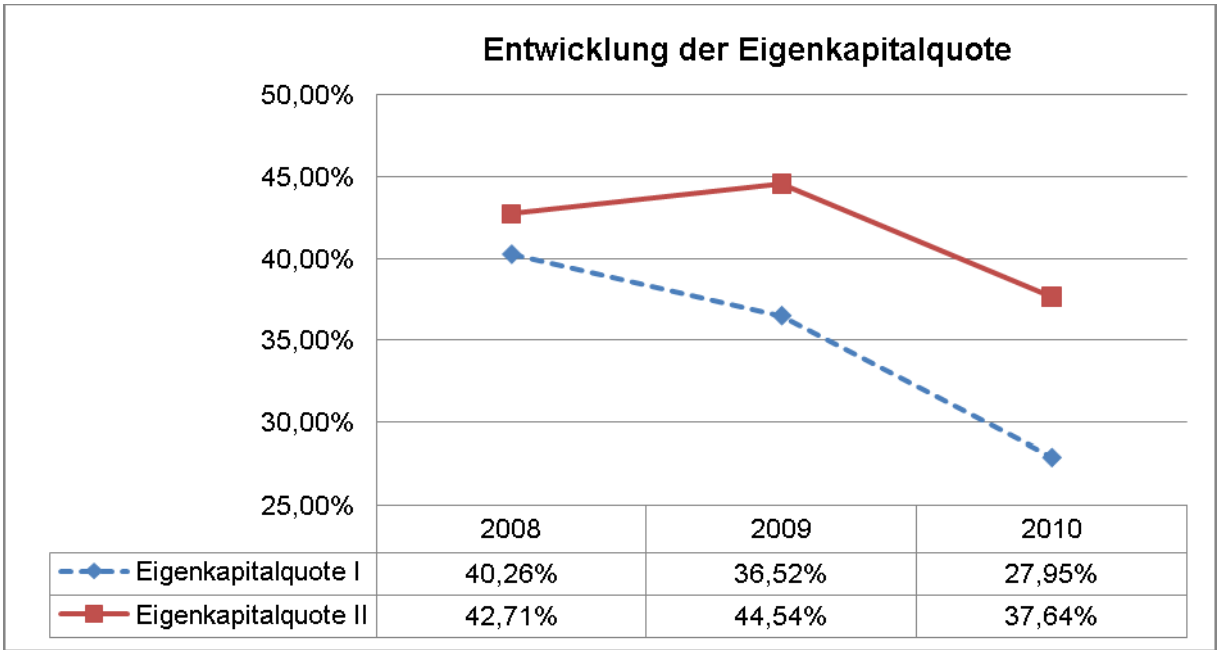
Bezüglich weiterer Informationen zur aktuellen Vermögensrechnung wird zunächst auf deren Anhang verwiesen. Die Analyse setzt sich im Wesentlichen, unter Verwendung von Kennzahlen, mit der Entwicklung zu den Vorjahren auseinander. Die Bilanzsumme steigt von 454,6 Mio. € um rd. 21,9 Mio. €, das sind etwa 4,8 %, auf rd. 476,5 Mio. € an. Damit wurde der vorherige Anstieg von rd. 19,4 Mio. € um rd. 2,5 Mio. € übertroffen.

Auf der **Aktiva** hat die Zunahme des Anlagevermögens um etwa 20,7 Mio. € bzw. rd. 5 % maßgeblich zu der Erhöhung der Bilanzsumme beigetragen. Während beim Sachanlagevermögen und Finanzanlagevermögen Verluste von etwas mehr als 2,8 Mio. € bzw. rd. 0,4 Mio. € entstanden sind, ist es, insbesondere durch die Umsetzung der Konjunkturprogramme, im immateriellen Vermögen zu dem erheblichen Zuwachs von nahezu 23,9 Mio. € gekommen. Gegenüber dem Vorjahr hat sich dieser Vermögensteil dadurch fast verdoppelt.
Die Verluste bei den Sachanlagen resultieren in erster Linie aus der Korrektur der Eröffnungsbilanz aufgrund der Neubewertung der Ausstattungsgegenstände in den Schulen des Kreises (- rd. 3,8 Mio. €).

Der Wert der Kreisstraßen (Grundstücke + Infrastruktur) hat sich trotz der Aktivierung abgeschlossener Maßnahmen durch Abschreibung und Abstufung um rd. 1,2 Mio. € reduziert. Demgegenüber hat sich der Wert der Maßnahmen im Bau um rd. 0,9 Mio. € erhöht. Bei den Finanzanlagen ist in der Gesamtbetrachtung Stabilität zu verzeichnen. Wobei bei den verbundenen Unternehmen Verluste (KKH gGmbH) und bei den Beteiligungen Zuwächse (Gewässerverband Bergstraße, Hospizstiftung) entstanden sind. Der Anteil des Anlagevermögens am Gesamtvermögen beträgt unverändert rd. 96,8 %. Der Anteil des immateriellen Vermögens ist von 5,5 % auf 10,5 % angestiegen. Beim Infrastrukturvermögen ist der Anteil unverändert bei 8 % geblieben. Der Sachanlagenanteil hat sich um 1,2 % auf einen Anteil von 11,9 % und der Anteil der Finanzanlagen um 3,7 % auf einen Anteil von 74,6 % reduziert.

Im Umlaufvermögen hat sich der Bestand an Forderungen gegenüber dem Vorjahr von rd. 6,5 Mio. € um rd. 1,0 Mio. € auf 7,5 Mio. € erhöht. Hierbei steht einem Zuwachs von über 50 % der öffentlich-rechtlichen Forderungen (+ rd. 1,1 Mio. €) ein Rückgang der Forderungen aus Transferleistungen, trotz 0,3 Mio. € weniger Wertberichtigungen, von etwas mehr als 10 % (- rd. 0,4 Mio. €) gegenüber. Auch die Forderungen aus Zuweisungen und Zuschüssen haben sich deutlich (+ 0,16 Mio. €) erhöht. Ursächlich für den Forderungszuwachs sind insbesondere Erstattungen der Eigenbetriebe und Gebührenerträge, deren Fälligkeiten im Folgejahr liegen. Die Entwicklung bei den Forderungen aus Transferleistungen basiert auf einem Rückgang neuer Forderungen und einer verbesserten Realisierung bestehender Forderungen, zum Beispiel durch die zentrale Rückstandsdatei mit rd. 73 T€.
Das gesamte Vermögen wird zu 38 % durch Eigenkapital und zu 42 % durch kurzfristige Verbindlichkeiten gedeckt. Das gesamte Anlagevermögen wird zu 10 % durch langfristige Verbindlichkeiten gedeckt. Bei den aktiven Rechnungsabgrenzungsposten ist ein Zuwachs von rd. 0,5 Mio. €, aufgrund der Finanzierung gestiegener Transferaufwendungen des Folgejahres, entstanden.

Der Anstieg der Bilanzsumme auf der **Passiva** ist im Wesentlichen auf die Zunahme der Sonderposten (+ rd. 9,7 Mio. €) und der Verbindlichkeiten (+ rd. 45,2 Mio. €) zurückzuführen. Dem stehen, unter Berücksichtigung des Ergebnisvortrages (Fehlbedarf rd. 28,9 Mio. €), ein Verlust beim Eigenkapital von rd. 32,8 Mio. € und ein Rückgang der Rückstellungen von 0,2 Mio. € gegenüber. Auch unter Berücksichtigung der Entwicklung der Sonderposten verbleibt ein Verlust beim Eigenkapital von rd. 23,1 Mio. €.
Der Anteil des Eigenkapitals am Gesamtkapital geht, unter Berücksichtigung der Ergebnisvorträge (Eigenkapitalquote 1), gegenüber dem Vorjahr von 37 % auf 28 % zurück. Unter Berücksichtigung der Sonderposten (Eigenkapitalquote 2) geht dieser Anteil von 45 % auf 38 % zurück.



	2008	2009	2010
Eigenkapitalquote I	40,26%	36,52%	27,95%
Eigenkapitalquote II	42,71%	44,54%	37,64%

Dem entsprechend steigt der Anteil des Fremdkapitals (Verbindlichkeiten und Rückstellungen) von 64 % auf 72,5 % bzw. von 56 % auf 63 % an.
Sollte sich das negative Jahresergebnis (= 16 % des Eigenkapital 2) in den Folgejahren auf vergleichbarem Niveau fortsetzen, beträgt die Eigenkapitalreichweite 6,2 Jahre. Das bedeutet, dass im Jahr 2017 das Eigenkapital verbraucht sein wird und die Nettoposition auf der Aktiva darzustellen ist.
Die Nettoposition als Saldo aus Aktiv und Passivposten geht um rd. 4,2 Mio. € bzw. um 2,2 % zurück. Die zweckgebundene Rücklage aus der Schulumlage steigt um rd. 0,4 Mio. € an, da bei der Erhebung der Schulumlage im Haushaltsjahr 2010 ein entsprechender Überschuss entstanden ist. Die Sonderrücklage zur Finanzierung von Zinssicherungen wird nicht mehr benötigt und deshalb aufgelöst.
In der Ergebnisverwendung werden die Ergebnisse der Gesamtergebnisrechnungen des laufenden und der vorangegangen Haushaltsjahre dargestellt. Die Abweichung gegenüber dem Vorjahr entspricht dem negativen Ergebnis des Haushaltsjahres 2010.
Der erhebliche Anstieg der Sonderposten steht im Zusammenhang mit der Umsetzung der Konjunkturprogramme.
Die Rückstellungen für Pensionen und Beihilfen für Versorgungsempfänger haben sich gegenüber dem Vorjahr um rd. 1,1 Mio. € bzw. um 2,4 % erhöht. Für die Rückstellung zur Absicherung eines Grunderwerbsteuerrisikos im Zusammenhang mit dem Abschluss der Sale-and-lease-back-Geschäfte besteht kein Bedarf mehr. Sie wird deshalb ertragswirksam aufgelöst. Bei den sonstigen Rückstellungen ist durch die teilweise Inanspruchnahme der Rückstellung für den Betrauungsakt bei der KKH gGmbH ein Rückgang von rd. 0,9 Mio. € gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen.
Der Schwerpunkt der Zunahme der Verbindlichkeiten in Höhe von rd. 45,2 Mio. € (+ 22,5 %) liegt mit rd. 42,8 Mio. € (+ 22 %). bei den Kreditverbindlichkeiten. Auslösender Faktor ist die erhebliche Zunahme des Kassenkreditbestandes (siehe Analyse der Gesamtfinanzrechnungen). Die Zunahme der Verbindlichkeiten aus Zuweisun-

gen und Zuschüssen um rd. 0,6 Mio. € sowie aus Lieferungen und Leistungen um rd. 2,4 Mio. € wird durch Fälligkeiten im Folgejahr verursacht. Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen und Beteiligungen sowie die sonstigen Verbindlichkeiten (ungeklärte Zahlungseingänge) konnten deutlich, um rd. 0,6 Mio. €, reduziert werden.

3. Bericht über Vorgänge von besonderer Bedeutung

3.1 Sonderinvestitionsprogramm des Landes und Zukunftsinvestitionsprogramm des Bundes

Zunächst wird auf die Darstellung unter Ziffer 4.1 des Rechenschaftsberichtes für das Haushaltsjahr 2009 verwiesen. Die Förderkriterien und die Höhe der Fördermittel sind unverändert geblieben. Durch das Land werden 58 und durch den Bund 29 Maßnahmen gefördert.

Von den Landesmaßnahmen waren bis zum Jahresende 2010

- 14 Maßnahmen mit einem Volumen von rd. 7,1 Mio. € abgeschlossen und abgerechnet,
- 4 Maßnahmen mit einem Volumen von rd. 0,9 Mio. € abgeschlossen, jedoch noch nicht abgerechnet,
- 40 Maßnahmen mit einem Volumen von rd. 25,8 Mio. € begonnen.

Von den Bundesmaßnahmen waren bis zum Jahresende 2010

- 2 Maßnahmen mit einem Volumen von rd. 14 T€ abgeschlossen und abgerechnet,
- 1 Maßnahme mit einem Volumen von 320 T€ abgeschlossen, jedoch noch nicht abgerechnet,
- 25 Maßnahmen mit einem Volumen von rd. 14,6 Mio. € begonnen.

Die Fördermittel für die Landesmaßnahmen in Höhe von rd. 29,1 Mio. € wurden bereits im Haushaltsjahr 2009 komplett abgerufen. Der Landesanteil der Fördermittel für die Bundesmaßnahmen in Höhe von rd. 4,4 Mio. € und Bundesmittel in Höhe von ebenfalls rd. 4,4 Mio. € wurden bis zum Jahresende 2010 abgerufen. An Bundesmitteln sind somit noch bis zum Jahresende 2011 rd. 8,9 Mio. € abzurufen.

Von den Fördermitteln sind insgesamt rd. 45,2 Mio. € an den Eigenbetrieb Gebäudewirtschaft zur Umsetzung der Maßnahmen weiterzuleiten. In den Haushaltsjahren 2009 und 2010 sind dem Eigenbetrieb hiervon rd. 40,2 Mio. € zur Verfügung gestellt worden. Für die flächendeckende Ausstattung der Schulen mit naturwissenschaftlichen Geräten und Gegenständen sind rd. 1,6 Mio. € im Kreishaushalt verwendet

worden. Während im Haushaltsjahr 2009 zwischen Mittelabruf und Mittelverwendung ein Überschuss entstanden ist, muss der Kreis zum Jahresende 2010 die Fördermaßnahmen mit rd. 3,9 Mio. vorfinanzieren. Gemäß der vorliegenden Planung des Eigenbetriebes Gebäudewirtschaft wird es aufgrund von Kostensteigerungen zu einem Mehrbedarf von rd. 2,1 Mio. € kommen. Der Mehrbedarf muss mit Eigenmitteln des Kreises finanziert werden.
Neben den Maßnahmen an Schulen werden auch Brandschutzmaßnahmen am Kreiskrankenhaus aus dem Bundesprogramm mit rd. 1,2 Mio. € gefördert. Hiervon wurde bisher nur der Finanzierungsanteil des Landes abgerufen.
Für den Darlehensanteil der Förderung musste im Haushaltsjahr 2010 eine Zinsdienstumlage in Höhe rd. 1,1 Mio. € geleistet werden.

3.2 Schulentwicklungsplan

Der Kreistag hat in seiner Sitzung am 21.06.2010 dem von der Verwaltung vorgelegten Entwurf der Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes für den Zeitraum der Schuljahre 2010/11 bis 2015/16 beschlossen und die Verwaltung beauftragt die Zustimmung des Kultusministeriums zu den fünf genehmigungspflichtigen Maßnahmen einzuholen. In einer zusammenfassenden Bewertung hat das mit der Planung beauftragte Unternehmen die Ansatzpunkte für die fortzuschreibende Planung folgendermaßen dargestellt:

1. die Schülerzahlen sinken dramatisch,
2. die Rückgänge erreichen fast alle Schulen,
3. einige Schulen haben dramatische Einbrüche und faktische Überhänge, einige dennoch (auslaufende!) starke Anstiege und Raumnöte,
4. „alle nötigen Dächer scheinen gebaut“ zu sein,
5. in einigen Grundschulgebäuden könnten zusätzlich ggf. Kindertagesstätten Platz finden (Konzeption eines „Hauses der Bildung“),
6. die Integration bzw. Inklusion wird bei den Förder- und vor allem auch bei den Regelschulen erhebliche Konsequenzen haben,
7. die Schülerzahlverhältnisse zwischen den einzelnen Kommunen müssten ausgeglichen werden,
8. die Schülerzahlverhältnisse zwischen den gleichen Schulformen einer Region müssen ausgeglichen bzw. verbessert werden,
9. einige Grundschulen in den Kommunen im Kreis Bergstraße sind von den Schülern her gesehen zu schwach aufgestellt und benötigen dringend jahrgangsübergreifende und / oder pädagogische Konzepte, und / oder Absicherungen als Dependancen,
10. die Hauptschullandschaft „zerfällt“ möglicherweise vollends und damit das Fundament des Schulsystems,
11. die Realschulen können nicht mehr die gleichen Schülerzahlen wie in der Vergangenheit binden und wenn die Hauptschule „zerfällt“, zerfällt indirekt auch die Realschule,

12. die zwei kleinen (Grund- und) Hauptschulen bedürfen in den nächsten Jahren besonderer Anstrengungen, um bestehen zu bleiben,
13. das Ziel des Landes scheint eine eher dreizügige „Sekundarstufe“ zu sein, die in der spezifischen Form der Mittelstufenschule eine gewisse Größe braucht, um differenzieren zu können,
14. die Beruflichen Schulen erscheinen räumlich sehr gut aufgestellt und könnten ihr Angebot in den vorhandenen Räumen (u.a. mit den Beruflichen Gymnasien) zukunftsträchtig erweitern,
15. alle Kommunen sollten sich dem Schulthema und dem Erhalt der noch sehr dicht geflochtenen Schullandschaft zuwenden, weil ihre Probleme ähnlich, vergleichbar und eng verflochten sind; Phasen politischer und planerischer „Alleingänge“ für einzelne Schulen kann es nicht geben: ohne eine von Standort zu Standort abgestimmte Planung zerfällt der Konsens der Kommunen im sensiblen Schulbereich.

Aufgrund dieser Ansatzpunkte werden Empfehlungen zu der Entwicklung der einzelnen Schulformen und baulichen Stand der Schule ausgesprochen. Bei den Grundschulen wird im Planungszeitraum ein Rückgang der Schülerzahlen von etwa 9.300 auf 8.400 prognostiziert. Bei den Hauptschulen wird mit einem Verlust von nahezu 700 Schüler/Innen auf einen Bestand von unter 1.000 Schüler/Innen gerechnet. In den Realschulen wird ein Rückgang von etwa 800 Schüler/Innen auf einen Bestand von etwa 4.900 prognostiziert. Für die Gymnasien wird ein Rückgang um rd. 1.700 Schüler/Innen auf etwa 5.900 erwartet. Die Schülerzahl der Gesamtschulen soll bei etwa 1.200 Schüler/innen konstant bleiben. Bei den berufsbildenden Schulen wird ein Rückgang von etwa 400 Schüler/Innen auf einen Bestand von rd. 4.600 erwartet. Bei den Förderschulen werden erhebliche Veränderungen im Zusammenhang mit der Umsetzung der Inklusion erwartet. Eine den anderen Schulformen vergleichbare Prognose ist deshalb nicht möglich. Ein Rückgang der entsprechenden Schülerzahl wird jedoch nicht erwartet. Die aktuellen Schülerzahlen der Schuljahres 2010/2011 betragen bei

- den Grundschulen 8.262,
- den Kombinierten Schulformen 10.782,
- den Gymnasien 7.634,
- den Beruflichen Schulen 5.078 und
- den Förderschulen 751

Insgesamt ist die Schülerzahl gegenüber dem vorangegangen Schuljahr von 33.023 um 516 (- 1,6 %) auf 32.507 Schüler/innen zurückgegangen. Folgende Einrichtungen von Schulen aus dem Investitionsprogramm konnten in 2010 abgeschlossen werden:

- Geschwister-Scholl-Schule Bensheim
- Alexander-von-Humboldt-Schule Viernheim
- Goethe-Gymnasium Bensheim
- AKG Bensheim

Bezüglich des Abschlusses von Baumaßnahmen wird auf den Lagebericht zum Jahresabschluss 2010 des Eigenbetriebes „Gebäudewirtschaft Kreis Bergstraße“ verwiesen.

3.3 Konzept „Familienfreundlicher Kreis Bergstraße“

Hierzu wird zunächst auf die Darstellungen in den Rechenschaftsberichten 2008 und 2009 verwiesen. Folgende Schulen sind im Jahr 2010 gestartet:

- Pestalozzischule Lampertheim, 2 Gruppen
- Lindenhofschule Groß-Rohrheim, 1 Gruppe
- Schlossbergschule Bensheim-Auerbach, 2 Gruppen
- Drachenschule Wald-Michelbach (priv. Träger), 1 Gruppe

Folgende Schulen haben ihr Angebot um je eine Gruppe erweitert (Anzahl Gruppen nach Erweiterung):

- Goetheschule Viernheim (2)
- Friedrich-Fröbel-Schule Viernheim (2)
- Wingertsbergschule Lorsch (2)
- Carl-Orff-Schule Lindenfels (2)
- Nibelungenschule Heppenheim (3)

Bis zum 31.12.2010 wurden insgesamt 22 Schulen in das Programm aufgenommen. Ferner wurden im Jahr 2010 folgende Schulen in das „Ganztagsprogramm nach Maß“ aufgenommen:

- Mittelpunktschule Lautertal-Gadernheim (Angebot bisher auf freiwilliger Basis, nun offizielle Aufnahme)
- Heinrich-Böll-Schule Fürth
- Siegfriedschule Heppenheim
- Felsenmeerschule Lautertal-Reichenbach

3.4 Projekt zur Umsteuerung der Jugendhilfe „ Familien stärken- Zukunft schaffen“

Zunächst wird auf die Darstellung in den Rechenschaftsberichten für das Jahr 2008 (Strategiepapier und Entwicklung des Konzepts) und für das Jahr 2009 verwiesen. Auch im zweiten Jahr der Realisierung dieses 5-Jahresprojekts zeigt sich, dass das Jugendamt den richtigen Weg eingeschlagen hat.

Insgesamt 23 Kinder konnten in familiäre Bereitschafts-, Vollzeitpflege- und Dauerpflegestellen anstatt in Heimerziehung oder vollstationäre Inobhutnahmestellen un-

tergebracht werden. In 7 Fallkonstellationen konnten neue, niederschwellige und kürzer dauernde ambulante Hilfen eingeleitet werden, die im Vergleich zur Sozialpädagogischen Familienhilfe kostengünstiger sind.

Dadurch hat das Jugendamt gemäß der mit dem Revisionsamt abgestimmten Kriterien und Berechnungsformel (s. Informationsvorlage Nr. 16-1901/1) Umsteuerungserträge in Höhe von knapp 750.000,-- € erwirtschaftet. Dem gegenüber steht der Aufwand für die Projektstellen und der Aufwand für Sach- und Dienstleistungen in Höhe von insgesamt 152.342,-- €. Dies bedeutet, dass bei konventioneller Versorgung des Hilfebedarfs, also ohne Umsteuerung, für den Kreis eine Mehrbelastung von ~ 750.000,-- € entstanden wäre.

Es hat sich bestätigt, dass mit zusätzlichen personellen und finanziellen Ressourcen, vor allem mit der personellen Aufstockung des Pflegekinderdienstes und der Investition in neue Angebote der (Zusammen) -arbeit mit Eltern und Familien

- eine verstärkte Vermittlung von Kindern bis 12 Jahren in familiale Formen der Betreuung und Erziehung (Pflegefamilien) möglich war
- kostenintensive, lang dauernde ambulante Hilfeprozesse vermieden werden, wenn es gelingt, Eltern frühzeitig für Elterntrainings zu gewinnen und aufsuchende, kurzfristige Familienhilfen zu vermitteln.

Diese und sonstige Aktivitäten des Jugendamtes hatten im Einzelnen weitere positive finanzielle Effekte:

- Das Jugendamt konnte im Jahr 2010 auf die vereinbarte Anschubfinanzierung für das Projekt in Höhe von 200.000,-- € verzichten.
- Innerhalb der umsteuerungsrelevanten Produkte stellten sich haushaltskonsolidierende Wirkungen ein. Z.B. ist bei den stationären Hilfen zur Erziehung (Produkt 3170) im Ergebnishaushalt ein Minderbedarf von 370.000,-- € festzustellen.
- In der vergangenen Abrechnungsperiode kam das Jugendamt ohne Nachtrag aus.
- Die haushaltswirtschaftlichen Sperren von insgesamt 535.000,-- € wurden in den meisten Bereichen eingehalten.
- Bezogen auf den Gesamthaushalt der Jugendhilfe weist das „*Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen*“ unter Berücksichtigung der Haushaltssperre, der sekundären Erträge und sekundären Aufwendungen eine Verbesserung von ~ 1,03 Mio. € aus.

3.5 Sicherung und nachhaltige Entwicklung des Krankenhausstandorts

Die erschwerten Rahmenbedingungen der Krankenhäuser erfordern die Sicherung und nachhaltige Entwicklung des Krankenhausstandorts und der stationären Versor-

gung im Kreis Bergstraße. Dies macht eine grundlegende Entscheidung zur strategischen Ausrichtung des Kreiskrankenhauses erforderlich. Hierzu erfolgt eine Identifikation und Verifizierung von Handlungsoptionen. Zur Erreichung der planerischen und strategischen Ziele wurde in 2009, unter Federführung des Ersten Kreisbeigeordneten, das „Bergsträßer Krankenhausforum“ eingerichtet, in das alle Krankenhäuser im Kreis eingebunden sind. Die Krankenhäuser im Kreis haben sich auf eine „Grundsatzerklärung zur Sicherung der wohnortnahen stationären Versorgung im Kreis Bergstraße“ verständigt. Bei der strategischen Ausrichtung des Kreiskrankenhauses werden folgende strategische Ziele verfolgt:

- Sicherung der bestmöglichen medizinischen Versorgung – Erfüllung des Versorgungsauftrags
- Wirtschaftliche Absicherung des Kreiskrankenhauses Heppenheim – nachhaltige Standortsicherung
- Sicherung der angemessenen Arbeitnehmerinteressen
- Erhalt des notwendigen kommunalen Einflusses

Der Kreistag hat in seiner Sitzung am 21.06.2010 den Kreisausschuss beauftragt, entsprechende Schritte zur Standortsicherung einzuleiten und in 2011 einen Vorschlag zur weiteren strategischen Ausrichtung des Kreiskrankenhauses vorzulegen sowie über den Stand der Abstimmung im „Bergsträßer Krankenhausforum“ zu berichten. In seiner Sitzung am 13.12.2010 hat der Kreistag einen Betrauungsakt für die Kreiskrankenhaus Bergstraße gGmbH beschlossen und einen Zuschuss an die Gesellschaft in Höhe von bis zu einer Million im Haushalt 2011 bereitgestellt.

4. Lage- und Prognosebericht mit der Chancen-Risiko-Analyse

4.1 Lage des Kreises

Der Landkreis Bergstraße bewegt sich mit 262.796 Einwohnern (Stand 31.12.2009) und einer Fläche von rd. 719,5 qkm weiterhin im Mittelfeld der 21 hessischen Landkreise. Die rückläufige Tendenz in der Bevölkerungsentwicklung hat sich gegenüber dem Jahr 2008 mit einer Abnahme von 669 Einwohnern fortgesetzt.
Die Steuereinnahmen der kreisangehörigen Kommunen im ersten Halbjahr 2010 liegen mit 315 € / Einwohner 25 € / Einwohner unter dem Vorjahreswert und unter den Steuereinnahmen der Nachbarkreise Darmstadt-Dieburg und Groß-Gerau. Auch der Durchschnitt der 21 hessischen Landkreise wird nicht erreicht. Das verfügbare Einkommen des Jahres 2008 liegt mit rd. 20,3 T€ je Einwohner über den Landesdurchschnitt und dem Vergleichswert des Nachbarkreises Groß-Gerau, jedoch unter dem Vergleichswert des Nachbarkreises Darmstadt-Dieburg.
Das Bruttoinlandsprodukt des Jahres 2008 liegt mit rd. 6,7 Mio. € etwas über den Vergleichswerten des Landkreises Darmstadt-Dieburg und des Landesdurchschnittes (6,4 Mio. €), jedoch erheblich unter dem Vergleichswert des Kreises Groß-Gerau

(9,2 Mio. €). Sowohl bei den verfügbaren Einnahmen als auch bei dem Bruttoinlandsprodukt ist eine steigende Tendenz gegenüber den Vorjahren zu verzeichnen.

Das Jahresergebnis 2010 hat mit einem Fehlbetrag von rd. 28,9 Mio. € die wirtschaftliche Situation deutlich weiter verschärft und schränkt die finanzielle Handlungsfähigkeit des Kreises erheblich ein.

Zusammen mit den Fehlbeträgen der Jahre 2008 und 2009 ist nunmehr ein kumulierter Fehlbetrag von rd. 57,4 Mio. € auf der Passivseite der Bilanz 2010 entstanden. Zuzüglich des kameralen Defizits zum 31.12.2007 erhöht sich dieser Wert nunmehr auf 187,4 Mio. €.
Demgegenüber steht ein Kassenkreditbestand zum Ende des Haushaltsjahres 2010 von 191,4 Mio. €. Die zusätzliche Liquidität wurde in erster Linie zur Vorfinanzierung der Konjunkturprogramme benötigt. Die Nettokreditaufnahme für Investitionen und Investitionsförderungen von rd. 1,2 Mio. € (2009 = 6,9 Mio. €) hat den entsprechenden Schuldenstand nunmehr auf rd. 48,2 Mio. € erhöht. Der Schuldenstand des Kreises beträgt damit zum Jahresende insgesamt rd. 239,6 Mio. €. Das sind je Einwohner 912 €. Gegenüber dem Vorjahr (745 € / Einwohner) ist ein Zuwachs von 167 € / Einwohner bzw. 22 % festzustellen.

Die Analyse der Finanzsituation der hessischen Landkreise durch den Hessischen Landkreistag, auf der Basis von Planzahlen des Haushaltsjahres 2010, ergibt, dass unter Einbeziehung aller Kreditverbindlichkeiten (auch der Beteiligungen), die hessischen Landkreise mit einer vergleichbaren Struktur, sich in einer ähnlichen Finanzsituation befinden. Wobei im Kreis Bergstraße der Besonderheit einer Belastung aus einem Sale-and-lease-back-Geschäft eine entsprechende Rücklage in Form einer Kapitalanlage gegenübersteht. Diese Analyse des Hessischen Landkreistages zeigt auch, dass sich die negative Tendenz zwischen Erträgen und Aufwendungen im Jahr 2010 bei allen hessischen Landkreisen erheblich verschärft hat. So bewegen sich zum Beispiel die Fehlbedarfe in den Ergebnishaushalten der beiden Nachbarlandkreise Darmstadt-Dieburg und Groß-Gerau planmäßig mit 38,7 Mio. € bzw. 36,2 Mio. € auf vergleichbarem Niveau von 36,9 Mio. € des Landkreises Bergstraße. Dies gilt auch für das kumulierte Defizit. Die Verschuldung in den Kernhaushalten der beiden Nachbarlandkreise zum Jahresende 2009 beträgt 644 € / Einwohner bzw. 1.359 € / Einwohner Mit 745 € / Einwohner liegt der Kreis Bergstraße näher am Wert des Landkreises Darmstadt-Dieburg.
Die Hebesätze der Kreis- und Schulumlage der drei Landkreise im Haushaltsjahr 2010 bewegen sich im Bereich von 54,00 % bis 55,60 %. Bei den Umlagegrundlagen liegt der Landkreis Darmstadt-Dieburg mit rd. 263,4 Mio. € deutlich über dem Niveau der beiden anderen Landkreise. Bei den planmäßigen Fehlbeträgen in der Sozialhilfe und beim SGB-II liegt der Kreis Bergstraße deutlich unter den vergleichbaren Werten der beiden Nachbarlandkreise. In der Jugendhilfe nimmt der Fehlbedarf im Haushalt 2010 des Kreises Bergstraße eine mittlere Position unter den drei Landkreisen ein.

4.2 Prognose

Zunächst wird auf die Darstellungen im Vorbericht des Haushaltsplans 2011 verwiesen. Die diesem Haushaltsplan beigefügte Finanzplanung (Band II, Seite 19 – 21) deckt den Zeitraum bis zum Jahr 2014 ab und prognostiziert, dass sich das Jahresergebnis in den Jahren 2012 bis 2014 zwischen rd. 2,7 Mio. € und 4,7 Mio. € verbessern wird. Der für das Jahr 2014 prognostizierte Fehlbedarf beträgt immer noch 37,1 Mio. €. Der kumulierte Fehlbedarf (Zeitraum 2008 bis 2014) würde bis zu diesem Zeitpunkt auf rd. 229,3 Mio. € ansteigen. Das bedeutet, dass das Eigenkapital des Kreises im Jahr 2014 weitgehend aufgezehrt sein wird. Aus dieser Prognose wird deutlich, dass die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise die finanzielle Situation weiterhin belasten und eine verbesserte Finanzausstattung der hessischen Landkreise im Rahmen einer Reform der Gemeindefinanzen dringend erforderlich ist.

Aus eigener Kraft und durch eine verbesserte Steuerkraft im Rahmen der Konjunkturerholung ist es nicht möglich den Kreis in die Lage zu versetzen, seinen Haushalt in Zukunft auszugleichen bzw. die zum Schuldenabbau erforderlichen Überschüsse zu erzielen. Die Übernahme der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung durch den Bund ist ein erster Schritt in die richtige Richtung. Im Jahr 2011 belastet diese Position (Produkt 3060) den Kreishaushalt mit rd. 7,3 Mio. €. Geht man davon aus, dass der Bund die darin enthaltenen Transferaufwendungen von 8,8 Mio. € übernimmt und das Land seine Zuschussleistung von rd. 2,0 Mio. einstellt, reduziert sich der finanzielle Vorteil auf durchschnittlich jährlich 6,8 Mio. €. Allein eine Erhöhung der Kassenkreditzinsen um 1 % würde eine zusätzliche Belastung von über 2 Mio. € jährlich verursachen. Wesentlich an der Übernahme dieser Belastung durch den Bund ist, dass für den Kreis das Risiko aus einer dynamischen Zunahme der Grundsicherung, aufgrund der demographischen Entwicklung, entfällt. Eine weitere Entlastung wird durch die Erhöhung des Bundesanteils an den Kosten der Unterkunft im Rahmen der Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepakets erwartet. Wie andere Bundesländer auch hat das Land Hessen die Absicht, seinen Kommunen Hilfen zur Bewältigung ihrer Verschuldungssituation anzubieten. Geplant ist, einen kommunalen Entschuldungsfonds mit 3 Mrd. € aus Landesmitteln auszustatten. Fest steht, dass dieser Wert nicht ausreichen wird um die bestehenden Kassenkredite der hessischen Landkreise zurückzuführen. Zu berücksichtigen ist jedoch, dass bisher

- die Identifikation bedürftiger Kommunen nicht geklärt ist,
- nicht geklärt ist, welche Auflagen mit der Inanspruchnahme des Fonds verbunden sind und
- wer, bei einer darlehensfinanzierten Ausstattung des Fonds, die Zinsbelastung übernimmt.

Die Entscheidung über eine Inanspruchnahme muss unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten getroffen werden und darf den Kreis in seiner zukünftigen Entwicklung nicht beeinträchtigen. Der Fonds soll gemäß Mitteilung des Hessischen Landkreistages bis spätestens zum Jahresbeginn 2012 eingerichtet werden. Trotz dieser drei Aspekte

einer positiven Entwicklung, muss um eine weitere Verbesserung der kommunalen Finanzausstattung gerungen werden.
Vor diesem Hintergrund muss der Kreis seine eigenen Bemühungen zur Haushaltskonsolidierung fortsetzen und alle zur Verfügung stehenden Ressourcen optimal ausschöpfen. Wobei die Grenzen der Konsolidierung an wesentlichen Stellen wie zum Beispiel, Personal, Kreisumlage, Vermögensveräußerung, Zinssicherung erreicht sind und Verbesserungen in relevanten Größenordnungen nur noch durch Leistungskürzungen möglich sind. Hierzu zählen insbesondere die freiwilligen Leistungen. Risiken bestehen insbesondere durch die Zinsentwicklungen am Kapitalmarkt, die Sicherung des Krankenhausstandorts und steigende Belastungen in den Bereichen Bildung und Soziales aufgrund neuer Aufgaben und einer inflationären Preisentwicklung.

Im Rahmen des Jahresabschlusses sind gemäß § 48 GemHVO-Doppik und den hierzu bestehenden Verwaltungsvorschriften entsprechend den Teilhaushalten Teilrechnungen aufzustellen; die Teilergebnisrechnungen sind jeweils um die tatsächlich angefallenen Beträge zu den in den Teilergebnishaushalten ausgewiesenen Leistungsmengen und Kennzahlen zu ergänzen.
Durch die Gegenüberstellung mit Ist-Werten soll die Einschätzung der Zielerreichung ermöglicht werden.
Zu 52 der 69 Produkte im Haushaltsplan 2010 wurden 74 Ziele sowie 90 Kennzahlen (i.d.R. Kennzahlen zur Messung der Zielerreichung) definiert. Im Nachfolgenden sind diese Produkte, Ziele und Kennzahlen mit ihren "Zielerreichungsgraden" wie folgt dargestellt:
Ist = zum 31.12.2010 erreichter "Zielerreichungsgrad"
Abw. = Abweichung Ist-Stand zum 31.12.2010 im Vergleich zum Planwert 2010 (in %)
Monitor (M) "weiß": Verbesserung gegenüber Planwert; Ziel erreicht / übererfüllt; Steuerungsmaßnahmen nicht erforderlich (bei 61 Kennzahlen = 68 %)
Monitor (M) "grau": Verschlechterung gegenüber Planwert; Ziel nicht erfüllt; Steuerungsmaßnahmen nicht möglich, notwendig oder bereits ergriffen (bei 27 Kennzahlen = 30 %)
Monitor (M) "schwarz": Verschlechterung gegenüber Planwert; Ziel nicht erfüllt und Entscheidung über weitergehende Steuerungsmaßnahmen möglich bzw. notwendig (bei 2 Kennzahlen = 2 %).
Zum Zwecke der Vergleichbarkeit und Orientierung enthält der vorliegende Controllingbericht jeweils in Zeile 2 der Tabelle die Daten aus dem 2. Controllingbericht 2010 (Stand: August 2010) sowie in Zeile 3 die Werte aus dem Jahresabschluss 2009, soweit die Ziele bzw. Kennzahlen im Haushaltsjahr 2009 bereits bestanden.

1020 Organisation und Dokumentation der Willensbildung in Kreistag und Kreisausschuss

1 Schnelle Bereitstellung von a) Beschlussergebnissen und b) Ergebnisniederschriften für Gremiumsmitglieder und Verwaltung über "Session"

a Durchschnittliche Zeit für Bereitstellung der Beschlussergebnisse (Kalendertage)

Produkt:	HHJ	Plan	Ist	Abw. / Prog.	M
	JA 2010	< 4	1	*-75 %*	
	II/2010	< 4	1	< 4	
	JA 2009	< 4	1	*-75 %*	

b Durchschnittliche Zeit für Bereitstellung der Ergebnisniederschriften (Kalendertage)

	JA 2010	< 14	14	*0 %*	
	II/2010	< 14	< 15	< 14	
	JA 2009	< 14	16	*14 %*	

1030 Bürgerservice und Ehrenerweise

1 Ehrenerweise

a Anzahl der Glückwünsche, Kondolenzen, Nachrufe, Grußworte

JA 2010	1.000	1050	*5 %*	
II/2010	1.000	650	900	
JA 2009	-	-	-	

Produkt:

HHJ	Plan	Ist	Abw. / Prog.	M
JA 2010	200	109	*-46 %*	
II/2010	200	60	180	
JA 2009	200	130	*-35 %*	

b Anzahl der Landesehrungen, Bundesverdienstkreuze, Jubiläen

Gründe der Abweichung: Der Wert von 109 setzt sich aus 83 Landesehrungen und 26 Bundesverdienstkreuzen zusammen. Die Höhe der Kennzahl ist von den eingehenden Anträgen abhängig. Darüber hinaus wurden 2.220 Jubiläen bearbeitet.

1040 Pressearbeit

1 Umfassende Unterrichtung der Kreisbevölkerung über wichtige kommunale Themen

JA 2010	250	284	*14 %*	
II/2010	250	148	250	
JA 2009	-	-	-	

Anzahl der herausgegebenen Pressemitteilungen

Produkt:	HHJ	Plan	Ist	Abw. / Prog.	M

1051 Personalmanagement und -entwicklung

1 Deckelung der Personalausgaben

a Höhe der Personalaufwendungen (in Mio. €)

JA 2010	31,143*	32,569	*4,6 %*	
II/2010	31,143*	17,51	32,12	
JA 2009	30,6	30,9	*1 %*	

*Kürzung der Personalaufwendungen i.H.v. 31,443 Mio. € um 300 T€ durch HFPA

Gründe der Abweichung: Bei den Personalaufwendungen ist insgesamt ein Mehrbedarf i. H. v. rd. 1.426 T€ entstanden. Maßgeblich hierfür ist zum einen die erhöhte Zuführung zu den Rückstellungen für Altersteilzeit i. H. v. rd. 1.171 T€ (zahlungsunwirksam, da Rückstellung), bedingt durch den Abschluss von 27 neuen Altersteilzeitverträgen im Blockmodell. Die Veranschlagung beinhaltet neben den Entgeltzahlungen für den Zeitraum eines Jahres der Freistellungsphase sämtliche in der Freistellungsphase voraussichtlich anfallenden Aufstockungsbeträge und Abfindungen. Aus diesem Grund fielen hierfür im Jahr 2010 deutlich höhere Aufwendungen an als in den Folgejahren. Nach erfolgter Veranschlagung wird sich dieser Aufwand im Haushaltsjahr 2011 um rd. 700 T€ reduzieren. Durch den Abschluss dieser Altersteilzeitverträge ist bei den zahlungswirksamen Personalaufwendungen (Entgelte, Sozialversicherung) im Haushaltsjahr 2010 bereits eine Verbesserung von 200 T€ eingetreten, so dass sich die Mehrbelastung aus diesen Verträgen im Rechnungsergebnis 2010 auf 971 T€ saldiert. Ein weiterer Grund für den Mehrbedarf bildet die erstmalige Ausweisung der Zuführung zur Rückstellung aus der Verpflichtung zur Einrichtung von Lebensarbeitszeitkonten für Beamte i.H.v. rd. 362 T€. Für diese Aufwendungen wurde im Haushalt 2010 kein Ansatz gebildet. Ferner sind im Rechnungsergebnis 2010 die Personalaufwendungen für das Umsteuerungskonzept des Jugendamtes in Höhe von rd. 139 T € enthalten, welche nicht durch Ansatz sondern durch zusätzliche Erträge zu decken waren. Diese Personalaufwendungen blieben daher im Rahmen der Prognoseberechnungen für den I. und II. CO-Bericht 2010 unberücksichtigt. Weitere Mehrbelastungen entstanden aufgrund
- der Neufassung der Tätigkeitsmerkmale im Sozial- und Erziehungsdienst mit 40 T€,
- höherer Beihilfen und Unterstützungsleistungen an aktive Beamte und Arbeitnehmer mit rd. 125 T€
- einer Beitragserhöhung der Unfallversicherung von rd. 6 T€ (Finanzvolumen insgesamt 171 T€).

Die durch den HFPA während der Haushaltsberatungen beschlossene Kürzung des Ansatzes der Personalaufwendungen um 300 T€ wurde durch Personalbewirtschaftungsmaßnahmen um rd. 102 T€ übertroffen. Weitere Verbesserungen von rd. 115 T€ ergaben sich durch den Tarifabschluss, so dass sich die Minderaufwendungen insgesamt auf 517 T€ beliefen.

b Anteil der Personalaufwendungen / Aufwendungen Ergebnishaushalt gesamt (ordentliches Ergebnis) (Personalaufwandsquote)

JA 2010	10,02 %	10,94 %	*9,2 %*	
II/2010	10,02 %	sh. Erl.*	10,41 %	
JA 2009	10,17 %	10,48 %	*3 %*	

Gründe der Abweichung: Sh. 1a)

Kommentar/Steuerungsmaßnahmen: Haushaltsansatz 2010 ohne Berücksichtiung Nachtrag - Werte incl. Nachtrag 2010: Plan 10,47 % (32.145.400 € / 306.983.410 €), Abweichung 4,5 %.
Zu*: Eine unterjährige Betrachtung dieser Kennzahl ist nicht sinnvoll, da es sich um jahresbezogene Aufwendungen handelt (daher keine unterjährige Angabe zum Stichtag II/2010).

Produkt:	HHJ	Plan	Ist	Abw. / Prog.	M

1081 Zentrale Dienste und Fuhrpark

1 Steigerung der Dienstleistungen im Bürgerbüro für Kurzanliegen der Bürgerinnen und Bürger

a Anzahl der einschließlich Zahlung abschließend abgewickelten Bürgeranliegen / Anzahl der Bürgerkontakte des Bürgerbüros gesamt (pro Monat)

Gründe der Abweichung: Die positive Abweichung erklärt sich daraus, dass der Planwert mit einer gewissen Vorsicht kalkuliert worden ist. Mittlerweile wird das Bürgerbüro auch aufgrund der Übernahme von Aufgaben aus der Verkehrsabteilung gut besucht. Für das Haushaltsjahr 2011 wurde gemäß den Vorgaben aus den Fachausschüssen die Bewertung auf eine qualitätsorientierte Basis verändert.

JA 2010	10 %	55 %	*450 %*	
II/2010	10 %	57 %	55 %	
JA 2009	-	-	-	

b Anzahl der Bürgerkontakte des Bürgerbüros pro Monat (Monat = 20 Tage)

Gründe der Abweichung: Sh. a)

JA 2010	800	1.890	*136 %*	
II/2010	800	1.920	1.900 - 2.100	
JA 2009	740	1.700	*130 %*	

1110 Revision

1 Sicherstellung des ordnungsmäßigen, rechtmäßigen, zweckmäßigen und wirtschaftlichen Verwaltungshandelns durch fristgerechte nachgehende und begleitende Prüfungen sowie Beratungen. Ergründung der Ursachen von fehlerhaftem Verwaltungshandeln, Aufzeigen von Möglichkeiten der Verbesserung und künftigen Vermeidung von Fehlerquellen als Beitrag zur Optimierung von Arbeitsabläufen und -ergebnissen. Prüfung der zeitgerechten Beseitigung festgestellter Mängel sowie der Umsetzung der erforderlichen Maßnahmen.

a Anzahl der Prüfungen von Jahresabschlüssen der Städte und Gemeinden und des Kreises (geplante / erreichte Zahl der Prüfungen)

Gründe der Abweichung: Eine im Jahr 2010 begonnene Prüfung wird im Jahr 2011 beendet. Mit der Prüfung der 3 weiteren vorliegenden Jahresabschlüsse konnte u.a. wegen der noch laufenden Prüfung von Eröffnungsbilanzen und Verzögerungen bei der Schulung der neuen Prüfungssoftware zur Prüfung der Jahresabschlüsse noch nicht begonnen werden.

JA 2010	4	1	*-75 %*	
II/2010	4	1	4	
JA 2009	23	23	*0 %*	

b Anzahl der Prüfungen von Eröffnungsbilanzen

Gründe der Abweichung: Von 23 zu prüfenden Eröffnungsbilanzen liegen in 9 Fällen noch keine Eröffnungsbilanzen zur Prüfung vor. Zusätzlich zu den 10 erfolgten bzw. begonnenen Prüfungen im Jahr 2010 wurden zudem 2 weitere Prüfungen durchgeführt, die sich jedoch auf die Planzahlen des Jahres 2009 beziehen.

JA 2010	19	10	*-47 %*	
II/2010	19	10	19	
JA 2009	4	3	*-25 %*	

Produkt:	HHJ	Plan	Ist	Abw. / Prog.	M

1150 Rechtsberatung und -betreuung, Anhörungsausschuss

1 Widerspruchs- und Prozessvermeidung durch Beratung und Schlichtung im Vorverfahren

%-Klageverzichte durch Bürger (Befriedung) bei Widersprüchen gegen Bescheide des Kreisausschusses bzw. des Landrats (Kreisergebnis, ohne Kommunen)

JA 2010	80 %	82 %	*3 %*	
II/2010	80 %	80 %	80 %	
JA 2009	75 %	80 %	*7 %*	

1210 Vereinsförderung

1 Förderung der Vereinsarbeit

Verausgabung Budget

JA 2010	100 %	100 %	*0 %*	
II/2010	100 %	20 %	100 %	
JA 2009	-	-	-	

Kommentar/Steuerungsmaßnahmen: Anzahl der Förderanträge: 122; Anzahl der bewilligten Förderanträge: 122.
Haushaltsansatz: 101.300 € = verausgabtes Budget.

1221 Wahlen und Statistik

1 Auftragserfüllung mit den geringstmöglichen Kosten

a Kostenvergleich extern mit anderen Landkreisen (Euro / Wahlbeteiligter)

JA 2010	ohne *	sh. Erl.	*sh. Erl.*	
II/2010	ohne *	sh. Erl.	sh. Erl.	
JA 2009	-	-	-	

Kommentar/Steuerungsmaßnahmen: * Keine Wahlen in 2010.

b Anzahl der Seitenaufrufe im Internet

JA 2010	ohne *	sh. Erl.	*sh. Erl.*	
II/2010	ohne *	sh. Erl.	sh. Erl.	
JA 2009	-	-	-	

Kommentar/Steuerungsmaßnahmen: * Keine Wahlen in 2010.

Produkt:	HHJ	Plan	Ist	Abw. / Prog.	M

1230 Kommunalaufsicht

1 Unterschreitung der gesetzlichen Genehmigungsfrist (3 Monate nach Eingang für sämtliche aufsichtsbehördlichen Genehmigungen) um 2 Wochen

Durchschnittliche Bearbeitungszeit zwischen Eingang des Antrags und dem Versand der Genehmigung (Kalendertage)

JA 2010	50	30	*-40 %*	
II/2010	50	28	> 35	
JA 2009	-	-	-	

1241 Ordnungs- und Gewerbewesen

1 Quantitativ messbare Erhöhung der Beratungsleistungen - Ausschöpfung von Ermessensspielräumen - Nichterhöhung bzw. Reduzierung der Bußgeldverfahren (Erhöhung präventiver Tätigkeiten)

Zahl der Fälle, in denen Bußgelder verhängt wurden / Zahl der Fälle, die eingehen

Gründe der Abweichung: Im Bereich des Handwerks war die Zahl der Bußgeldverfahren insgesamt stark rückläufig. Die Einleitung ist abhängig von der Anzeige der Handwerkskammer. Werden weniger Verstöße zur Anzeige gebracht, werden daher weniger Ordnungswidrigkeitenverfahren eingeleitet und Bußgelder verhängt.

JA 2010	60/6.200	14/7.942	*-82 %*	
II/2010	60/6.200	10/4.639	20/8.000	
JA 2009	ohne	19/6.700	-	

1261 Zulassungs- und Fahrerlaubniswesen

1 Reduzierung der Wartezeiten

Durchschnittliche Wartezeit der Kunden im Teilbereich "Zulassungen" (in Minuten)

Gründe der Abweichung: Höherer Arbeitsanfall als erwartet, zeitweise längerer Personalausfall durch Krankheitsfälle, Wegfall von Personal durch Altersteilzeit (nur teilweise befristete Aufstockung erfolgt).

JA 2010	max. 30	32	*7 %*	
II/2010	max. 30	45	max. 40	
JA 2009	-	-	-	

Kommentar/Steuerungsmaßnahmen: Optimierter Personaleinsatz und Besetzung aller Stellen.
Zudem Hinweis: Die gemessenen Zeiten sind nicht nur durchschnittliche Wartezeiten, bis der Kunde erstmals aufgerufen wird, sondern es ist die gesamte Bearbeitungszeit des Zulassungsvorgangs abgebildet, d.h. vom Eintritt (Erhalt der Wartemarke) bis zum Verlassen der Zulassungsstelle (Zahlung und Erhalt der Unterlagen und / oder gestempelten Kennzeichen).

1300 Fleischhygiene

1 Vollständige Schlachttier- und Fleischuntersuchung

Anzahl der untersuchten Tiere / Anzahl der geschlachteten Tiere gesamt

JA 2010	100 %	100 %	*0 %*	
II/2010	100 %	100 %	100 %	
JA 2009	100 %	100 %	*0 %*	

Produkt:	HHJ	Plan	Ist	Abw. / Prog.	M

2 Vollständiger Verbraucherschutz

Anzahl der zum Verzehr freigegebenen Tiere / Anzahl der untersuchten Tiere gesamt

JA 2010	95 %	95 %	*0 %*	
II/2010	95 %	95 %	95 %	
JA 2009	-	-	-	

1311 Allgemeines Veterinärwesen

1 Vollständiger Tierschutz durch Überwachung gewerblicher und privater Tierhaltungen

Anzahl der überprüften gewerblichen Tierhaltungen / Anzahl der im Kreis Bergstraße vorhandenen gewerblichen Tierhaltungen gesamt

Gründe der Abweichung: Eine Tiergesundheitsaufseherin hat erst im April 2010 ihre Abschlussprüfung abgelegt. Sie konnte daher in den ersten Monaten selbstständig und alleine keine Überprüfungen im Rahmen der Tierschutzüberwachung durchführen.

JA 2010	50 %	32 %	*-36 %*	
II/2010	50 %	18 %	40 %	
JA 2009	50 %	24 %	*-52 %*	

Kommentar/Steuerungsmaßnahmen: Durch den erfolgreichen Abschluss der Prüfung zur Tiergesundheitsaufseherin kann nunmehr eine Person mehr als in der Vergangenheit Kontrollen im Rahmen der amtlichen Tierschutzüberwachung durchführen.

2 Überprüfung aller Lebensmittelbetriebe im Landkreis einschließlich Produktkontrollen auf besondere Veranlassung (z. B. Verbraucherbeschwerde) und nach vorgegebenem Kontrollrhythmus

Anzahl der überprüften Lebensmittelbetriebe / Anzahl der überwachungspflichtigen Lebensmittelbetriebe im Kreis Bergstraße gesamt

Gründe der Abweichung: Zum einen ist der Fachbereich der Amtlichen Lebensmittelüberwachung ohnehin personell unterbesetzt und zum anderen waren zwei Lebensmittelkontrolleure im Jahr 2010 jeweils über einen längeren Zeitraum von etwa je drei Monaten arbeitsunfähig erkrankt. Somit konnte von den verbliebenen Lebensmittelkontrolleuren das Ziel nicht erreicht werden.

JA 2010	50 %	38 %	*-24 %*	
II/2010	50 %	19 %	35 %	
JA 2009	60 %	41 %	*-32 %*	

Kommentar/Steuerungsmaßnahmen: Es wurde erneut die Schaffung einer zusätzlichen Stelle für die Amtliche Lebensmittelüberwachung beantragt. Zum 01.12.2010 wurde eine Amtliche Tierärztin eingestellt, die mit der Überwachung von EU-zugelassenen Schlacht- bzw. Fleischverarbeitenden Betrieben betraut ist, um so den gesetzlichen Anforderungen des EU-Rechts gerecht zu werden bzw. in Folge dessen die Lebensmittelüberwachung etwas zu entlasten.

3 Schutz des Verbrauchers vor Gesundheitsschädigung, Täuschung und Irreführung

Anzahl der Überprüfungen auf besondere Veranlassung / Anzahl der eingegangenen Verbraucherbeschwerden im Bereich der amtlichen Lebensmittelüberwachung gesamt

Gründe der Abweichung: Trotz der enormen Belastung im Rahmen der amtlichen Lebensmittelüberwachung konnte jede eingehende Verbraucherbeschwerde verfolgt werden.

JA 2010	95 %	100 %	*5 %*	
II/2010	95 %	100 %	100 %	
JA 2009	95 %	100 %	*5 %*	

Produkt:	HHJ	Plan	Ist	Abw. / Prog.	M

4 Vorbeugende Tierseuchenbekämpfung, Überprüfung der Einhaltung der tierseuchenrechtlichen Bestimmungen (national und EU-Recht)

Anzahl der überprüften Betriebe im Rahmen der Tierseuchenbekämpfung / Anzahl der überwachungspflichtigen Betriebe im Kreis Bergstraße gesamt

Gründe der Abweichung: Sh. 1

JA 2010	45 %	33 %	*-27 %*	
II/2010	45 %	20 %	45 %	
JA 2009	50 %	15 %	*-70 %*	

Kommentar/Steuerungsmaßnahmen: Sh. 1

1331 Aufenthalts-, Personenstandsrecht und Ausländerbeauftragte

1 Integration der Migrationsbevölkerung im Kreis Bergstraße

Anzahl der Personen, die durchgängig an einem Integrationskurs teilgenommen haben / gesamte Integrationskursteilnehmer/-innen (IKT) (betrachtet werden die letzten 10 beendeten Kurse; durchgängige IKT 143 / gesamte IKT 179 = 80 %)

Gründe der Abweichung: Beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) waren bereits im Juli 2010 die Haushaltsmittel für die Integrationskurse fast aufgebraucht. Die beantragten Zulassungen für die Teilnahme an einem Integrationskurs wurden vom BAMF nicht mehr bearbeitet. Die "sanfte Steuerung" führte dazu, dass keine neuen Integrationskurse mehr begonnen werden konnten. Es kamen nur niederschwellige Kurse zustande, deren Teilnehmer aus unterschiedlichen Gründen häufig die Teilnahme am Integrationskurs abbrechen.

JA 2010	80 %	71 %	*-11 %*	
II/2010	80 %	79 %	80 %	
JA 2009	88 %	80 %	*-9 %*	

Kommentar/Steuerungsmaßnahmen: Laut der Pressemitteilung der Integrationsministerin Maria Böhmer vom Dezember 2010 werden jetzt zügig die beantragten Zulassungen für Integrationskurse erteilt und der Besuch eines Integrationskurses ist wieder ohne Wartezeit möglich. Es ist damit zu rechnen, dass die "verschobenen" Kurse im 1. Quartal 2011 begonnen werden können.

1361 Brand- und Katastrophenschutz

1 Brandschutz: Durchführung der Gefahrenverhütungsschauen innerhalb der gesetzlich definierten Frist (Jahresschnitt 360 Begehungen)

Durchgeführte Gefahrenverhütungsschauen innerhalb der gesetzlich definierten Frist / durchzuführende Gefahrenverhütungsschauen gesamt

Gründe der Abweichung: Bedingt durch personelle Ausfälle konnte die Anzahl der Begehungen im Jahr 2010 nicht erreicht werden.

JA 2010	69 % (250/360)	53 % (192/360)	*-23 %*	
II/2010	69 % (250/360)	26 % (96/360)	60 % (216/360)	
JA 2009	300	176	*-41 %*	

Kommentar/Steuerungsmaßnahmen: Es wurde eine Umorganisation vorgenommen. Die Auswirkungen sind in 2011 zu erwarten.

Produkt:	HHJ	Plan	Ist	Abw. / Prog.	M

2 Brandschutz: Durchführung mindestens einer Fortbildungsveranstaltung für Feuerwehrführungskräfte nach Dienstgraderlass

Aus- / Fortbildungsstunden je Feuerwehrführungskraft (min. 6 Std. / FFFü)

JA 2010	min. 6	8	*33 %*	
II/2010	min. 6	8	8	
JA 2009	min. 6	7	*17 %*	

3 Katastrophenschutz: Erhöhung der Anzahl der Stabsmitglieder (Stand 31.07.2009: 81); Weiterführung der Ausbildung

a Anzahl der Stabsmitglieder zum 31.12.2010

Gründe der Abweichung: Ausscheiden von älteren Stabsmitgliedern.

JA 2010	95	91	*-4 %*	
II/2010	95	90	103	
JA 2009	92	86	*-7 %*	

Kommentar/Steuerungsmaßnahmen: Werbung bei jungen Kollegen/-innen und in den Organisationen.

b Übungsteilnehmerstunden je neugewonnenem und je bisherigem Stabsmitglied

Gründe der Abweichung: Absagen wegen Belastung am Arbeitsplatz; freiwillige Tätigkeit der Kolleginnen und Kollegen, die neben den dienstlichen Aufgaben wahrgenommen wird und deshalb nicht immer leistbar ist.

JA 2010	30	16	*-47 %*	
II/2010	30	8	15	
JA 2009	30	7	*-77 %*	

2010 Grundschulen

1 Familienfreundliches Angebot im Kreis Bergstraße

Anzahl Grundschulen mit familienfreundlichem Betreuungsangebot / Anzahl Grundschulen gesamt

Gründe der Abweichung: Ist 42 % = 15/35, Plan 38 % = 13/35. Es stellten mehr Schulen einen Antrag zur Aufnahme in das Programm als erwartet.

JA 2010	38 %	42 %	*11 %*	
II/2010	38 %	25 %	42 %	
JA 2009	-	-	-	

2 Grundschulbetreuung mit Mittagsversorgung

Anzahl Betreuungsplätze mit Mittagsversorgung an Grundschulen / Anzahl Grundschüler gesamt

Gründe der Abweichung: Die Istwerte beinhalten auch Betreuungen mit Mittagsversorgung in Hortplätzen. Planwert war geschätzt und ist nicht steuerbar.

JA 2010	25 %	29 %	*16 %*	
II/2010	25 %	22 %	25 %	
JA 2009	-	-	-	

Produkt:	HHJ	Plan	Ist	Abw. / Prog.	M

3 Ganztagsangebote an Schulen (GTA-Angebote)

a Anzahl Grundschulen mit GTA-Angeboten / Anzahl Grundschulen gesamt

Gründe der Abweichung: Ist 21 % = 10/48, Plan 10 % = 5/48. Aufnahme in das Programm ist abhängig von den Landesressourcen und den Anträgen der Schulen.

JA 2010	10 %	21 %	*110 %*	
II/2010	10 %	15 %	17 %	
JA 2009	-	-	-	

b Anzahl Schüler im GTA im Bereich Grundschulen / Anzahl Schüler Grundschulen gesamt

Gründe der Abweichung: Planwert war geschätzt und ist nicht steuerbar. Zudem gibt es an den Grundschulen teilweise noch andere Betreuungsangebote.

JA 2010	20 %	4 %	*-80 %*	
II/2010	20 %	3 %	5 %	
JA 2009	-	-	-	

2021 Kombinierte Schulformen

1 Ganztagsangebote an Schulen (GTA-Angebote)

a Anzahl kombinierter Schulen mit GTA-Angeboten / Anzahl kombinierte Schulen gesamt

Gründe der Abweichung: Ist 93 % = 15/16, Plan 100 % = 16/16. Lediglich eine Schule (Nibelungenschule Lampertheim-Hofheim, Grund- und Hauptschule) ist noch nicht im GTA. Allerdings ist der Grundschulzweig im Programm "Familienfreundlichen Kreis Bergstraße".

JA 2010	100 %	93 %	*-7 %*	
II/2010	100 %	80 %	93 %	
JA 2009	-	-	-	

b Anzahl Schüler im GTA im Bereich kombinierter Schulen / Anzahl Schüler kombinierte Schulen gesamt

Gründe der Abweichung: Planwert war geschätzt und ist nicht steuerbar.

JA 2010	5 %	18 %	*260 %*	
II/2010	5 %	20 %	25 %	
JA 2009	-	-	-	

2 Erfolgreich absolvierte Schulabschlüsse im Bereich Hauptschule mittels des Projekts "SchuB" (Schule und Betrieb)

Anzahl der erfolgreich absolvierten Schulabschlüsse in SchuB-Klassen im Bereich Hauptschule / Anzahl der insgesamt absolvierten Schulabschlüsse in SchuB-Klassen im Bereich Hauptschule

Gründe der Abweichung: Fünf Schüler von insgesamt 52 Abgängern konnten in dem Schuljahr trotz intensiver Unterstützung durch die Schule den Abschluss nicht erreichen. Die Daten beziehen sich auf das Schuljahr 2009/10.

JA 2010	100 %	90 %	*-10 %*	
II/2010	100 %	90 %	90 %	
JA 2009	100 %	98 %	*-2 %*	

Produkt:	HHJ	Plan	Ist	Abw. / Prog.	M

2040 Gymnasien

1 Ganztagsangebote an Schulen (GTA-Angebote)

a Anzahl Gymnasien mit GTA-Angeboten / Anzahl Gymnasien gesamt

JA 2010	100 %	100 %	*0 %*	
II/2010	100 %	100 %	100 %	
JA 2009	-	-	-	

Kommentar/Steuerungsmaßnahmen: Plan und Ist 100 % = 6/6.

b Anzahl Schüler im GTA im Bereich Gymnasien / Anzahl Schüler Gymnasien gesamt

Gründe der Abweichung: Planwert war geschätzt und ist nicht steuerbar.

JA 2010	5 %	14 %	*180 %*	
II/2010	5 %	41 %	41 %	
JA 2009	-	-	-	

2060 Förderschulen

1 Ganztagsangebote an Schulen (GTA-Angebote)

a Anzahl Förderschulen mit GTA-Angeboten / Anzahl Förderschulen gesamt

Gründe der Abweichung: In 2010/11 wurde eine weitere Förderschule in das Landesprogramm GTA aufgenommen. Die Aufnahme ist von den Landesressourcen und den Anträgen der Schulen abhängig.

JA 2010	80 %	83 %	*4 %*	
II/2010	80 %	67 %	83 %	
JA 2009	-	-	-	

b Anzahl Schüler im GTA im Bereich Förderschulen / Anzahl Schüler Förderschulen gesamt

Gründe der Abweichung: Planwert war geschätzt und ist nicht steuerbar.

JA 2010	80 %	15 %	*-81 %*	
II/2010	80 %	42 %	55 %	
JA 2009	-	-	-	

2080 Schülerbeförderung

1 Hohe Zufriedenheit in der Schülerbeförderung in Bezug auf Auslastung / Sitzplätze

Anzahl der Beschwerden je 1.000 Schülerzeitkarten

JA 2010	ohne	2	-	
II/2010	ohne	1	2	
JA 2009	-	-	-	

Kommentar/Steuerungsmaßnahmen: 9.400 Schüler/-innen nutzen an bis zu 185 Schultagen i. d. R. bei Hin- und Rückfahrt das Angebot des ÖPNV, schultäglich rd. 1.200 Fahrten im Kreis Bergstraße. Vorortkontrollen, Gespräche mit Verkehrsunternehmen bzw. Schulen bezüglich gleichmäßiger Gestaltung von Unterrichtseinheiten wegen der schultäglichen Nachfrage / dem Fahrplanangebot.

Produkt:	HHJ	Plan	Ist	Abw. / Prog.	M

2 Hohe Zufriedenheit in der Schülerbeförderung in Bezug auf Wartezeit / Verspätung

Anzahl der Beschwerden je 1.000 Schülerzeitkarten

JA 2010	ohne	2	-	
II/2010	ohne	1	2	
JA 2009	-	-	-	

Kommentar/Steuerungsmaßnahmen: Sh. 1. Vorortkontrollen, Gespräche mit Linienbetreibern, Fahrplananpassungen.

3 Hohe Zufriedenheit in der Schülerbeförderung in Bezug auf die Busqualität

Anzahl der Beschwerden je 1.000 Schülerzeitkarten

JA 2010	ohne	1	-	
II/2010	ohne	1	1	
JA 2009	-	-	-	

Kommentar/Steuerungsmaßnahmen: Sh. 1. Vorortkontrollen, Gespräche mit Linienbetreibern.

2085 Schulverwaltung

1 Umsetzung der Maßnahmen und Ziele des Schulentwicklungsplanes bis 2010

Anzahl der umgesetzten Maßnahmen und erreichten Ziele / Gesamtzahl der geplanten Maßnahmen und Ziele

Gründe der Abweichung: Bei den 14 % handelt es sich um eine schon begonnene Maßnahme (Neuordnung Bezirke Viernheim) und eine noch nicht begonnene Maßnahme (Schließung der Grundschulabteilung Kirchbergschule Bensheim).
>Viernheim: Die bislang geplante Neuordnung der Grundschulbezirke muss noch einmal überdacht werden, da aufgrund der im SEP prognostizierten Entwicklung der Schülerzahlen nicht nur die Goetheschule sondern auch die Friedrich-Fröbel-Schule eine räumliche Entlastung benötigt.
>Bensheim: Noch nicht begonnen, da Grundschulzahlen noch zu hoch sind. Im neuen SEP 2011-2016 ist die Maßnahme nicht vorgesehen. Die weitere Entwicklung der Schule ab 2011 ist zudem entscheidend abhängig von der Entwicklung der Inklusion.

JA 2010	100 %	86 %	*-14 %*	
II/2010	100 %	80 %	93 %	
JA 2009	min. 50 %	80 %	*60 %*	

Kommentar/Steuerungsmaßnahmen: Änderung der Schulbezirke Viernheim erfolgt in 2011.

2100 Kreisvolkshochschule

1 Niedrige Ausfallquote

Anzahl Ausfälle Kurse / Anzahl angebotene geplante Kurse (jeweils ohne Berücksichtigung des Fachbereichs 1 - Gesellschaft)

Gründe der Abweichung: Bis zum Jahresende wurden 1.007 Kurse (ohne Fachbereich 1 Gesellschaft) angeboten. Hiervon sind 167 Kurse ausgefallen. Größeres Interesse der Bevölkerung an den Kursen der KVHS als erwartet.

JA 2010	max 25 % (250)	17 % (167)	*-32 %*	
II/2010	max 25 % (250)	18 % (97)	18 % (167)	
JA 2009	max. 25 %	15 %	*-40 %*	

Produkt:	HHJ	Plan	Ist	Abw. / Prog.	M
2 Attraktive, innovative Kursangebote					
Anzahl neuer Kurse / Anzahl angebotene Kurse gesamt	JA 2010	min. 10 % (100)	14 % (149)	*40 %*	
Gründe der Abweichung: Bis zum Jahresende wurden 1.081 Kurse (mit Fachbereich 1 Gesellschaft) angeboten. Hiervon wurden 149 Kurse neu angeboten.	II/2010	min. 10 % (100)	14 % (76)	13 % (130)	
	JA 2009	min. 10 %	13 %	*30 %*	

3020 Hilfe zur Pflege

1 Sukzessive Steigerung des Anteils der ambulanten Pflege

Anteil der Fälle in der ambulanten Pflege an den Pflegefällen insgesamt	JA 2010	> 26 %	25,7 %	*-1 %*	
Gründe der Abweichung: In der zweiten Jahreshälfte war ein erheblicher Zugang von ambulanten Pflegefällen zu verzeichnen. Die Steigerungsrate gegenüber dem Vorjahr belief sich im Jahresverlauf auf 7,6 % im ambulanten Bereich. Damit konnte zum Jahresende eine Quote erreicht werden, die den Planwert nahezu erreicht. Die Durchschnittsquote für den gesamten Jahresverlauf liegt bei 23,7 %.	II/2010	> 26 %	23 %	< 26 %	
	JA 2009	-	-	-	

3030 Eingliederungshilfe für behinderte Menschen

1 Stärkere Selbstbestimmung durch Persönliches Budget

Zahl der Empfänger von Eingliederungshilfe, die ein Persönliches Budget erhalten / Gesamtzahl der Empfänger von Eingliederungshilfe	JA 2010	6 (450)	6 (486)	*0 % (-8 %)*	
Gründe der Abweichung: Im Jahr 2010 wurde für 4 Personen ein Persönliches Budget bewilligt. Unter Berücksichtigung der "Altfälle" und der Abgänge im lfd. Jahr erhielten zum Stichtag 31.12.2010 6 Personen ein Persönliches Budget. Durch die gleichzeitig gestiegene Gesamtfallzahl konnte die Quote nicht ganz erreicht werden.	II/2010	6 (450)	6 (485)	6 (450)	
	JA 2009	10	4	*-60 %*	

3060 Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung

1 Kurze Bearbeitungszeiten

Durchschnittliche Bearbeitungszeiten von Antragseingang bis zur Gewährung bzw. Zeitpunkt der ersten Zahlung (Kalendertage)	JA 2010	32	47	*47 %*	
Gründe der Abweichung: Im Jahr 2010 wurden insgesamt 221 Neuanträge gestellt, bewilligt und zur Auszahlung gebracht. In 87 Fällen hat sich, teilweise erst Monate nach der Antragstellung, ein tatsächlicher Anspruch errechnet. 24 Fälle wurden aus dem SGB II übernommen. Die Feststellung der Erwerbsunfähigkeit führt in diesen Fällen häufig zu Verzögerungen. Schließt man diese beiden Fallgruppen aus, ergibt sich eine Bearbeitungszeit von durchschnittlich 44 Tagen. Der Planwert konnte auf Grund der Fallzahlensteigerung und der unveränderten Personalausstattung nicht erreicht werden.	II/2010	32	39	> 32	
	JA 2009	ohne	43	-	

Produkt:	HHJ	Plan	Ist	Abw. / Prog.	M

3080 Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz

1 Integration von Personen, die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz beziehen

Anzahl der Personen, die in Privatwohnungen wohnen / Gesamtzahl der Personen, die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz beziehen

Gründe der Abweichung: In der zweiten Jahreshälfte kam es zu erheblichen Neuzuweisungen (94 Personen). Ohne diese unvorhergesehenen Neuzuweisungen läge das Ergebnis bei 52 %.

JA 2010	> 50 %	48 %	*-4 %*	
II/2010	> 50 %	54 %	> 50 %	
JA 2009	-	-	-	

3101 Förderung von Trägern der Wohlfahrtspflege

1 Leistungsorientierte Mittelvergabe

Erreichte Personen aller Hilfeangebote

JA 2010	4.300	sh. Erl.	*sh. Erl.*	
II/2010	4.300	sh. Erl.	sh. Erl.	
JA 2009	ohne	4.689	-	

Kommentar/Steuerungsmaßnahmen: Bisher können keine Angaben über die Entwicklung der Kontakte im Jahr 2010 gemacht werden. Die Jahresberichterstattung der beauftragten Träger erfolgt in den Monaten Februar und März des jeweiligen Folgejahres.

3120 Unterhaltsvorschussleistungen

1 Die Rückholquote aller Forderungsfälle beträgt im Jahr 2010 mindestens 15 %

Erträge aus Forderungen / Forderungen gesamt

Gründe der Abweichung: Die Unterhaltsforderungen des Jugendamtes müssen in der Regel auf gerichtlichem Wege geltend gemacht werden (Mahnbescheid/Pfändung); die Zahlungsunwilligkeit der Unterhaltspflichtigen nimmt seit Jahren zu. Einnahmen sind aufgrund dessen nicht zeitnah zu realisieren.

JA 2010	15 %	12,8 %	*-15 %*	
II/2010	15 %	11 %	15 %	
JA 2009	20 %	16,87 %	*-16 %*	

Kommentar/Steuerungsmaßnahmen: Nach wie vor strebt das Jugendamt eine Einnahmeverbesserung an; siehe auch die Beschluss-Vorlage Nr. 16-1902 vom August 2010. Die Optimierung des Bereichs UVG und die Entwicklung entsprechender Steuerungsinstrumente werden derzeit mit "dialogicon" (Organisations-Beratung) erarbeitet.

3140 Förderung von Kindern und Jugendlichen in Institutionen und in Tagespflege

1 40 % der kommunalen und nicht-konfessionellen Einrichtungen nehmen an Fortbildungsveranstaltungen teil

Zahl der kommunalen und nicht-konfessionellen Einrichtungen, die an Fortbildungsveranstaltungen teilgenommen haben / Anzahl aller kommunalen und nicht-konfessionellen Einrichtungen

Gründe der Abweichung: Die Nachfrage nach Fortbildungen war im Jahr 2010 besonders groß, da aus aktuellem Anlass zum § 8a SGB VIII - Kindesschutz - verstärkt Informationsveranstaltungen angeboten und nachgefragt wurden.

JA 2010	40 %	78 %	*95 %*	
II/2010	40 %	9 %	> 40 %	
JA 2009	40 %	66 %	*65 %*	

Produkt:	HHJ	Plan	Ist	Abw. / Prog.	M

2 Bis 2013 werden 35 % der unter dreijährigen Kinder im Kreis Bergstraße Tagesbetreuungsplätze zur Verfügung gestellt

Belegte Tagespflegeplätze (KITAs und Tagespflegepersonen) mit unter Dreijährigen / Anzahl aller unter Dreijährigen (Ziel bis 2013)

Gründe der Abweichung: Bei diesem Ziel ist zu beachten, dass erst am 31.12.2013 die Zielerreichung definitiv festgestellt und beurteilt werden kann. Bei den angegebenen Zwischenständen handelt es sich daher um "Momentaufnahmen".

JA 2010	35 %	20 %	*-43 %*	
II/2010	35 %	17 %	35 %	
JA 2009	35 %	14 %	*-60 %*	

3151 Prävention, Förder-, Unterstützungs- und erzieherische Beratungsleistungen

1 Die durchschnittliche Wartezeit auf Beratung, Therapie und Abklärung evtl. notwendiger weiterer Schritte beträgt max. 6 Wochen nach dem Erstgespräch

Anzahl der Fälle eines Jahres, bei denen Beratung, Therapie und Abklärung evtl. weiterer Schritte innerhalb von 6 Wochen stattfanden / Anzahl aller Fälle eines Jahres

JA 2010	60 %	93 %	*55 %*	
II/2010	60 %	53 %	60 %	
JA 2009	> 60 %	90 %	*50 %*	

2 Die Klienten der Beratungsstellen sind mit Angebot, Inhalt und Verlauf der Angebote zufrieden und erteilen im Durchschnitt die Note "gut" (schriftliche Umfrage, Fragebögen)

Notendurchschnitt der Fragebögen (gut = 2)

JA 2010	2	1,4	*-30 %*	
II/2010	2	-	2	
JA 2009	2	1,35	*-33 %*	

Kommentar/Steuerungsmaßnahmen: Der angegebene Wert gilt nur für die Erziehungsberatungsstelle Bensheim, da in der Erziehungsberatungsstelle Lampertheim die geringe Rücklaufquote der ausgegebenen Fragebögen kein repräsentatives Ergebnis zeigt.

3170 Hilfe zur Erziehung

1 Reduzierung der durchschnittlichen Verweildauer bei Heimunterbringungen um 1 Monat

Durchschnittliche Verweildauer bei Heimunterbringung (in Monaten; durchschnittliche Verweildauer 2009 / durchschnittliche Verweildauer 2010 in Monaten)

JA 2010	- 1	- 1,58	*58 %*	
II/2010	- 1	-	-	
JA 2009	- 1	-	-	

Produkt:	HHJ	Plan	Ist	Abw. / Prog.	M

2 Die Anzahl der Heimunterbringungen nach § 34 SGB VIII wird um 8 Fälle bis zum 31.12.2010 reduziert

Anzahl der Heimunterbringungen (Anzahl der Heimunterbringung 31.12.2010 / Anzahl der Heimunterbringungen 31.12.2008)

JA 2010	- 8	+ 1	*-113 %*	
II/2010	- 8	-	-	
JA 2009	- 8	+ 6	*-175 %*	

Kommentar/Steuerungsmaßnahmen: Zwar hat sich die Gesamtzahl der Heimunterbringungen nach § 34 nicht verringert, jedoch ist festzustellen, dass im Vergleich zu 2009 im Jahr 2010 im Bereich der Hilfen nach § 34 SGB VIII 20 Hilfen weniger eingeleitet wurden; dies ist als ein Ergebnis des Umsteuerungskonzeptes des Jugendamtes zu sehen.

3190 Hilfe für junge Volljährige

1 Verringerung der Heimhilfen für junge Volljährige um 7 Fälle bis 31.12.2010

Anzahl der Heimhilfen (Anzahl der Heimhilfen für junge Volljährige am 31.12.2008 / Anzahl der Heimhilfen für junge Volljährige am 31.12.2010)

JA 2010	- 7	- 5	*-29 %*	
II/2010	- 7	-	-	
JA 2009	- 7	+ 1	*-114 %*	

Kommentar/Steuerungsmaßnahmen: Wie bei Produkt 3170 wurde das Ziel nicht ganz erreicht, aber auch bei den stationären Hilfen für junge Erwachsene wurden im Vergleich zu 2009 im Jahr 2010 11 Hilfen weniger eingeleitet.

3200 Eingliederungshilfe

1 Beibehaltung der Bewilligungen für integrierte Lerntherapien auf dem Stand von 2009

Anzahl der Bewilligungen 2009 / Anzahl der Bewilligungen 2010

JA 2010	65	54	*-17 %*	
II/2010	65	-	65	
JA 2009	- 10	- 10	*0 %*	

3210 Andere Aufgaben der Jugendhilfe

1 Mindestens 5 Inobhutnahmen von Kindern im Alter von bis zu zwölf Jahren werden anstelle stationärer Heimerziehung in Bereitschaftspflegefamilien untergebracht

Anzahl der Inobhutnahmen in Bereitschaftspflegefamilien 2010

JA 2010	min. 5	11	*120 %*	
II/2010	min. 5	2	5	
JA 2009	min. 5	5	*0 %*	

Produkt:	HHJ	Plan	Ist	Abw. / Prog.	M

3220 Seniorenberatung

1 Deckung des Informationsbedarfes der älteren Bevölkerung im Kreis mit altersspezifischen Problemlagen

Anzahl der Kontakte in den Beratungsstellen (Beratungen)

JA 2010	4.000	sh. Erl.	*sh. Erl.*	
II/2010	4.000	sh. Erl.	sh. Erl.	
JA 2009	-	-	-	

Kommentar/Steuerungsmaßnahmen: Bisher können keine Angaben über die Entwicklung der Kontakte in den Beratungsstellen im Jahr 2010 gemacht werden. Die Jahresberichterstattung der beauftragten Träger erfolgt bis spätestens Ende Mai des jeweiligen Folgejahres.

4011 Gesundheitshilfen und Prävention

1 Möglichst kurze Bearbeitungsdauer für amtsärztliche und sozialmedizinische Untersuchungen und Gutachten (1.300 - 1.500)

Durchschnittliche Bearbeitungszeit von der Beauftragung der Untersuchung oder des Gutachtens bis zur Fertigstellung (Kalendertage)

JA 2010	20	20	*0 %*	
II/2010	20	20	20	
JA 2009	20	20	*0 %*	

4020 Gesundheitsschutz

1 Gesundheits- und Verbraucherschutz vor mikrobiologischen, chemischen und physikalischen Risiken, incl. vorbeugendem Entgegenwirken von Möglichkeiten einer Schädigung.
1.a) Begehung aller Anlagen (27 öffentliche Trinkwasserversorgungsanlagen, 13 Freibäder, 6 Hallenbäder und 2 Badeseen, 7 Krankenhäuser)
1.b) Begehung der zu überprüfenden Einrichtungen gemäß Plan (36 Altenheime, 157 Kindergärten, 78 Schulen; Prüfungshäufigkeit: Altenheime alle 2 Jahre, Schulen und Kindergärten alle 5 Jahre)

a Anzahl der tatsächlich durchgeführten Überprüfungen / Anzahl aller zu überprüfender Anlagen

JA 2010	100 %	100 %	*0 %*	
II/2010	100 %	44 %	100 %	
JA 2009	100 %	76 %	*-24 %*	

b Anzahl der tatsächlich durchgeführten Überprüfungen / Anzahl aller planmäßig zu überprüfenden Einrichtungen

JA 2010	100 %	100 %	*0 %*	
II/2010	100 %	34 %	100 %	
JA 2009	100 %	65 %	*-35 %*	

Produkt:	HHJ	Plan	Ist	Abw. / Prog.	M

4040 Sportförderung

1 Sportförderung im Kreis Bergstraße

Verausgabung Budget

JA 2010	100 %	100 %	*0 %*	
II/2010	100 %	10 %	100 %	
JA 2009	-	-	-	

Kommentar/Steuerungsmaßnahmen: Anzahl der Förderanträge: 219; Anzahl der bewilligten Förderanträge: 155.
Haushaltsansatz: 101.000 €; verausgabtes Budget: 100.861,12 € (= 99,86 %).
Insbesondere für das Programm "Zuschüsse für die Aus- und Weiterbildung von Sportübungsleitern" stehen im Vergleich zum Bedarf weniger Mittel zur Verfügung (13.000 € p.a.). Die Antragsteller werden in diesen Fällen darüber informiert, dass die Anträge in das nächste Jahr übernommen werden. Eine Ablehnung erfolgt in diesen Fällen nicht.

5020 Dorf- und Regionalentwicklung

1 Zeit- und bedarfsgerechte Steuerung und Bilanzierung der Maßnahmen, Bearbeitung der Einzelverfahren (kommunale und private) bis zur Bewilligungsreife

a Kontingentsverausgabung Dorfentwicklung

JA 2010	100 %	91 %	*-9 %*	
II/2010	100 %	78 %	100 %	
JA 2009	100 %	100 %	*0 %*	

Gründe der Abweichung: Im Jahr 2010 wurden auch im privaten Bereich sehr viele Maßnahmen mit Mitteln aus dem Kommunalen Finanzausgleich bewilligt. In den letzten Jahren war eine Übertragung nicht ausbezahlter Zuschusssummen möglich, ohne dass dieser Betrag dem Folgekontingent angelastet wurde. Im letzten Quartal 2010 wurde jedoch seitens der WI-Bank angekündigt, dass das bisher praktizierte Verfahren der Übertragung nicht mehr möglich sein solle. Daher wurde ein Betrag i.H.v. 94.835 € aus Haushaltsmitteln des KFA nicht auf bewilligungsreif vorliegende Projektanträge belegt, um ein mögliches Ansteigen der Ausgabereste 2010 zu Lasten des Kontingentes 2011 zu vermeiden.

Kommentar/Steuerungsmaßnahmen: Eine verbindliche Regelung des hessenweiten Verfahrens hinsichtlich der Haushaltsausgabereste (bisher übertragbar) sollte auf entsprechender Ebene geklärt werden (HMdF).

b Kontingentsverausgabung Regionalentwicklung

JA 2010	100 %	100 %	*0 %*	
II/2010	100 %	100 %	100 %	
JA 2009	100 %	100 %	*0 %*	

Produkt:	HHJ	Plan	Ist	Abw. / Prog.	M

5030 Bauleitplanung

1 Optimierung der Planungsprozesse: Einsatz moderner Medien (z. B. Austausch von Fachdaten und geographischen Daten)

Fristgerecht abgegebene Stellungnahmen (in %)

JA 2010	85 %	91 %	*7 %*	
II/2010	85 %	89 %	85 %	
JA 2009	ohne	-	-	

5040 Geoinformationssystem (GIS)

1 Dienstleistung Bürger-GIS im Internet: Ständige Updates und Aktualisierung der Homepage, Erweiterung des Angebotes durch neue Projekte und aktuelle graphische Informationen zum Kreis Bergstraße; hohe online-Verfügbarkeit im Internet pro Kalenderjahr, Ausfallzeiten minimieren durch Projektmanagement

Anzahl Zugriffe und Downloads

JA 2010	80.000	86.275	*8 %*	
II/2010	80.000	56.327	80.000	
JA 2009	75.000	76.412	*2 %*	

5051 Bauaufsicht, Baugenehmigung und Wohnbauförderung

1 Kurze Bearbeitungsdauer für Genehmigungsverfahren

Durchschnittliche Genehmigungsdauer von Antragseingang bis zur Genehmigung (Kalendertage)

JA 2010	60	46	*-23 %*	
II/2010	60	47	60	
JA 2009	60	59	*-2 %*	

5070 Denkmalschutz

1 Erhaltung des Bestandes an erkannten Kulturdenkmälern bzw. wesentlicher Bestandteile von Gesamtanlagen

Anteil untergegangener Kulturdenkmäler bzw. wesentlicher Teile von Gesamtanlagen

JA 2010	max. 1 %	0,16 %	*-84 %*	
II/2010	max. 1 %	0,23 %	0,5 - 0,6 %	
JA 2009	max. 1 %	0,42 %	*-58 %*	

Produkt:	HHJ	Plan	Ist	Abw. / Prog.	M

5080 Immissionsschutz und Schornsteinfegerwesen

1 Bearbeitung der Mängelberichte (Feuerungsanlagenmessbescheinigungen) der Bezirksschornsteinfeger nach der 1. Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes innerhalb von durchschnittlich 100 Kalendertagen ab Eingang des Mängelberichts bis zur Mängelbeseitigung

Durchschnittliche Bearbeitungszeit ab Eingang Mängelbericht bis Mängelbeseitigung (Kalendertage)

JA 2010	100	90	*-10 %*	
II/2010	100	47	100	
JA 2009	100	73	*-27 %*	

5090 Verwaltung der Kreisstraßen

1 Erreichen der Zustandsklasse unterhalb des Warnwertes von 3,50 für alle Kreisstraßen (Mittelwert)

Zustandsklasse < 3,50 auf der Gesamtstrecke von derzeit 127 km

Gründe der Abweichung: Der Planwert konnte nicht erreicht werden, da nicht alle vorgesehenen Ausbaumaßnahmen durchgeführt werden konnten und mit den zur Verfügung stehenden Mitteln für Unterhaltung und Instandsetzung die Verschlechterung des Straßenzustandes nicht abzufangen ist.

JA 2010	3,95	4,22	*7 %*	
II/2010	3,95	4,15	4,22	
JA 2009	3,95	4,14	*5 %*	

Kommentar/Steuerungsmaßnahmen: Bereitstellung entsprechender Haushaltsmittel für Unterhaltung/Instandsetzung sowie für Ausbaumaßnahmen; letztere müssten ggf. auch ohne eine evtl. mögliche GVFG-Förderung durchgeführt werden, da prinzipiell nur eine Fördermaßnahme pro Haushaltsjahr bewilligt wird und es so zu Verzögerungen bei möglichen Ausbaumaßnahmen kommt.

5100 Öffentlicher Personennahverkehr

1 Qualitätssteigerung des Verkehrsangebots

Anzahl der Beschwerden je 100.000 Fahrgäste

JA 2010	max. 7	2,4	*-66 %*	
II/2010	max. 7	2,5	5	
JA 2009	max. 7	2,4	*-66 %*	

Kommentar/Steuerungsmaßnahmen: Laut VRN Verkehrserhebung 2007 wurden rd. 6,77 Mio. Fahrgäste (FG) im ÖPNV im Kreis Bergstraße befördert. Gemäß der Kennzahl (max. 7 Beschwerden je 100.000 FG) könnten damit rein rechnerisch 474 Beschwerden pro Jahr anfallen. Tatsächlich angefallene Beschwerden im Haushaltsjahr 2010: 162 (= 2,4 Beschwerden je 100.000 FG).

Produkt:	HHJ	Plan	Ist	Abw. / Prog.	M

2

Gesamtaufwand aller Beteiligten in € / je km Straßenverkehr

JA 2010	ohne	sh. Erl.	*sh. Erl.*	
II/2010	ohne	sh. Erl.	sh. Erl.	
JA 2009	-	-	-	

Kommentar/Steuerungsmaßnahmen: Da noch nicht alle Verkehrsleistungen im Wettbewerb vergeben sind, kann der Gesamtaufwand aller Beteiligten noch nicht definiert werden. Im Zuge der Wettbewerbsverfahren wird der Aufwand je Linienbündel ermittelt. Bis Ende 2011 sollen alle Vergabeverfahren erstmals abgeschlossen sein.

3

Anteil Kreis am Gesamtaufwand in € / je km Straßenverkehr

JA 2010	ohne	sh. Erl.	*sh. Erl.*	
II/2010	ohne	sh. Erl.	sh. Erl.	
JA 2009	-	-	-	

Kommentar/Steuerungsmaßnahmen: Sh. 2

4

Gesamtaufwand aller Beteiligten in € / je km Schienenverkehr

JA 2010	ohne	sh. Erl.	*sh. Erl.*	
II/2010	ohne	sh. Erl.	sh. Erl.	
JA 2009	-	-	-	

Kommentar/Steuerungsmaßnahmen: Es liegen keine auf den Kreis Bergstraße bezogenen Werte vor. Der Aufwand für die Bestellung von Zusatzleistungen ist bekannt, kann aber aus wettbewerbsrechtlichen Gründen nicht veröffentlicht werden.

5

Anteil Kreis am Gesamtaufwand in € / je km Schienenverkehr

JA 2010	ohne	sh. Erl.	*sh. Erl.*	
II/2010	ohne	sh. Erl.	sh. Erl.	
JA 2009	-	-	-	

Kommentar/Steuerungsmaßnahmen: Sh. 4

6

Bezuschussung je Fahrgast / je km Straßenverkehr

JA 2010	ohne	sh. Erl.	*sh. Erl.*	
II/2010	ohne	sh. Erl.	sh. Erl.	
JA 2009	-	-	-	

Kommentar/Steuerungsmaßnahmen: Es liegen keine auf den Kreis Bergstraße bezogenen Werte vor. Erfahrungsgemäß können durch die Verkehrsverbünde nur rd. 60 % des zur Finanzierung des Verkehrs notwendigen Aufwands durch Fahrerlöse erzielt werden.

Produkt:	HHJ	Plan	Ist	Abw. / Prog.	M
7					
Bezuschussung je Fahrgast / je km Schienenverkehr	JA 2010	ohne	sh. Erl.	*sh. Erl.*	
	II/2010	ohne	sh. Erl.	sh. Erl.	
	JA 2009	-	-	-	

Kommentar/Steuerungsmaßnahmen: Sh. 6

5111 Natur- und Artenschutz

1 Verstärkte Förderung von Naturschutzmaßnahmen im Kreisgebiet aus dem Kreisanteil der Ausgleichsabgabe (40 %)

Mittelabfluss/-verwendung der Ausgleichsabgabe					
	JA 2010	100 %	100 %	*0 %*	
	II/2010	100 %	100 %	100 %	
	JA 2009	-90.000 €	-31.199 €	*-65 %*	

5130 Landwirtschaft, Landschaftspflege und Forsten

1 Förderung und Entwicklung des ländlichen Raums

a Bewilligungssumme "Betriebsprämien" (in €)					
	JA 2010	ohne	6.783.673	-	
	II/2010	ohne	6.821.000	7.025.630	
	JA 2009	-	-	-	

b Bewilligungssumme "Ausgleichzulagen" (in €)					
	JA 2010	ohne	532.268	-	
	II/2010	ohne	546.000	546.000	
	JA 2009	-	-	-	

c Bewilligungssumme "Agrarumweltmaßnahmen" (in €)					
	JA 2010	ohne	1.060.515	-	
	II/2010	ohne	816.000	816.000	
	JA 2009	-	-	-	

Produkt:	HHJ	Plan	Ist	Abw. / Prog.	M
2 Gebietsmanagement in Natura2000-Gebieten					
Fläche mit Agrarumweltmaßnahmen in Natura2000 Gebieten (in ha)	JA 2010	> 417	398	*-5 %*	
	II/2010	> 417	475	500	
	JA 2009	216,5	550	*154 %*	
Gründe der Abweichung: Die Abweichung ergibt sich durch jährlich wechselnde Zulassungskriterien. Je nach Verfügbarkeit und Größe des (EU-, Landes-)Budgets für Förderung werden jährliche Förderquoten festgesetzt. Dies kann zu einer Kürzung im Einzelfall führen. Oft sind sich Antragsteller der (anderweitigen) Verpflichtungen (Cross Compliance) bei Teilnahme an einem Agrarumweltprogramm nicht bewusst, sie ziehen ihren Antrag zurück.					
3 Walderhaltung: Waldbestand - Waldrodung + Ersatzaufforstung + Waldneuanlage					
Waldflächenveränderung (in ha) = Waldbestand - Rodung + Aufforstung	JA 2010	28.297	28.300	*0,01 %*	
	II/2010	28.297	28.296	28.299	
	JA 2009	28.287	28.297	*0,04 %*	

5141 Boden- und Gewässerschutz

1 Weitere Abarbeitung der 2004 eingeführten einmaligen Sonderprüfung für ältere Heizöltanks					
Anzahl der mängelfreien Anlagen (Bestand der mängelfrei geprüften Anlagen am 30.06.2009: 17.181; Bestand der noch zu prüfenden Anlagen am 30.06.2009: 8.710)	JA 2010	20.000	21.623	*8 %*	
	II/2010	20.000	18.998	19.500	
	JA 2009	17.000	19.389	*14 %*	
2 Erhöhung der Anzahl der Wasserschutzgebiete mit Kooperationsvertrag					
Anzahl der Wasserschutzgebiete mit Kooperationsvertrag	JA 2010	15	10	*-33 %*	
	II/2010	15	10	15	
	JA 2009	11	10	*-9 %*	
Gründe der Abweichung: Wasserversorger und Landbewirtschafter sind noch in Vertragsverhandlungen.					

Produkt:	HHJ	Plan	Ist	Abw. / Prog.	M

6020 Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft

1 Kreditportfoliomanagement: Liquiditätssicherung, Begrenzung des Zinsänderungsrisikos, Nutzung öffentlicher Finanzierungsmöglichkeiten, Sicherstellung günstiger Marktkonditionen durch Wettbewerbsverfahren

Zinsaufwand Investitionskredite und Derivate auf Basis der Zinsfestschreibung bzw. Forwardzinssätze: ZinsA + 1,0 % < ZinsA Plan (in €)

Gründe der Abweichung: Der Zinsaufwand hat sich aufgrund der Inanspruchnahme von zinsverbilligten Krediten, der günstigen Zinskonditionen und dem späteren Bedarf an Investitionskrediten positiv entwickelt (Zinsaufwand Planung HH 2010: 2.000.000 €).

JA 2010	1.831.602	1.722.660	*-6 %*	
II/2010	1.831.602	1.386.606	1.831.602	
JA 2009	-	-	-	

Kreis Bergstrasse
Vermögensrechnung (Bilanz) zum 31.12.2010

Aktivseite

Position	Bezeichnung	Ergebnis 31.12.2010 EUR	Ergebnis 31.12.2009 EUR
1.	**Anlagevermögen**		
1.1	**Immaterielle Vermögensgegenstände**		
1.1.1	Konzessionen, Lizenzen und ähnliche Rechte	260.610,79	337.016,08
1.1.2	Geleistete Investitionszuweisungen und -zuschüsse	48.222.822,80	24.246.854,50
		48.483.433,59	24.583.870,58
1.2	**Sachanlagen**		
1.2.1	Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte	14.016.516,65	14.187.774,20
1.2.2	Bauten einschließlich Bauten auf fremden Grundstücken		
1.2.3	Sachanlagen im Gemeingebrauch, Infrastrukturvermögen	35.927.492,42	36.893.437,16
1.2.4	Anlagen und Maschinen zur Leistungserstellung		
1.2.5	Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäfts- und Geschäftsausstattung	5.829.357,39	8.437.605,17
1.2.6	Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	1.123.227,58	220.938,32
		56.896.594,04	59.739.754,85
1.3	**Finanzanlagen**		
1.3.1	Anteile an verbundenen Unternehmen	353.088.856,35	354.235.946,53
1.3.2	Ausleihungen an verbundene Unternehmen		
1.3.3	Beteiligungen	1.324.559,55	588.661,12
1.3.4	Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	145.483,33	150.500,00
1.3.5	Wertpapiere des Anlagevermögens	678.328,65	594.551,88
1.3.6	Sonstige Ausleihungen (sonstige Finanzanlagen)	391.175,08	406.077,45
		355.628.402,96	355.975.736,98
2.	**Umlaufvermögen**		
2.1	Vorräte einschließlich Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe		
2.2	Fertige und unfertige Erzeugnisse, Leistungen und Waren		
2.3	Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
2.3.1	Forderungen aus Zuweisungen, Zuschüssen, Transferleistungen, Investitionszuweisungen und –zuschüssen und Investitionsbeiträgen	4.176.331,33	4.433.152,87
2.3.2	Forderungen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben	1.134.429,28	780.341,48
2.3.3	Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	1.534.417,56	1.250.202,03
2.3.4	Forderungen gegen verbundene Unternehmen und gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, und Sondervermögen	405.306,00	0,00
2.3.5	Sonstige Vermögensgegenstände	197.086,25	42.459,17
2.4	Flüssige Mittel	402.812,78	565.071,34
		7.850.383,20	7.071.226,89
3.	**Rechnungsabgrenzungsposten**	7.672.413,27	7.212.671,94
	Summe Aktiva	**476.531.227,06**	**454.583.261,24**

Passivseite

Position	Bezeichnung	Ergebnis 31.12.2010 EUR	Ergebnis 31.12.2009 EUR
1.	**Eigenkapital**		
1.1	**Netto-Position**	185.844.796,01	190.078.276,46
1.2	Rücklagen und Sonderrücklagen		
1.2.1	Rücklagen aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses		
1.2.2	Rücklagen aus Überschüssen des außerorlichen Ergebnisses		
1.2.3	Zweckgebundene Rücklagen	4.773.856,80	4.408.924,98
1.2.4	Sonderrücklagen		80.000,00
1.2.4.1	Stiftungskapital		
1.2.4.2	Sonstige Sonderrücklagen		
		190.618.652,81	194.567.201,44
1.3	**Ergebnisverwendung**		
1.3.1	Ergebnisvortrag		
1.3.1.1	*Ordentliche Ergebnisse aus Vorjahren*	*-20.147.919,34*	-13.846.452,71
1.3.1.2	*außerordentliche Ergebnisse aus Vorjahren*	*-8.413.420,76*	-5.513.350,14
1.3.2	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	-28.846.896,10	-9.201.537,25
1.3.2.1	*Ordentlicher Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag*	-26.936.702,64	*-6.301.466,63*
1.3.2.2	*Außerordentlicher Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag*	*-1.910.193,46*	*-2.900.070,62*
		-57.408.236,20	-28.561.340,10
2.	**Sonderposten**		
2.1	Sonderposten für erhaltene Investitionszuweisungen, –zuschüsse und Investitionsbeiträge		
2.1.1	Zuweisungen vom öffentlichen Bereich	46.140.712,76	36.480.692,78
2.1.2	Zuschüsse vom nicht öffentlichen Bereich		
2.1.3	Investitionsbeiträge		
2.2	Sonstige Sonderposten		
		46.140.712,76	36.480.692,78
3.	**Rückstellungen**		
3.1	Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	46.723.748,87	45.643.054,59
3.2	Rückstellungen für Finanzausgleich und Steuerschuldverhältnisse		300.000,00
3.3	Rückstellungen für die Rekultivierung und Nachsorge von Abfalldeponien		
3.4	Rückstellungen für die Sanierung von Altlasten		
3.5	Sonstige Rückstellungen	1.517.491,27	2.419.100,00
		48.241.240,14	48.362.154,59
4.	**Verbindlichkeiten**		
4.1	Anleihen		
4.2	Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen		
4.2.1	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr 194.066.388,53 €	231.497.039,03	190.405.859,78
4.2.2	Verbindlichkeiten gegenüber öffentlichen Kreditgebern davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr 260.905,62 €	7.980.085,43	6.262.507,33
4.2.3	Sonstige Verbindlichkeiten aus Krediten davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr 0 €		
4.3	Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften		
4.4	Verbindlichkeiten aus Zuweisungen und Zuschüssen, Transferleistungen und Investitionszuweisungen und –zuschüssen sowie Investitionsbeiträgen	2.394.021,31	1.797.436,90
4.5	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	3.316.802,44	896.585,32
4.6	Verbindlichkeiten aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben		108,00
4.7	Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen und gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, Sondervermögen	335.551,01	574.344,01
4.8	Sonstige Verbindlichkeiten	715.358,33	1.057.711,19
		246.238.857,55	200.994.552,53
5.	**Rechnungsabgrenzungsposten**	2.700.000,00	2.740.000,00
	Summe Passiva	**476.531.227,06**	**454.583.261,24**

Kreis Bergstraße



Anhang zur Vermögensrechnung
31. Dezember 2010

Kreis Bergstraße

Anhang zur Vermögensrechnung zum 31. Dezember 2010

A. Allgemeine Angaben

Laut § 114s HGO hat die Gemeinde für jedes Haushaltsjahr einen Jahresabschluss nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung klar und übersichtlich aufzustellen.
Im Jahresabschluss sind sämtliche Vermögensgegenstände, Schulden, Rechnungsabgrenzungsposten, Erträge, Aufwendungen, Einzahlungen und Auszahlungen sowie die tatsächliche Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage des Kreises darzustellen.

Der Jahresabschluss besteht aus

1. einer Ergebnisrechnung,
2. einer Finanzrechnung,
3. einer Vermögensrechnung sowie
4. einem Rechenschaftsbericht.

Der dritte Jahresabschluss in dieser Form wird vom Kreis Bergstraße zum 31.12.2010 erstellt (Bilanz).

Im Jahre 2010 wurde eine Buch- sowie Zählinventur durchgeführt.

Die Buchinventur kommt als buch- oder belegmäßige Aufnahme von Inventarbestandteilen u.a. zur Anwendung bei immateriellen Vermögensgegenständen, Forderungen und Verbindlichkeiten, Sonderposten, Rückstellungen. Forderungen und Verbindlichkeiten werden z.B. auf Basis der Saldenliste der Sachkonten und der Kontoauszüge aufgenommen. Auch bei Vermögensgegenständen des beweglichen Anlagevermögens wird die Buchinventur für zulässig angesehen, da eine integrierte Anlagenbuchhaltung geführt wird (§ 241 II HGB).

Für die Grundstücke des Kreises liegt ein aktuelles Grundstücksinventar vor, welches im Rahmen der Buchinventur fortgeschrieben wird.

Die Zählinventur wurde für das bewegliche Anlagevermögen an Schulen, Verwaltungsgebäuden sowie Außenstellen angewandt.

Angaben zur Form und Darstellung der Bilanz zum 31. Dezember 2010

Die Bilanz wurde auf der Grundlage des § 59 der Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO-Doppik) erstellt und gegliedert.

Die Gliederungsvorschriften der GemHVO-Doppik fanden uneingeschränkt Beachtung.

Die Bilanz ist in Euro aufgestellt.

Das Haushaltsjahr entspricht dem Kalenderjahr. Da die Leistungen einer juristischen Person des öffentlichen Rechts grundsätzlich nicht der Umsatzsteuerpflicht unterliegen und der Kreis Bergstraße nicht zum Vorsteuerabzug berechtigt ist, werden Beträge grundsätzlich einschließlich Umsatzsteuer ausgewiesen.

B. Erläuterungen zu den Posten der Bilanz bezüglich Ausweis, Bilanzierung und Bewertung

1. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

In der Bilanz sind alle Vermögensgegenstände zu erfassen, an denen ein zivilrechtliches oder wirtschaftliches Eigentum besteht, die einzeln bewertbar sind und einen wirtschaftlichen Nutzen haben und entweder selbstständig oder im Rahmen einer Sachgesamtheit verkehrsfähig sind.

Die Vermögensbewertung des Kreises Bergstraße für die Bilanz erfolgt gemäß § 59 GemHVO-Doppik grundsätzlich zu Anschaffungs- und Herstellungskosten, vermindert um die darauf basierenden Abschreibungen.

Zur Orientierung der Nutzungsdauern wird die Kommunale Abschreibungstabelle NKRS herangezogen.

Vermögensgegenstände, bei denen sich die Ermittlung der Anschaffungs- und Herstellungskosten als unwirtschaftlich erwiesen hat, sind gemäß § 59 Abs. 2 GemHVO-Doppik mit den Preisverhältnissen zum Anschaffungs- oder Herstellungszeitpunkt entsprechenden Erfahrungswerte anzusetzen, vermindert um Abschreibungen nach § 43 GemHVO-Doppik seit diesem Zeitpunkt.

Anschaffungsnebenkosten wurden in die Anschaffungskosten einbezogen. Anschaffungskostenminderungen (Skonti, Boni, sonstige Nachlässe) wurden von den Anschaffungskosten abgesetzt.

Die planmäßige Abschreibung von Vermögensgegenständen erfolgt linear. Für Zugänge und Abgänge im Zugangs- bzw. Abgangsjahr wurde die Abschreibung zeitanteilig berechnet. Für die Festlegung der Nutzungs- und Restnutzungsdauern gilt die vom Kreistag am 05.03.2007 beschlossene Abschreibungstabelle.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände sind zum Nennwert unter Berücksichtigung von angemessenen Wertberichtigungen angesetzt.

Für erkennbare Risiken sind angemessene Rückstellungen gebildet worden.

Verbindlichkeiten sind zu Rückzahlungsbeträgen angesetzt worden.

2. Angaben zu Posten der Bilanz

Aktiva

Die Bilanz zeigt zum 31.12.2010 eine Bilanzsumme i. H. v. 476,5 Mio. €.
An dieser Stelle sei darauf hingewiesen, dass bei den Erläuterungen einzelner Bilanzpositionen in Mio. € bzw. T € durch Rundungen geringfügige Differenzen zur exakten Bilanz (in Cent) ausgewiesen sein können.

• Immaterielles Vermögen

Bei den immateriellen Vermögensgegenständen stellen die geleisteten Investitionszuweisungen und -zuschüsse an Dritte mit 48,2 Mio. € den größten Posten dar. Hierrunter gehören auch die an den Eigenbetrieb Gebäudewirtschaft weitergeleiteten Investitionszuschüsse aus dem Sonderinvestitionsprogramm des Landes in Höhe von 38,5 Mio. €.
Die Konzessionen, Lizenzen und ähnliche Rechte belaufen sich auf 260 T€. Hierunter fallen im Wesentlichen Lizenzen für Software.
Die selbständig verwertbare Software und die damit erworbenen Lizenzen werden zu fortgeschriebenen Anschaffungs- und Herstellungskosten als immaterielle Vermögensgegenstände bilanziert.
Systemsoftware, die mit der Hardware geliefert wird und bei der keine Trennung der Anschaffungskosten in Hard- und Software möglich ist, wird mit der Hardware (PC) unter technische Anlagen bzw. Betriebs- und Geschäftsausstattung ausgewiesen.
Die Nutzungsdauer für Standartsoftware beträgt drei Jahre.

Auf Grund der Besonderheiten öffentlichen Handelns werden Investitionszuschüsse an Dritte als immaterielle Vermögensgegenstände aktiviert.

Zuschüsse, die für investive Zwecke an Dritte gezahlt werden, sind als immaterielles Vermögen zu erfassen und planmäßig abzuschreiben. Die gewährten Zuschüsse sind durch Bescheide oder Verträge belegt. In der laufenden Bilanzierung werden geleistete Investitionszuschüsse erfasst und in Höhe der Nutzungsdauer des bezuschussten Vermögensgegenstandes planmäßig abgeschrieben.

• Sachanlagevermögen

Das Sachanlagevermögen hat mit 56,9 Mio. € einen eher kleinen Anteil am Gesamtvermögen des Kreises (11,95 % der Bilanzsumme).

Innerhalb der Sachanlagen tragen insbesondere die Grundstücke und die grundstücksgleichen Rechte und Bauten mit 14.016,5 T€ zum Vermögen bei. Darin enthalten sind Grundstücke des Infrastrukturvermögens mit einem Wert i. H. v. 13.706,7 T€.

Getrennt von den Grundstücken werden Aufbauten (z.B. Straßenkörper) in der Vermögensrechnung ausgewiesen. Hierunter fallen insbesondere die Straßenkörper für Kreisstraßen i. H. v. 35.927,5 T€.

Die Ansätze für den Aufbau und für die baulichen Anlagen (Aufbauten) der Straßen, Wege und Plätze basieren auf der Erfassung und Bewertung der Firma Informationssysteme für Verkehr und Technik GmbH, Oppenheim.

Das Kreisstraßenvermögen wird nach dem Verfahren, das für die Bewertung des Infrastrukturvermögens der Landestraßen angewendet wurde, bewertet.

Jede Kreisstraße wird als Einzelobjekt in der Anlagenbuchführung dargestellt.

Bei der Wertermittlung werden das Baujahr, die übliche Nutzungsdauer und die Restnutzungsdauer berücksichtigt. Bauwerke werden als Einzelobjekte in der Anlagenbuchführung dargestellt.
Kreisstraßen werden einheitlich über ihre Nutzungsdauer linear abgeschrieben.
Deckenerneuerungen sind nicht als wertsteigernde Maßnahmen zu betrachten und werden im Jahr der Durchführung als Aufwand bilanziert.

Fahrzeuge und Betriebs- und Geschäftsausstattung wurden zu fortgeschriebenen Anschaffung- und Herstellungskosten angesetzt.

Unter dem Bilanzposten Anlagen im Bau werden die Baumaßnahmen aufgeführt, die noch nicht fertig gestellt bzw. abgeschlossen sind. Die abschließende Zuordnung bspw. zum Bereich „Bebaute Grundstücke“ oder aber „Infrastrukturvermögen“ erfolgt nach Beendigung der Maßnahme. Bis zu diesem Zeitpunkt wird dieses Vermögen noch nicht mit Abschreibungen belastet.

Zum Zeitpunkt der Bilanzerstellung befanden sich folgende Maßnahmen im Bau:

- K8, Ortsdurchfahrt Rimbach
- K 11, Verbreiterung und Ausbau
- K 55/ K56, Ausbau
- K 55, Ausbau

• Finanzanlagevermögen

Das Finanzanlagevermögen besteht im Wesentlichen aus den Anteilen an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen sowie aus den Ausleihungen und den Wertpapieren des Anlagevermögens.
Die Anteile an verbundenen Unternehmen, Sondervermögen und Beteiligungen belaufen sich auf rd. 355,6 Mio. €.
Zum Sondervermögen gehören gemäß § 115 HGO insbesondere die Eigenbetriebe. In der Bilanz wird das gezeichnete Kapital der Eigenbetriebe Gebäudewirtschaft, Neue Wege sowie Rettungsdienst ausgewiesen.

Die Bewertung der verbundenen Unternehmen und Beteiligungen erfolgt anhand der Eigenkapitalspiegelbildmethode (diese Methode stellt auf das anteilige Vermögen des Kreises in den Bilanzen der jeweiligen Beteiligungen ab). Eigenbetriebe werden wie verbundene Unternehmen behandelt.

Der folgende Beteiligungsspiegel zeigt eine Übersicht der verbundenen Unternehmen und Beteiligungen.

Die Beteiligungen, deren Quote unter 20% liegt, werden in der Bilanz unter Ausleihungen und Wertpapiere ausgewiesen.

Unternehmen	Beteiligungs-quote in %	Anteil in Euro
KKH gGmbH	100	1.678.265,87 €
KKH Service GmbH	100	44.426,10 €
Zergum Strata Montana GmbH & Co. KG	100	10.000,00 €
Zergum Objekte Bergstraße GmbH & Co. KG	100	10.000,00 €
Tourismusmarketing GmbH	50	37.388,59 €
Naturschutzzentrum gGmbH	50	32.200,30 €
ZV Abfallwirtschaft Kreis Bergstraße	50	90.849,21 €
Wirtschaftsförderung Kreis Bergstraße	33,38	325.181,23 €
ZAKB Service GmbH	50	133.602,51 €
Gewässerverband Bergstrasse	28,5	450.337,71 €
Hospitzstiftung	38,2	250.000,00 €
		3.062.251,52 €
Sondervermögen		
Eigenbetrieb Gebäudewirtschaft	100	350.867.591,53 €
Eigenbetrieb Neue Wege	100	50.000,00 €
Eigenbetrieb Rettungsdienst	100	428.572,85 €
		351.346.164,38 €
		354.408.415,90 €

Kreis Bergstraße
Heppenheim

Entwicklung des Anlagevermögens zum 31. Dezember 2010

	Anschaffungskosten					Abschreibungen						Kennzahlen durchschnittlicher	
	Stand 1.1.2010	Zugänge	Abgänge	Umbuchungen	Stand 31.12.2010	Stand 1.1.2010	Zugänge	Abgänge	Stand 31.12.2010	Buchwert 31.12.2010	Buchwert 31.12.2009	Abschr.-Satz	Buch-wert
	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	%	%
I. Immaterielle Vermögensgegenstände													
1. Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	531.633,20	84.408,67	0,00	0,00	616.041,87	194.617,12	160.813,96	0,00	355.431,08	260.610,79	337.016,08	26,1	42,3
2. Geleistete Investitionszuschüsse	25.627.834,83	25.998.252,35	0,00	0,00	51.626.087,18	1.380.980,33	2.022.284,05	0,00	3.403.264,38	48.222.822,80	24.246.854,50	3,9	93,4
II. Sachanlagen													
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	63.239.478,04	-1.231.492,04	347.172,46	0,00	61.660.813,54	3.721.401,61	2.231.805,39	26.345,08	5.926.861,92	55.733.951,62	59.518.076,43	3,6	90,4
2. Anlagen im Bau	220.938,32	902.675,75	0,00	0,00	1.123.614,07	0,00	0,00	0,00	0,00	1.123.614,07	220.938,32	0	100
III. Finanzanlagen													
1. Beteiligungen	354.824.607,65	-411.191,75	0,00	0,00	354.413.415,90	0,00	0,00	0,00	0,00	354.413.415,90	354.824.607,65	0	100
	444.444.492,04	25.342.652,98	347.172,46	0,00	469.439.972,56	5.296.999,06	4.414.903,40	26.345,08	9.685.557,38	459.754.415,18	439.147.492,98		
nachrichtlich:													
IV. Sonderposten													
1. Erhaltene Investitionszuschüsse	40.605.922,39	12.712.722,17	0,00	0,00	53.318.644,56	4.125.229,61	3.052.702,19	0,00	7.177.931,80	46.140.712,76	36.480.692,78		

• Umlaufvermögen

• Forderungen

Die Bewertung der Forderungen erfolgt nach ihrem Nennwert. Im Rahmen der gesetzlichen Regelungen sind die einzelnen Posten der offenen Forderungen bereits angemahnt oder befinden sich in der Vollstreckung. Die Forderungen gegen das Land aus der Zuschussgewährung wurden durch Bescheide nachgewiesen.

Der nachfolgende Forderungsspiegel zeigt eine Übersicht über alle offenen Forderungen zum Stichtag 31.12.2010:

	31.12.2010 Betrag in €	**31.12.2009 Betrag in €**
Öffentlich-rechtliche Forderungen	3.274.631,43	2.184.749,17
Pauschale Wertberichtigung	*-50.000,00*	*-50.000,00*
Einzelwertberichtigung	*-150.478,59*	*-104.205,66*
Forderungen aus Transferleistungen	5.821.738,02	6.564.980,90
Pauschale Wertberichtigung	*-1.637.634,06*	*-1.448.143,36*
Einzelwertberichtigung	*-338.070,86*	*-849.030,40*
Forderungen aus Zuweisungen/ Zuschüssen	330.298,23	165.345,74
Pauschale Wertberichtigung	*0,00*	*0,00*
Einzelwertberichtigung	*0,00*	*0,00*
Sonstige Forderungen	197.086,25	42.459,17
Pauschale Wertberichtigung	*0,00*	*0,00*
Einzelwertberichtigung	*0,00*	*0,00*
Gesamt	**7.447.570,42**	**6.506.155,56**

Die bestehenden Einzelforderungen aus Transferleistungen wurden aus Vorsichtsgründen in Höhe i. H. v. 30% (Vorjahr 25%) pauschal wertberichtigt.

Bei der Ermittlung der öffentlich-rechtlichen Forderungen ist eine Pauschalwertberichtigung auf 30% in Höhe von 50 T € auf Forderungen erfolgt, die zum Zeitpunkt der Bilanzerstellung bereits in der Vollstreckung waren.

Unabhängig von den pauschalen Wertberichtigungen, die dem korrekten Ausweis der werthaltigen Forderungen dienen, bleiben die Einzelforderungen weiterhin bestehen.

Die öffentlich-rechtlichen Forderungen beinhalten zum Großteil Forderungen aus Verwaltungshandeln des Bauamtes sowie der Straßenverkehrsbehörde.
Bei den Forderungen aus Transferleistungen sind als Hauptbestandteile Forderungen aus dem sozialen Bereich (UVG, Überzahlungen, Darlehen etc.) zu nennen.

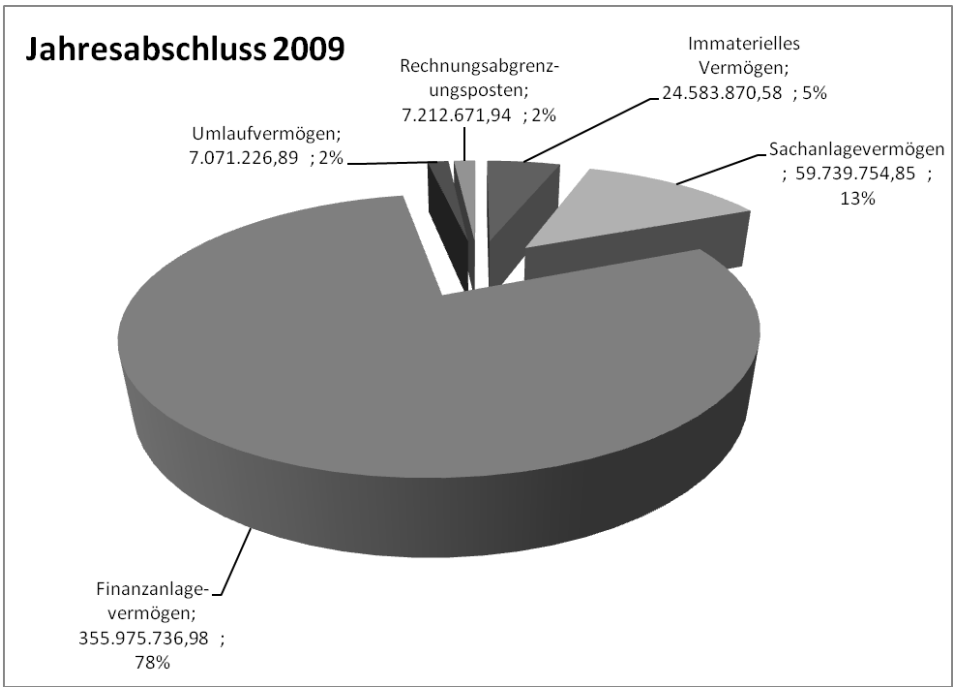
Der in der Bilanz ausgewiesene Bestand der liquiden Mittel stimmt mit dem entsprechenden Bestand im Tagesabschluss der Kreiskasse zum Bilanzstichtag überein. Die vom 10.12.2010 bis 07.02.2011 durchgeführte unvermutete Kassenprüfung ergab keine Beanstandungen.

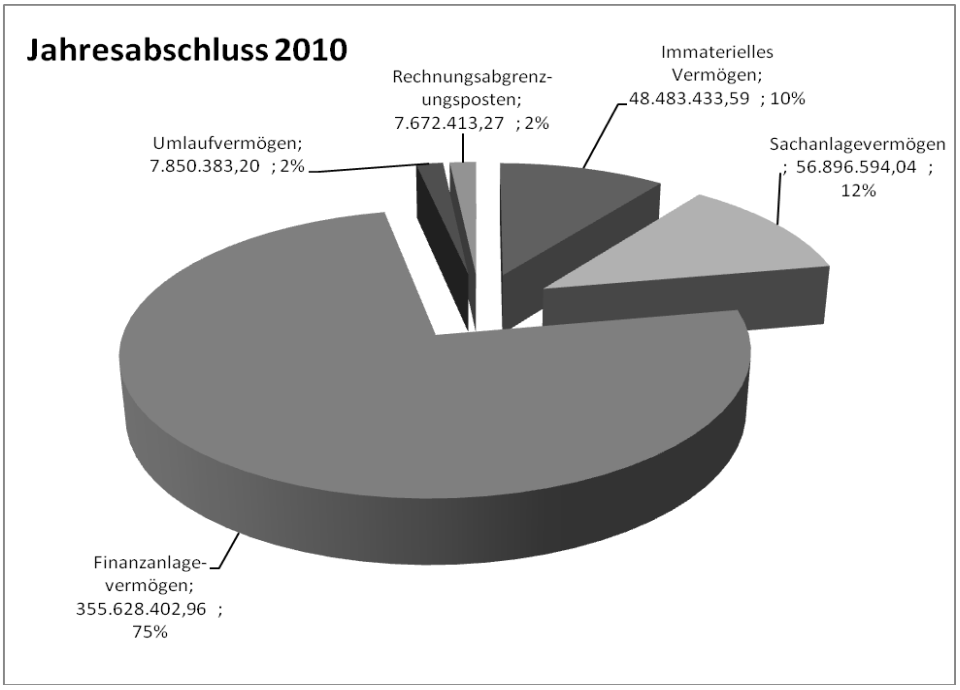
- **Rechnungsabgrenzungsposten**

Die Bewertung der Rechnungsabgrenzungsposten erfolgte mit dem Nominalwert der Ausgaben des Haushaltsjahres oder der Haushaltsvorjahre, die Haushaltsfolgejahre betreffen.
Die aktiven Rechnungsabgrenzungsposten i. H. v. 7.672,4 T€ enthalten im Wesentlichen bereits im Voraus gezahlte

- Personalaufwendungen i. H. v. 519,1 T€ und
- Transferleistungen i. H. v. 6.596,0 T€

für das Jahr 2011.





Passiva

• Eigenkapital

• Nettoposition

Das Eigenkapital des Kreises beträgt insgesamt 190.618,7 T€.

Darin enthalten ist eine zweckgebunden Rücklage aus Überschüssen der Schulumlage i.H.v. 4.773,9 T€.
Der ordentliche Jahresfehlbetrag beläuft sich auf 26.936,7 T€, der außerordentliche Jahresfehlbetrag beträgt 1.910,2 T€.

Unter Berücksichtigung des zweckgebundenen Anteils am Eigenkapital sowie des Jahresfehlbetrages ergibt sich aus der Differenz des Vermögens und dem Fremdkapital sowie den Sonderposten und den Rechnungsabgrenzungsposten eine Nettoposition von 185.844,8 T€.

Die im Zuge der Prüfung der Eröffnungsbilanz festgestellten Korrekturbedarfe wurden im Jahresabschluss 2010 umgesetzt.

Insgesamt wurde die Nettoposition durch Korrekturen im Zuge der Prüfung um 3,8 Mio. € verringert. Dies resultiert größtenteils aus dem Verzicht auf die bilanzielle Darstellung von Klassensätzen an Schulen in der Eröffnungsbilanz. Unter Anwendung der 3 T€ Vereinfachungsregelung unterbleibt ein derartiger Ansatz.

• Rücklagen

Die Rücklagen haben zum 31.12.2010 folgende Bestände:

○ Zinssicherung	0,00 €
○ Rücklage „Schulumlage“	4.773.856,80 €

• Sonderposten

Investive Zuschüsse und Zuwendungen sowie Beiträge von Dritten werden in der Vermögensrechnung des Kreises im Bruttoverfahren als Sonderposten ausgewiesen und grundsätzlich über den gleichen Zeitraum wie die „bezuschusste“ Anlage abgeschrieben wird ertragswirksam aufgelöst.
Höchstgrenze für den Ansatz des Sonderpostens ist der Wertansatz des bezuschussten Investitionsgegenstandes im Anlagevermögen. Auflösungen bis zum Bilanzstichtag sind zu berücksichtigen.
Können empfangene Investitionszuweisungen und Investitionszuschüsse nicht einzelnen Maßnahmen zugeordnet werden, wird der dafür gebildete Sonderposten mit zehn vom Hundert oder der durchschnittlichen Nutzungsdauer der Anlagenklasse aufgelöst.

Die Sonderposten in Höhe i. H. v. insgesamt 46.754,4 T€ beinhalten neben erhaltenen Investitionszuwendungen und -beiträgen im Bereich Straßenbau bzw. den sonstigen Investitionszuweisungen vom öffentlichen Bereich (hierrunter fallen insbesondere die Zuwendungen

aus den allgemeinen Investitionspauschalen) auch Investitionszuwendungen aus dem Sonderinvestitionsprogramm des Landes i. H. v. 29.734,5 T€.

• Rückstellungen

Die Rückstellungen sind nach Vorgabe des § 39 GemHVO-Doppik in Höhe des nach vernünftiger Beurteilung zur Erfüllung der Leistungsverpflichtung notwendigen Betrages angesetzt. Es sind alle erkennbaren Risiken und ungewisse Verpflichtungen bei der Ermittlung berücksichtigt. Die nachfolgenden Rückstellungen sind nach dem Pflichtkatalog gem. § 39 GemHVO-Doppik bei Bedarf gebildet worden.

Die Rückstellungen i. H. v. insgesamt 48.241,2 T€ bestehen im Wesentlichen aus den Verpflichtungen für Pensionen, Beihilfen und Altersteilzeit sowie der „Versorgungsrücklage“ des Hessischen Versorgungsrücklagengesetzes (HVerRückIG). Auf eine Anrechnung der Versorgungsrücklage bei der Ermittlung der Pensionsverpflichtungen wurde verzichtet.

• Pensionsrückstellungen und ähnliche Verpflichtungen

	31.12.2010	31.12.2009
Pensionsrückstellungen	36.820.225,00 €	37.345.917,64 €
Beihilferückstellungen	7.347.339,00 €	5.028.552,95 €
Gesamt	**44.167.564,00 €**	**42.374.470,59 €**

Die Versorgungskasse Darmstadt (VK) errechnet die Pensions- und Beihilferückstellungen basierend auf finanzmathematischen Grundlagen und den gesetzlichen Vorgaben der GemHVO –Doppik.
Gemäß § 41 Abs. 5 GemHVO-Doppik wurde für die Berechnung des Teilwertes ein Rechnungszinsfuss von 6 v.H. angesetzt, wie er im Übrigen auch für die Steuerbilanz vorgeschrieben ist.
Nach § 39 Abs. 1 Nr. 2 GemHVO-Doppik sind daneben auch Rückstellungen für Beihilfeverpflichtungen gegenüber Versorgungsempfänger sowie Beamten auf Zeit nach dem Ausscheiden aus dem aktiven Dienst zu bilden. Grundlage hierfür ist eine neue Teilwertberechnung der Versorgungskasse Darmstadt, in welcher die Erhöhung der gesetzlichen Krankenversicherungsbeiträge berücksichtigt wurde.

- **Rückstellungen für Altersteilzeitarbeit und ähnliche Maßnahmen**

	31.12.2010	31.12.2009
Sonstige Rückstellungen für die Inanspruchnahme von Altersteilzeit	2.556.184,87 €	3.268.584,00 €
Gesamt	**2.556.184,87 €**	**3.268.584,00 €**

Der Rückstellungsbetrag für die Inanspruchnahme von Altersteilzeit ist auf Basis der vorhandenen Altersteilzeitzahlungen und den in 2010 in Altersteilzeit befindlichen Mitarbeiter/innen gemäß IDW berechnet worden. Für potentielle Altersteilzeitfälle erfolgt keine Rückstellungsbildung. Die Entnahmen betreffen die bestimmungsgemäße Verwendung der Rückstellung.

- **Rückstellungen für Steuerschuldverhältnisse**

	31.12.2010	31.12.2009
Grunderwerbssteuerrisiko Sale-and-lease-back	0,00 €	300.000,00 €
Gesamt:	**0,00 €**	**300.000,00 €**

Die Rückstellung wurde zum 31.12.2010 ertragswirksam aufgelöst.

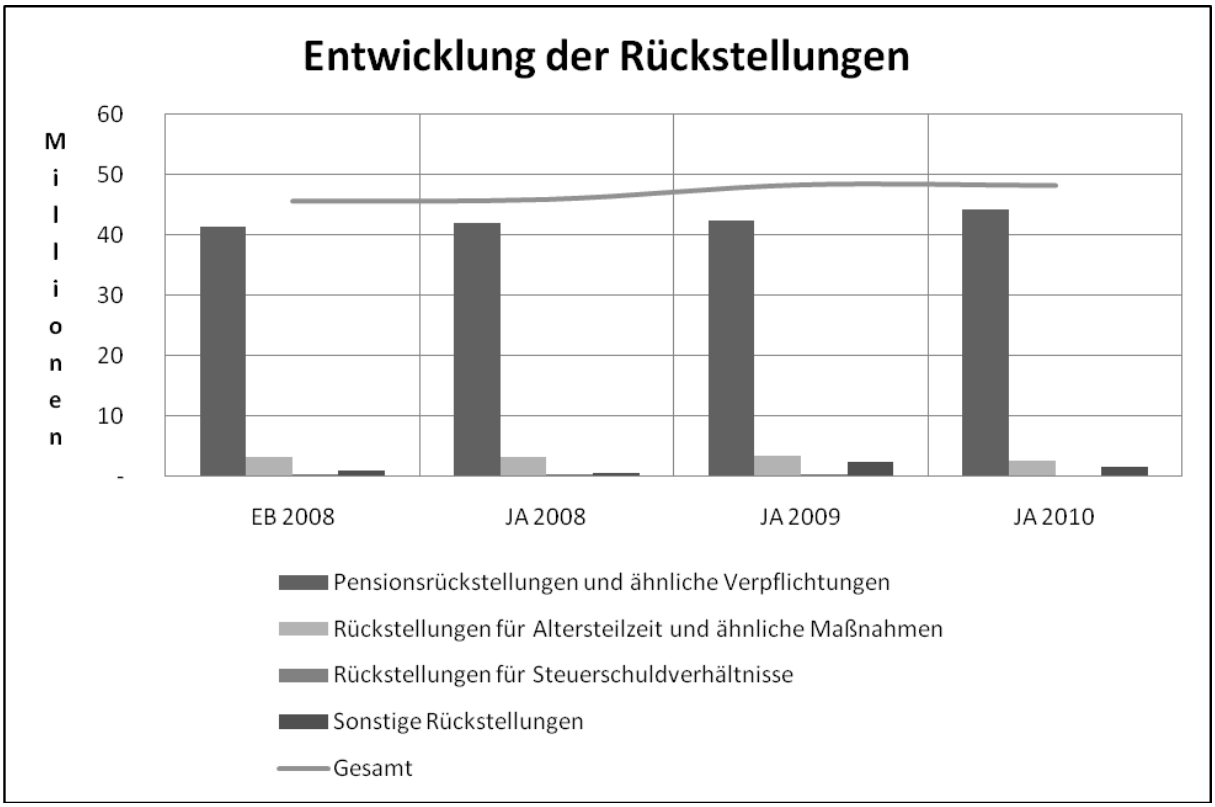
- **Sonstige Rückstellungen**

	31.12.2010	31.12.2009
Sonstige Rückstellungen für nicht in Anspruch genommenen Urlaub	348.950,00 €	356.500,00 €
Rückstellungen für anhängige Gerichtsverfahren	50.000,00 €	50.000,00 €
Rückstellung Abrechnung Stützpunktfeuerwehren	0,00 €	0,00 €
Rückstellung für unterlassene Instandhaltung	232.000,00 €	12.600,00 €

Rückstellung Betreuungsakt 2009 KKH	315.924,07 €	2.000.000,00 €
Rückstellung Lebensarbeits-zeitkonten für Beamte	361.767,20 €	0,0 €
Sonstige Rückstellungen	208.850,00 €	0,0 €
Gesamt	**1.517.491,27 €**	**2.419.100,00 €**

Die Rückstellungen gem. § 39 GemHVO-Doppik wurden anhand von tatsächlichen Werten ermittelt, soweit diese vorhanden waren. Eine Rückstellung für geleistete Überstunden konnte aufgrund des Fehlens einer elektronischen Zeiterfassung nicht errechnet werden.

Gem. § 39 GemHVO-Doppik sind für Verpflichtungen aus anhängigen Gerichtsverfahren, bei denen eine Inanspruchnahme zu erwarten ist, eine Rückstellung gebildet worden. Eine Aufstellung über die rechtshängigen Verfahren des Kreises ist uns vom Rechtsamt gefertigt worden.



• Verbindlichkeiten

Gem. § 41 GemHVO-Doppik wurden die nachfolgenden Verbindlichkeiten in Höhe ihres Rückzahlungsbetrags in der Bilanz ausgewiesen:

	Gesamt Betrag in €	**bis 1 Jahr Betrag in €**	**über 1 bis 5 Jahre Betrag in €**	**über 5 Jahre Betrag in €**
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	231.497.039,03	194.066.388,53	10.494.072,77	26.936.577,73
Verbindlichkeiten gegenüber öffentlichen Kreditgebern	7.980.085,43	260.905,62	1.043.622,48	6.675.557,33
Transferverbindlichkeiten	2.394.021,31	2.394.021,31		
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	3.316.802,44	3.316.802,44		
Verbindlichkeiten aus Steuern und Abgaben				
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen und gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, Sondervermögen	335.551,01	335.551,01		
Sonstige Verbindlichkeiten	715.358,33	715.358,33		
Gesamt	**246.238.857,55**	**201.089.027,24**	**11.537.695,25**	**33.612.135,06**

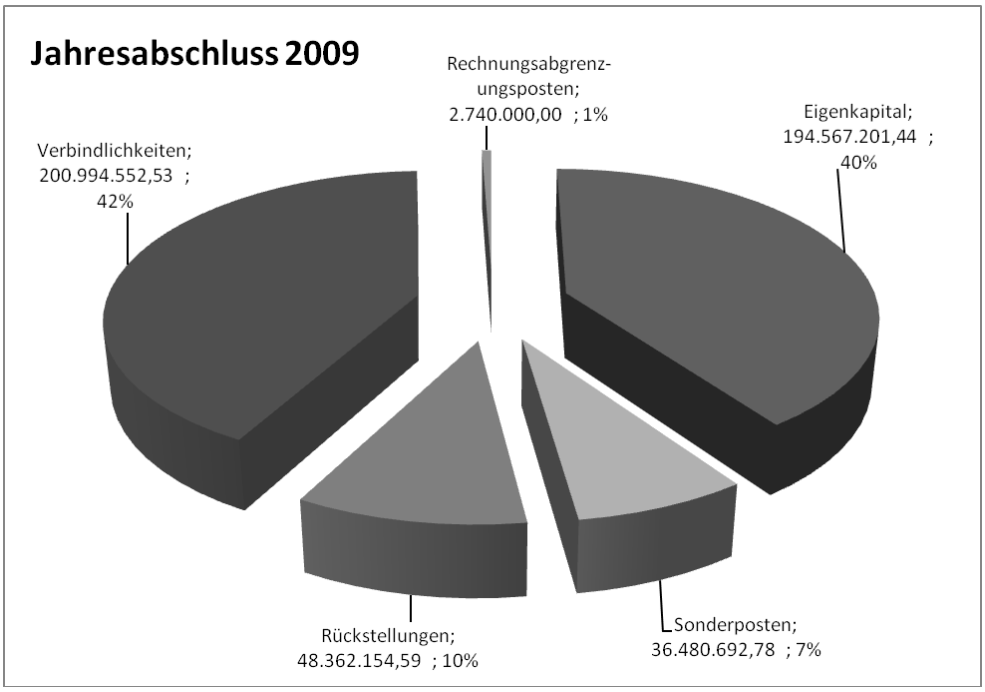
Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten beinhalten u.a. den zum 31.12.2010 aufgelaufenen Stand der Kassenkredite mit 191.360 T€.

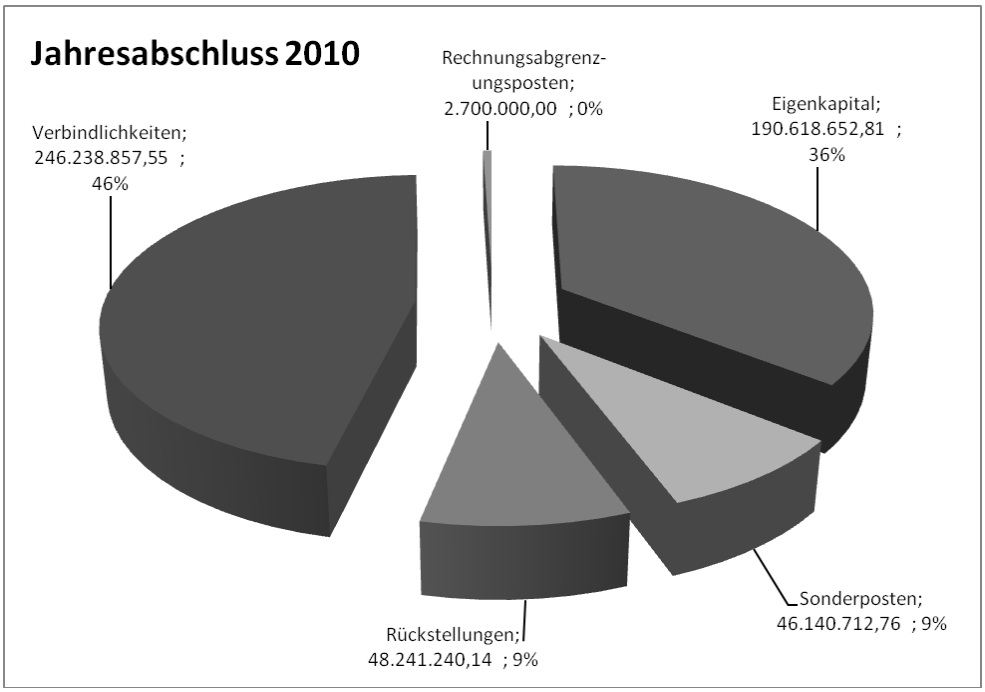
Die Verbindlichkeiten gegenüber öffentlichen Kreditgebern beinhalten zum Großteil den Tilgungsanteil des Kreises am Sonderinvestitionsprogramm des Landes mit 6.905 T€ sowie ein Darlehen der Stadt Lampertheim.

Unter den sonstigen Verbindlichkeiten sind neben den sogenannten durchlaufenden Geldern zu einem großen Teil noch nicht zugeordnete Einzahlungen (Ist ohne Soll) ausgewiesen.

• Rechnungsabgrenzung

Die passiven Rechnungsabgrenzungsposten i. H. v. 2.700,0 T€ enthalten die korrespondierenden Positionen aus Transferleistungen der aktiven Rechnungsabgrenzung.





Haftungsverhältnisse und sonstige finanziellen Verpflichtungen

- **Sonstige finanzielle Verpflichtungen**

Der Kreis Bergstraße ist mit monatlichen Leasingzahlungen in Höhe von rd. 228,1 T€ (davon 187,4 T€ Schulbereich und 40,7 T€ Verwaltung) durchschnittlich belastet.
Die finanziellen Verpflichtungen aus Leasingverträgen betragen zum Bilanzstichtag rd. 2.735,6 T€ (davon 2.246,8 T€ Schulbereich und 488,8 T€ Verwaltung).

- **Derivative Finanzinstrumente**

Da in den Ausführungsbestimmungen zur GemHVO -Doppik der Tatbestand der drohenden Verluste aus schwebenden Geschäften aus den Wahlrechten zur Rückstellung explizit herausgenommen wurde, werden die beim Kreis Bergstraße eingesetzten derivativen Finanzinstrumente nur nachrichtlich im Anhang dargestellt.

Im Rahmen des Kreditportfoliomanagements werden Derivatgeschäfte zur Zinssteuerung von Investitions- und Kassenkrediten abgeschlossen. Zum Bilanzstichtag bestanden beim Kreis folgende Finanzderivate, bei denen es sich ausschließlich um zinsbezogene Geschäfte handelt:

Art des Finanzderivats	Nominalwert	Bewertung zum Bilanzstichtag
Doppelswap ID 01	(tilgend) 2.017.174,48	-98.174,19
Swap KD 09	30.000.000,00	-267.741,58
Swap KD 10	30.000.000,00	-427.683,61

Die Bewertung der Finanzderivate wurde anhand der Zinsstrukturkurve am Bilanzstichtag nach der Barwertmethode vorgenommen.

- **Bürgschaften**

Der Gesamtbetrag der übernommenen Bürgschaften des Kreises Bergstraße beträgt am Bilanzstichtag 8.156.426,45 €. Es handelt sich um die nachstehenden Ausfallbürgschaften:

- Bürgschaft über 306.775,13 €
  Verein für Lebenshilfe für geistig Behinderte, Ortsvereinigung Lampertheim und Ried e. V.
  Investitionskredit für den Bau einer Frühförderstelle

  Restschuld zum Bilanzstichtag: 152.472,45 €

- Bürgschaft über 23.604,84 €
  Energieagentur Alexander-von-Humboldt-Schule Viernheim
  Investitionskredit für die Installation einer Photovoltaikanlage

  Restschuld zum Bilanzstichtag: 3.954,00 €

- Bürgschaft über 9.000.000,00 €
  Kreiskrankenhaus Bergstraße gGmbH
  Kassenkredite

  Restschuld zum Bilanzstichtag: 8.000.000,00 €

Sonstige Angaben

Die durchschnittliche Zahl der Beamtinnen und Beamten sowie der Beschäftigten zeigt folgende Übersicht:

Durchschnittliche Anzahl

Beamtinnen / Beamte	151
– davon auf Probe ernannt	1
– davon teilzeitbeschäftigt	58
Beschäftigte	760
- davon teilzeitbeschäftigt	301
Insgesamt	**911**
Auszubildende	25
Insgesamt	**936**

Beamtinnen /	
Beamte im Erziehungsurlaub	6
Beschäftigte im Erziehungsurlaub	21
Insgesamt	**27**

Der Kreis ist an folgenden Organisationen mit mindestens 5 % direkt oder indirekt beteiligt:

Name	Rechtsform	Anteil am Eigenkapital in %
Rettungsdienst	Eigenbetrieb	100
Neue Wege	Eigenbetrieb	100
Gebäudewirtschaft	Eigenbetrieb	100
KKH Service GmbH	GmbH	100
KKH	gGmbH	100
ZAKB Service GmbH	GmbH	50
Naturschutzzentrum	gGmbH	50
Tourismusmarketing	GmbH	50
Wirtschaftsförderung Bergstraße	GmbH	33,38
Zergum Strata Montana	GmbH & Co. KG	100
Zergum Objekte Bergstraße	GmbH & Co. KG	100
BAS (Mittelbar über ZAKB)	GmbH	25,5
ZAKB	Zweckverband	50
Tierkörperbeseitigung Hessen-Süd	Zweckverband	14,54
Gewässerverband Bergstraße	Wasserverband	28,5
WBV Riegruppe Ost	Wasserverband	24
Wasserverband Hess. Ried	Wasserverband	6
Hospitzstifung Bergstraße	Stiftung	38,2

Mitglieder des Kreistages des Kreises Bergstraße in der 16. Wahlzeit
(Kommunalwahl am 26. März 2006)

Vorsitzender des Kreistages:

Breitwieser, Werner

Stellvertretende Vorsitzende:

Dörr, Ilona (CDU), von Hunnius, Roland, (FDP), Öhlenschläger, Walter, (FWG), Schmitt, Norbert, (SPD), Schocke, Heinz-Jürgen (SPD)

CDU-Fraktion (34 Sitze):

Arnold, Hermann-Peter; Bähr, Anna Katharina; Breitwieser, Werner; Dörr, Ilona; Frank, Lucia; Gärtner, Karin; Haag, Alfons; Heinz, Tobias-Christopher; Heitland, Birgit; Herrmann, Thorsten; Hoeppner, Oliver; Iwen, Jürgen; Jäger, Klaus; Jöst, Günther; Kappel, Alfred; Kunkel, Joachim; Kunkel, Dr. Karl Josef Kuhn, Dr. Peter; Metzger, Gisela; Meyer, Dieter; Reinhardt, Randoald M.; Rieger, Heinz; Ringhof, Martin; Roeder, Oliver; Schaab, Barbara; Schich-Kiefer, Ingrid; Schneider, Gottfried; Schöcker, Erna; Spruch, Martin; Stephan, Peter; Stricker, Klaus-Peter; Wagner, Andreas; Woitge, Peter C.; Wondrejz, Horst

SPD-Fraktion (28 Sitze):

Baaß, Matthias; Bauer, Norbert; Brockenauer, Bernd; Buschmann, Irma; Dr. Cornelius-Gaus, Hildegard; Czyrt, Claudia; Dörsam, Andreas; Engesser, Hermann; Fiedler, Josef; Hapke, Ellen; Hartmann, Karin; Hechler, Katrin; Herbert, Gerhard; Kaltwasser, Jürgen; Mauch, Marianne; Meister, Gerlinde; Moritz, Renate; Petri, Eberhard; Pfeifer, Hans-Jürgen; Roos, Heinz; Schäfer, Alice; Schmitt, Norbert; Schocke, Heinz-Jürgen; Schröder, Willy; Siegl, Franz; Thomas, Willi; Wingerter, Sven; Winter, Lydia

GRÜNE-Fraktion (6 Sitze):

Apfel, Franz; Berg, Evelyn; Figaj, Thilo; Ohlig, Gerhard; Ruoff, Jochen; Sutholt, Rosemarie

FWG-Fraktion (4 Sitze):

Greif, Dr. Martin; Öhlenschläger, Walter; Vollmer, Thomas; Scholz, Monika

FDP-Fraktion (4 Sitze):

von Hunnius, Roland; Kramer, Benjamin; Schepp, Dr. Rolf; Sürmann, Frank

REP-Fraktion (3 Sitze):

Bitsch, Peter; Hoch, Haymo; Jänsch, Klaus

DIE LINKE-Fraktion (2 Sitze):

Appelt, Michael; Jojade, Jürgen

Mitglieder des Kreisausschusses des Kreises Bergstraße
(16. Wahlzeit)

Landrat:

Wilkes, Matthias (CDU)

Erster Kreisbeigeordneter: (hauptamtlich)

Metz, Thomas (CDU)

Kreisbeigeordnete/r: (ehrenamtlich mit Dezernat)

Ohl, Gottlieb (FDP)
Golzer, Norbert (FWG)

Kreisbeigeordnete: (ehrenamtlich)

Bistritschan, Gunter (CDU); Dr. Brückner, Klaus (SPD); Buser, Volker (CDU); Fabian, Thomas (GRÜNE); Götz, Fritz (SPD); Knapp, Kurt (CDU); Roos, Dieter (CDU); Sander, Brigitte (SPD); Schneider, Otto (SPD); Schramm, Rita (CDU)

Berichtigung von Wertansätzen der Eröffnungsbilanz gemäß den Verwaltungsvorschriften zur GemHVO-Doppik

Zu den weiteren wichtigen Angaben im Sinne des Anhangs zählt die Berichtigung oder die Wertnachholung eines in der Eröffnungsbilanz festgesetzten Wertansatzes eines Vermögensgegenstandes, eines Sonderposten oder der Verbindlichkeiten.

Ergibt sich bei der Aufstellung späterer Jahresabschlüsse, dass in der Eröffnungsbilanz Vermögensgegenstände oder Sonderposten oder Schulden,

· mit einem zu niedrigen Wert
· mit einem zu hohen Wert
· zu Unrecht oder
· zu Unrecht nicht

angesetzt worden sind, so ist in der später aufzustellenden Bilanz der Wertansatz zu berichtigen, wenn es sich um einen wesentlichen Wertbetrag handelt.

Ist eine Berichtigung vorzunehmen, so ist gemäß Ziffer 13.2 zu § 59 GemHVO-Doppik i.V.m. § 108 Abs. 5 HGO eine sich daraus ergebende Wertänderung ergebnisneutral mit der Nettoposition zu verrechnen.
Die vorgenommenen Wertberichtigungen sind im Schlussbericht zur Prüfung der Eröffnungsbilanz näher erläutert.
Im Rahmen der Arbeiten zum Jahresabschluss 2010 wurden u.a. folgende größere bzw. bedeutsame Werte der Eröffnungsbilanz korrigiert:

Aktiva / Bilanzposition:

1.1.2 geleistete Investitionszuwendungen
· Weschnitztalbahn

1.2.3 Betriebs- und Geschäftsausstattung
· Klassensätze an Schulen

1.3.3 Beteiligungen:
· Hospitzstiftung
· Gewässerverband Bergstraße

Die betragsmäßigen Veränderungen werden auf den Seiten 8, 10 und 15 des Berichtes über die Prüfung der Eröffnungsbilanz zum 1. Januar 2008 dargestellt.

Heppenheim, den 30.04.2011

Ort, Datum

gez. Metz

Metz, Erster Kreisbeigeordneter

Sonderpostenspiegel 31.12.2010

	Anschaffungskosten 31.12.09	Zugang in Periode	Verkauf in Periode	Umbuchung in Periode	Anschaffungskosten 31.12.10	Erträge 31.12.09	Erträge in Periode	Verkauf Erträge in Periode	Umbuchung Erträge in Periode	Erträge 31.12.10	Buchwert 31.12.09	Buchwert 31.12.10
Sonderposten aus Zuweisungen vom Bund	-4.918.199,83 €	-467.300,00 €	0,00 €	0,00 €	-5.385.499,83 €	1.188.751,72 €	625.402,16 €	0,00 €	0,00 €	1.814.153,88 €	-3.729.448,11 €	-3.571.345,95 €
Sonderposten aus Zuweisungen vom Land	-854.735,63 €	-305.725,00 €	0,00 €	0,00 €	-1.160.460,63 €	289.040,30 €	139.385,73 €	0,00 €	0,00 €	428.426,03 €	-565.695,33 €	-732.034,60 €
Sonderposten aus Zuweisungen vom Land (SIP)	-20.633.860,67 €	-10.265.808,34 €	0,00 €	0,00 €	-30.899.669,01 €	268.549,15 €	896.627,33 €	0,00 €	0,00 €	1.165.176,48 €	-20.365.311,52 €	-29.734.492,53 €
Sonderposten aus Zuweisungen von Gemeinden	-62.160,66 €	-48.838,00 €	0,00 €	0,00 €	-110.998,66 €	585,21 €	10.124,06 €	0,00 €	0,00 €	10.709,27 €	-61.575,45 €	-100.289,39 €
Sonderposten aus Zuweisungen vom sonst. öffentlichen Bereich	-435,00 €	-29.785,27 €	0,00 €	0,00 €	-30.220,27 €	16,92 €	2.566,89 €	0,00 €	0,00 €	2.583,81 €	-418,08 €	-27.636,46 €
Sonderposten aus Zuweisungen von übrigen Bereichen	-4.748.633,83 €	-13.965,56 €	0,00 €	0,00 €	-4.762.599,39 €	0,00 €	9.169,02 €	0,00 €	0,00 €	9.169,02 €	-4.748.633,83 €	-4.753.430,37 €
Sonderposten aus pauschalen Zuweisungen vom Land	-9.387.896,77 €	-1.581.300,00 €	0,00 €	0,00 €	-10.969.196,77 €	2.378.286,31 €	1.369.427,00 €	0,00 €	0,00 €	3.747.713,31 €	-7.009.610,46 €	-7.221.483,46 €
Gesamt	**-40.605.922,39 €**	**-12.712.722,17 €**	**0,00 €**	**0,00 €**	**-53.318.644,56 €**	**4.125.229,61 €**	**3.052.702,19 €**	**0,00 €**	**0,00 €**	**7.177.931,80 €**	**-36.480.692,78 €**	**-46.140.712,76 €**

Zusammenstellung der Haushaltsausgabereste 2010 im Ergebnishaushalt

Produkt Sachkonto	Kosten- stelle	Bezeichnung	Budget 2010 in €	HAR aus VJ in €	Ergebnis 2010 in €	Neuer HAR 2010 in €	Erläuterung
2010	**Grundschulen**						
Budget	0012	Schlossbergschule Bensheim-Auerbach	21.080,00	0,00	18.545,47	1.500,00	Nicht ausgeschöpfte Haushaltsermächtigungen des Budgets.
Budget	0018	Sonnenuhrenschule Birkenau	21.320,00	1.800,00	19.151,44	3.700,00	Nicht ausgeschöpfte Haushaltsermächtigungen des Budgets.
Budget	0063	Schillerschule Viernheim	24.090,00	0,00	22.072,02	1.900,00	Nicht ausgeschöpfte Haushaltsermächtigungen des Budgets.
2040	**Gymnasien**						
Budget	0061	Martin-Luther-Schule Rimbach	113.700,00	5.900,00	115.752,01	3.800,00	Nicht ausgeschöpfte Haushaltsermächtigungen des Budgets.
2100	**Kreisvolkshochschule**						
6179000	1034	Kreisvolkshochschule	379.600,00	5.000,00	354.016,31	19.000,00	Nicht ausgeschöpfte Haushaltsermächtigungen des Budgets.
3010	**Hilfe zum Lebensunterhalt**						
6880000	2191	Sozialamt	1.038.740,00	5.200,00	941.946,06	5.500,00	Nicht ausgeschöpfte Haushaltsermächtigungen des Budgets.
3210	**Andere Aufgaben der Jugendhilfe**						
7251000	1139	Umsteuerungskonzept	0,00	160.000,00	-590.840,66	590.840,00	Nicht verausgabte Mittel aus dem Umsteuerungskonzept.
3220	**Seniorenberatung**						
6100000	4162	Kreisseniorenbeirat	11.820,00	1.470,00	9.192,77	3.970,00	Nicht ausgeschöpfte Haushaltsermächtigungen des Budgets.
6850000	2191	Fachstelle Leben im Alter	1.500,00	0,00	586,49	780,00	Nicht ausgeschöpfte Haushaltsermächtigungen des Budgets.
4011	**Gesundheitshilfen und Präventionen**						
6861000	4161	Haus der Gesundheit	64.440,00	0,00	44.586,59	3.665,36	zweckgebundene Spenden für das Projekt "ohnekippe"
6861000	4161	Haus der Gesundheit	64.440,00	0,00	44.586,59	2.150,00	zweckgebundene Spenden für das Projekt "genießen statt begießen"
		Summe:	**1.740.730,00**	**238.617,62**	**979.595,09**	**636.805,36**	

Aufgestellt:

Heppenheim, 30.04.2010

Finanz- und Rechnungswesen

Im Auftrag: gez. Medert

Zusammenstellung der Haushaltsausgabereste 2010 für Rückstellungen

Sachkonto	Kosten-stelle	Bezeichnung	Budget 2010 in €	HAR aus VJ in €	Ergebnis 2010 in €	Neuer HAR 2010 in €	Erläuterung
3901010	2151	Kreisstraßen	0,00	0,00	0,00	232.000,00	Rückstellung für unterlassende Instandhaltung für verschiedene Kreisstraßen
3930010	4000	Kreiskrankenhaus	0,00	0,00	0,00	315.924,00	Rückstellung Verlustabdeckung Kreiskrankenhaus Bergstraße gGmbH
		Summe:	**0,00**	**238.617,62**	**0,00**	**547.924,00**	

Aufgestellt:

Heppenheim, 30.04.2010

Finanz- und Rechnungswesen

Im Auftrag: gez. Medert

Sachkonto	Inv.-Nr.	Produkt KST	Bezeichnung	Budget 2010 in €	HAR aus VJ in €	Ergebnis 2010 in €	Neuer HAR 2010 in €	Erläuterung
		1070	**IT-Management**					
0241010	2009INV014	1015	Lizenzen	135.000,00	0,00	29.690,86	95.000,00	Es konnten nicht alle Maßnahmen abgeschlossen werden.
		1110	**Revision**					
0241010	2008INV098	1017	Prüfungssoftware Revision	0,00	60.000,00	0,00	59.500,00	Die Anschaffung konnte in 2010 nicht abgeschlossen werden.
		1361	**Brand- und Katastrophenschutz**					
0840010	2008INV093	3101	Brand- und Katastrophenschutz	30.000,00	0,00	0,00	30.000,00	Landesweite Beschaffung der Funkgeräte erfolgt erst 2011.
		2010	**Grundschulen**					
0358010	2010INV033	0020	Grundschule Nieder-Liebersbach	110.000,00	0,00	0,00	110.000,00	Das Projekt ist noch nicht vollständig abgeschlossen.
		2060	**Förderschulen**					
0354010	2008INV104	1031	Zuschuss Martinsschule Ladenburg	464.750,00	1.034.000,00	1.131.501,13	367.000,00	Die Baumaßnahme ist noch nicht vollständig abgewickelt.
		2085	**Schulverwaltung - SIP**					
0355910	2009INV069	7000	Sonderinvestitionsprogramm	18.425.300,00	11.537.981,00	24.625.300,00	5.337.981,00	Verbleibender Zuschuss aus dem Sonderinvestitionsprogramm (SIP).
		5051	**Bausaufsicht**					
0241010	2010INV025	2181	Lizenzen	50.000,00	0,00	7.888,30	42.100,00	Die Umstellung des Bauverfahrens ist noch nicht abgeschlossen.
		5090	**Verwaltung der Kreisstraßen**					
0960010	2008INV008	2206	Kreisstraße 8 Rimbach-Albersbach	250.000,00	25.000,00	0,00	275.000,00	Die Baumaßnahme wird in 2011 weitergeführt.
0960010	2008INV009	2209	Kreisstraße 11 Nieder- und Ober-Liebersbach	150.000,00	68.600,00	20.392,30	198.200,00	Die Baumaßnahme wird in 2011 weitergeführt.
0960010	2009INV063	2209	Kreisstraße 11 Ober - Liebersbach	150.000,00	0,00	0,00	150.000,00	Die Baumaßnahme wird in 2011 weitergeführt.
0612010	2008INV010	2211	Kreisstraße 13 Hornbach	0,00	29.200,00	21.190,49	8.000,00	Die Baumaßnahme wird in 2011 weitergeführt.
0960010	2008INV017	2235	Kreisstraße 55/56 Knoden - Schannenbach	623.000,00	538.800,00	844.151,19	317.600,00	Die Baumaßnahme wird in 2011 weitergeführt.
0510110	2009INV065	2235	Zugänge bebaute Grundstücke z.B. K 55/56	150.000,00	0,00	54.668,90	95.000,00	Die Baumaßnahme wird in 2011 weitergeführt.
0960010	2009INV033	2235	Kreisstraße 55 Knoden-Raidelbach	50.000,00	39.500,00	37.745,77	51.700,00	Die Baumaßnahme wird in 2011 weitergeführt.
0960010	2008INV012	2224	Kreisstraße 28 Kocherbach	15.000,00	0,00	0,00	15.000,00	Die Baumaßnahme wird in 2011 weitergeführt.
0960010	2008INV013	2226	Kreisstraße 30 Hartenrod	15.000,00	0,00	0,00	15.000,00	Die Baumaßnahme wird in 2011 weitergeführt.
0960010	2009INV066	2245	Kreisstraße 67, Ausbau freie Strecke	100.000,00	100.000,00	0,00	200.000,00	Die Baumaßnahme wird in 2011 weitergeführt.
0960010	2009INV067	2252	Kreisstraße 206, Schlierbach	20.000,00	0,00	0,00	20.000,00	Die Baumaßnahme wird in 2011 weitergeführt.
		5100	**ÖPNV**					
0353010	2010INV026	1041	Planungskostenanteil S-Bahn Rhein-Neckar	40.900,00	0,00	0,00	40.900,00	Es wurde in 2010 keine Abschlagszahlung angefordert.
0353010	2008INV023	1041	Zuweisung Elsenz- und Schwarzbachtalbahn	28.800,00	0,00	0,00	28.800,00	Es wurde in 2010 keine Abschlagszahlung angefordert.
0353010	2008INV025	1041	2. Stufe S-Bahn Rhein-Neckar	160.000,00	0,00	92.750,00	67.250,00	Es wurde in 2010 nicht die volle Abschlagszahlung angefordert.
0353010	2008INV022	1041	Investitionszuschüsse S-Bahn Rhein-Neckar	21.300,00	0,00	0,00	21.300,00	Es wurde in 2010 keine Abschlagszahlung angefordert.
0890010	2010INV006	1041	Geringwertige Wirtschaftsgüter	5.000,00	0,00	0,00	5.000,00	Beschaffungen für Linienbündel "Odenwald Süd".

Zusammenstellung der Haushaltsausgabereste 2010 im Finanzhaushalt

Sachkonto	Inv.-Nr.	**Produkt** **KST**	Bezeichnung	Budget 2010 in €	HAR aus VJ in €	Ergebnis 2010 in €	Neuer HAR 2010 in €	Erläuterung
0355010	2009INV031	1041	Überwaldbahn	200.000,00	200.000,00	0,00	400.000,00	Die Reaktivierung der Überwaldbahn wird in 2011 fortgesetzt.
		5170	**Wirtschaftsförderung, Tourismus**					
0355010	2009INV012	1051	Überwaldbahn (Grunderwerb)	200.000,00	200.000,00	113.700,00	286.300,00	Die Reaktivierung der Überwaldbahn wird in 2011 fortgesetzt.
		603099	**Beteiligungen, Mitgliedschaften (SIP)**					
0355910	2009INV074	4000	Kreiskrankenhaus	0,00	903.000,00	0,00	903.000,00	Verbleibender Zuschuss aus dem Sonderinvestitionsprogramm (SIP).
			Summe:	**21.394.050,00**	**14.736.081,00**	**26.978.978,94**	**9.139.631,00**	

Aufgestellt:

Heppenheim, 18.01.2011

Finanz- und Rechnungswesen

Im Auftrag: gez. Medert

Zusammenstellung der Haushaltseinnahmereste 2010 im Finanzhaushalt

Produkt Sachkonto	Inv.-Nr.	Kosten-stelle	Bezeichnung	Budget 2010 in €	HER aus VJ in €	Ergebnis 2010 in €	Neuer HER 2010 in €	Erläuterung
2085	**Schulverwaltung**							
4201910	-	7000	Sonderinvestitionsprogramm	2.064.200,00	0,00	1.914.661,66	137.456,00	Verbleibende Kreditermächtgung 2010 für SIP-Baumaßnahmen.
6020	**Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft**							
4206001	-	2151	Finanz- und Rechnungswesen	6.442.650,00	939.637,00	2.167.000,00	5.215.287,00	Verbleibende Kreditermächtgung 2010.
			Summe:	**8.506.850,00**	**939.637,00**	**4.081.661,66**	**5.352.743,00**	

Aufgestellt:

Heppenheim, 18.01.2011

Finanz- und Rechnungswesen

Im Auftrag: gez. Medert

Übersicht über die gebildeten Budgets

KST	Bezeichnung	Budget	Ergebnis	Verfügbar
1001	Dez. L, Steuerungsunterstützung und Büro Dez. L	51.355,00	55.724,79	-4.369,79
1004	Frauenbeuaftragte	6.795,00	6.608,53	186,47
1006	EU-Förderung	44.315,00	31.033,52	13.281,48
1008	Personalrat	18.600,00	10.685,26	7.914,74
1011	Kreistagsbüro	283.240,00	270.119,14	13.120,86
1012	Bürgerservice	92.960,00	76.712,31	16.247,69
1013	Pressestelle	24.845,00	20.874,69	3.970,31
1014	Personalmanagement	117.100,00	101.422,55	15.677,45
1015	Organisation	1.828.150,00	1.778.757,02	49.392,98
1016	Controlling	14.300,00	7.660,41	6.639,59
1017	Revision	45.950,00	30.891,90	15.058,10
1031	Schulabteilung	1.392.160,00	1.094.022,23	298.137,77
1041	ÖPNV	1.110.750,00	1.106.435,44	4.314,56
1062	Kommunalaufsicht	31.400,00	30.581,18	818,82
1063	Ordnungs- und Gewerbewesen	12.015,00	7.894,24	4.120,76
1064	Strassenverkehrswesen	264.200,00	263.907,21	292,79
1133	Jugendamt	279.757,00	129.756,62	150.000,38
2065	Wasser	38.760,00	15.446,82	23.313,18
2140	Ausländer	97.710,00	88.784,95	8.925,05
2151	Finanz-und Rechnungswesen	2.249.900,00	1.413.863,93	836.036,07
2181	Bauaufsicht	170.655,00	160.023,57	10.631,43
2191	Sozialamt	1.038.784,00	940.232,15	98.551,85
3101	Katastrophenschutz	361.940,00	336.196,44	25.743,56
4150	Veterinärwesen	737.850,00	571.147,57	166.702,43
4161	Gesundheitsamt	64.440,00	44.312,23	20.127,77

Übersicht über die gebildeten Schulbudgets

KST	Schule	Budget	Ergebnis	Verfügbar
0001	Steinachtalschule	12.035,00	11.848,01	186,99
0002	Hemsbergschule Bensheim	18.480,00	18.509,60	-29,6
0003	Joseph-Heckler-Schule Bensheim	25.390,00	25.379,15	10,85
0004	AKG Bensheim	134.610,00	135.235,96	-625,96
0005	Goethe-Gymnasium Bensheim	113.660,00	115.206,64	-1.546,64
0006	Geschwister-Scholl-Schule Bensheim	135.840,00	137.659,88	-1.819,88
0007	Heinrich-Metzendorf-Schule Bensheim	132.680,00	109.907,23	26.172,77
0008	Karl-Kübel-Schule Bensheim	133.840,00	129.165,95	4.674,05
0009	Kirchbergschule Bensheim	45.240,00	43.119,64	2.120,36
0010	Seebergschule Bensheim	37.230,00	34.997,38	2.232,62
0011	Schillerschule Bensheim-Auerbach	75.470,00	68.572,35	6.897,65
0012	Schloßbergschule Bensheim-Auerbach	21.080,00	18.545,47	2.534,53
0013	Carl-Orff-Schule Bensheim-Fehlheim	12.060,00	12.008,95	51,05
0014	Märkerwaldschule Bensheim-Gronau	9.000,00	7.645,04	1.354,96
0015	Schule in den Weschnitzauen Biblis	44.165,00	33.879,93	10.285,07
0016	Steinerwaldschule	18.420,00	16.990,09	6.429,91
0018	Sonnenuhrenschule Birkenau	21.320,00	19.151,44	3.968,56
0019	Langenbergschule Birkenau	79.720,00	63.288,58	16.431,42
0020	GS Birkenau-Nieder-Liebersbach	32.822,00	32.282,08	539,92
0021	Schillerschule Bürstadt	36.070,00	30.927,61	8.342,39
0022	Erich-Kästner-Schule Bürstadt	121.650,00	119.889,97	1.760,03
0023	Astrid-Lindgren-Schule Bürstadt-Bobstadt	13.620,00	12.808,99	811,01
0024	Schule an der Weschnitz	20.610,00	16.825,16	3.784,84
0025	Müller-Guttenbrunn-Schule Fürth	42.485,00	33.542,14	8.942,86
0026	HBS Fürth	86.430,00	41.024,68	45.405,32
0027	Schule am Katzenberg	12.550,00	10.898,53	1.651,47
0028	Daumbergschule Gorxheimertal	12.710,00	11.744,77	965,23
0029	Ulfenbachtalschule Grasellenbach	14.540,00	11.763,28	2.776,72
0030	Lindenhofschule Groß-Rohrheim	14.060,00	13.213,62	1.546,38
0031	Martin-Buber-Schule HP	79.300,00	87.327,95	-8.027,95
0032	Schloßschule HP	17.010,00	16.612,66	397,34
0033	Nibelungenschule HP	22.010,00	21.517,53	492,47
0034	Konrad-Adenauer-Schule HP	25.380,00	25.379,12	0,88
0035	Siegfriedschule HP	28.970,00	21.461,44	7.508,56
0036	Starkenburg-Gymnasium HP	105.820,00	113.837,10	482,9
0037	Abendschule HP	18.190,00	18.023,91	166,09
0038	Christophorus-Schule HP-Hambach	11.370,00	8.910,07	2.459,93
0039	Eichendorffschule HP-Kirschhausen	12.260,00	12.259,96	0,04
0040	Neckartalschule Hirschhorn	13.462,00	13.459,64	2,36
0041	Schillerschule Lampertheim	21.960,00	17.049,00	4.911,00
0042	Goetheschule Lampertheim	30.250,00	27.759,88	2.490,12
0043	Pestalozzischule Lampertheim	19.203,00	18.952,13	250,87
0044	Lessing-Gymnasium Lampertheim	130.350,00	127.753,35	2.596,65
0045	Berufliche Schulen Lampertheim	80.230,00	78.131,39	2.098,61
0046	Biedensandschule Lampertheim	53.090,00	43.035,70	10.054,30
0047	Alfred-Delp-Schule Lampertheim	76.220,00	69.043,51	7.176,49
0048	Nibelungenschule Lampertheim-Hofheim	22.270,00	20.537,91	1.732,09
0049	Seehofschule Lampertheim-Hüttenfeld	9.690,00	8.760,71	929,29
0050	GS Lautertal-Elmshausen	11.104,00	11.035,59	68,41
0051	Mittelpunktschule Lautertal-Gadernheim	50.124,00	50.003,24	120,76
0052	Felsenmeerschule Lautertal-Reichenbach	26.164,00	16.241,50	9.922,50
0053	COS Lindenfels	13.080,00	13.010,64	69,36
0054	Werner-von-Siemens-Schule Lorsch	78.670,00	76.358,89	2.311,11
0055	Wingertsbergschule Lorsch	25.660,00	25.647,65	12,35
0056	Schloßhofschule Mörlenbach	27.546,00	20.445,82	7.100,18
0057	Weschnitztalschule Mörlenbach	22.790,00	15.389,64	7.400,36

KST	Schule	Budget	Ergebnis	Verfügbar
0058	Freiherr-vom-Stein-Schule Neckarsteinach	33.214,00	29.538,64	3.675,36
0059	Brüder-Grimm-Schule Rimbach	18.694,00	18.657,05	36,95
0060	DBS Rimbach	56.670,00	54.562,81	2.107,19
0061	MLS Rimbach	113.700,00	115.759,85	3.840,15
0062	Waldhufenschule Rimbach-Zotzenbach	11.240,00	11.760,75	379,25
0063	Schillerschule Viernheim	24.090,00	22.072,02	2.017,98
0064	Goetheschule Viernheim	19.220,00	19.169,91	50,09
0065	Nibelungenschule Viernheim	38.784,00	37.726,92	1.057,08
0066	Friedrich-Fröbel-Schule Viernheim	63.242,00	61.827,51	1.414,49
0067	Albert-Schweitzer-Schule Viernheim	38.390,00	39.336,04	53,96
0068	Alexander-v.-Humboldt-Schule Viernheim	106.903,00	106.855,83	47,17
0069	Adam-Karrillon-Schule Wald-Michelbach	22.130,00	22.121,13	8,87
0071	EBS Wald-Michelbach	70.920,00	70.794,47	125,53
0072	ÜWG Wald-Michelbach	81.200,00	79.199,49	2.000,51
0073	GS U.-Schönmattenwag	9.680,00	9.275,54	404,46
0074	Melibokusschule Zwingenberg	17.040,00	16.734,13	305,87
0075	Grundschule in den Kappesgärten	13.840,00	13.102,15	737,85
	Summe:	**3.248.917,00**	**3.042.472,29**	**236.844,71**

Übersicht über das Budget der Kreisvolkshochschule

Sachkonto	Beschreibung	Budget	Ergebnis	Verfügbar
5004000	Umsatzerlöse aus Überlassung von Rechten	-10.000 €	-2.290,00 €	-7.710,00 €
5006000	Erlöse aus dem Betrieb der KVHS	-500 €	-752,15 €	252,15 €
5106000	Öff.-rechtl. Erlöse aus dem Betrieb der KVHS	-520.000 €	-560.210,13 €	40.210,13 €
5421000	Zuweisungen für lfd Zwecke vom Land	-217.100 €	-217.100,00 €	0,00 €
5482000	Kostenerstattungen von Gemeinden/GV	-4.100 €	-6.215,70 €	2.115,70 €
5487000	Kostenerstattungen von priv Unternehmen	0 €	-3.165,00 €	3.165,00 €
5490000	Andere Kostenersatzleistungen und -erstattungen	0 €	-22,95 €	22,95 €
	Erträge gesamt:	**-751.700 €**	**-789.756 €**	**38.056 €**
6010000	Aufwand für Büromaterial	3.300 €	2.209,83 €	1.090,17 €
6011000	Lehr- und Unterrichtsmittel	12.500 €	8.111,90 €	4.388,10 €
6051000	Strom	2.000 €	2.035,18 €	-35,18 €
6052000	Gas	3.200 €	2.101,00 €	1.099,00 €
6056000	Wasser	800 €	797,64 €	2,36 €
6062000	Materialaufw. für techn. Anlagen in Betriebsbauten	200 €	92,82 €	107,18 €
6063000	Materialaufw. für Einrichtungen und Ausstattungen	500 €	201,12 €	298,88 €
6081000	Reinigungsmaterial	200 €	172,27 €	27,73 €
6089000	übriger sonstiger Materialaufwand	1.200 €	3.318,70 €	-2.118,70 €
6100000	Aufwendungen für bezogene Leistungen	384.900 €	416.482,33 €	-31.582,33 €
6131000	Aufw. Entsch. ehrenamtl. Tätige	9.000 €	7.866,91 €	1.133,09 €
6163000	Instandh. von Einrichtungen und Ausstattungen	3.600 €	1.279,56 €	2.320,44 €
6166000	Wartungskosten	10.500 €	17.011,15 €	-6.511,15 €
6173000	Fremdreinigung	500 €	1.924,70 €	-1.424,70 €
6179000	And. sonstige Aufwendungen für bezogene Leistungen	21.100 €	17.205,16 €	3.894,84 €
6200001	Entg. für geleist. Arbeitszeit (einschl. Zulagen)	228.900 €	227.281,05 €	1.618,95 €
6300001	Dienst-, Amtsbezüge einschl. tarifl. Zulagen	105.100 €	106.636,35 €	-1.536,35 €
6400001	AG-Anteil zur Sozialvers. Entgeltbereich	45.300 €	44.801,40 €	498,60 €
6460003	Zuführung zu Pensionsrückstellungen	54.600 €	35.959,59 €	18.640,41 €
6461000	Zuführung zu Beihilferückstellungen	28.300 €	23.624,48 €	4.675,52 €
6470000	Zusatzversorgung Entgeltbereich	18.900 €	18.958,98 €	-58,98 €
6611000	Abschr. auf Konzessionen u. a. Schutzrechte	400 €	0,00 €	400,00 €
6640000	Abschr. auf and. Anlagen, BGA	4.500 €	3.724,12 €	775,88 €
6645000	Abschreibung auf Geschäftsausstattung	200 €	0,00 €	200,00 €
6650000	Abschreibung geringwertige Wirtschaftsgüter	6.000 €	5.649,71 €	350,29 €
6672000	Einzelwertberichtigungen	0 €	677,28 €	-677,28 €
6700000	Mieten, Pachten, Erbbauzinsen	28.500 €	28.992,54 €	-492,54 €
6710000	Leasing	12.100 €	15.276,79 €	-3.176,79 €
6750000	Bankspesen / Kosten d. Geldverkehrs	900 €	750,80 €	149,20 €
6810000	Aufwand für Zeitungen	1.200 €	1.176,25 €	23,75 €
6820000	Porto und Versandkosten	14.800 €	15.016,38 €	-216,38 €
6831000	Datenübertragungskosten	500 €	677,06 €	-177,06 €
6832000	Telefonkosten	2.800 €	2.387,96 €	412,04 €
6850000	Reisekosten	1.100 €	1.110,25 €	-10,25 €
6861000	Aufw. für Öffentlichkeitsarbeit	34.200 €	33.455,10 €	744,90 €
6862000	Aufw. für Gästebewirtung (Repräsentation)	1.400 €	1.341,28 €	58,72 €
6871000	Werbung - Geschenke bis 35 €	500 €	795,52 €	-295,52 €
6880000	Aufw. Für Fort- und Weiterbildung	2.000 €	1.695,59 €	304,41 €
6909000	Beiträge für sonstige Versicherungen	1.400 €	1.315,25 €	84,75 €
6910000	Beitr. Wirtschaftsverb. & Berufsvertretungen	3.800 €	3.386,81 €	413,19 €
6993000	übrige sonstige betriebliche Aufwendungen	0 €	42,91 €	-42,91 €
	Aufwendungen gesamt:	**1.050.900 €**	**1.055.544 €**	**-4.644 €**

Übersicht über das Budget der Erziehungsberatungsstelle Bensheim

Sachkonto	Beschreibung	Budget	Ergebnis	Verfügbar
5090000	sonstige Umsatzerlöse	0 €	-9.201,90 €	9.201,90 €
5300100	Nebenerlöse aus Vermietung und Verpachtung	-10.465 €	0,00 €	-10.465,00 €
5309900	andere sonstige Nebenerlöse	-52 €	0,00 €	-52,00 €
5410310	Bedarfszuw. d Landes nach LAG,Landesausgleichsst.	-45.505 €	-45.505,00 €	-52,00 €
5428000	Zusch. für lfd Zwecke von übrigen Bereichen	-6.136 €	-500,00 €	-5.636,00 €
5989000	sonstige periodenfremde Erträge	0 €	-50,00 €	50,00 €
	Erträge gesamt:	**-62.158 €**	**-55.257 €**	**-6.953 €**
6010000	Aufw. für Büromat. u. Drucks. d. Verw. u. ähnl. Ei	3.410 €	1.669,90 €	1.740,10 €
6011000	Lehr- und Unterrichtsmittel	205 €	409,40 €	-204,40 €
6030000	Betriebsstoffe/Verbrauchswerkzeuge	2.040 €	170,76 €	1.869,24 €
6051000	Strom	3.000 €	1.080,00 €	1.920,00 €
6052000	Gas	1.900 €	4.800,00 €	-2.900,00 €
6056000	Wasser	700 €	0,00 €	700,00 €
6057000	Abwasser	500 €	0,00 €	500,00 €
6061000	Materialaufw. für Gebäude u. Außenanlagen	300 €	0,00 €	300,00 €
6062000	Materialaufw. für techn. Anlagen in Betriebsbauten	2.800 €	25,13 €	2.774,87 €
6063000	Materialaufw. für Einrichtungen und Ausstattungen	2.485 €	288,55 €	2.196,45 €
6069000	sonstiger Aufw. für Reparatur u. Instandhaltung	200 €	175,64 €	24,36 €
6081000	Reinigungsmaterial	750 €	81,03 €	668,97 €
6089000	übriger sonstiger Materialaufwand	200 €	57,98 €	142,02 €
6100000	Aufwendungen für bezogene Leistungen	18.631 €	13.163,86 €	5.467,14 €
6161000	Instandh. Gebäude, Außenanl. (Bauunterhaltung)	0 €	749,04 €	-749,04 €
6162000	Instandh. von techn. Anlagen in Betriebsbauten	150 €	0,00 €	150,00 €
6163000	Instandh. von Einrichtungen und Ausstattungen	450 €	0,00 €	450,00 €
6166000	Wartungskosten	250 €	271,32 €	-21,32 €
6171000	Aufwendungen für Fremdentsorgung	1.200 €	1.355,80 €	-155,80 €
6173000	Fremdreinigung	2.000 €	119,00 €	1.881,00 €
6179000	And. sonstige Aufwendungen für bezogene Leistungen	1.500 €	7.527,34 €	-6.027,34 €
6200001	Entg. für geleist. Arbeitszeit (einschl. Zulagen)	205.300 €	200.672,67 €	4.627,33 €
6300001	Dienst-, Amtsbezüge einschl. tarifl. Zulagen	54.100 €	54.131,10 €	-31,10 €
6400001	AG-Anteil zur Sozialvers. Entgeltbereich	45.500 €	44.305,59 €	1.194,41 €
6460003	Zuführung zu Pensionsrückstellungen	28.100 €	18.253,93 €	9.846,07 €
6461000	Zuführung zu Beihilferückstellungen	14.600 €	11.992,34 €	2.607,66 €
6470000	Zusatzversorgung Entgeltbereich	18.700 €	18.324,33 €	375,67 €
6640000	Abschr. auf and. Anlagen, BGA	0 €	87,28 €	-87,28 €
6650000	Abschreibung geringwertige Wirtschaftsgüter (GWG)	0 €	2.892,19 €	-2.892,19 €
6700000	Mieten, Pachten, Erbbauzinsen	32.300 €	32.203,92 €	96,08 €
6779000	Aufw. für andere Beratungsleistungen	0 €	4.323,27 €	-4.323,27 €
6810000	Aufw. für Zeitungen u Fachlit. d. Verw. u ähnl. Ei	1.050 €	1.093,04 €	-43,04 €
6820000	Porto und Versandkosten	250 €	116,80 €	133,20 €
6831000	Datenübertragungskosten	100 €	95,88 €	4,12 €
6832000	Telefonkosten	2.850 €	2.904,02 €	-54,02 €
6850000	Reisekosten	767 €	346,77 €	420,23 €
6880000	Aufw. Für Fort- und Weiterbildung	8.757 €	380,00 €	8.377,00 €
6909000	Beiträge für sonstige Versicherungen	1.810 €	872,86 €	937,14 €
6993000	übrige sonstige betriebliche Aufwendungen	757 €	713,30 €	43,70 €
	Aufwendungen gesamt:	**457.612 €**	**425.654,04 €**	**31.957,96 €**

Personal- und Stellenwirtschaft des Kreises Bergstraße für den Rechenschaftsbericht 2010

Am 31. Dezember 2010 waren in der Kreisverwaltung Bergstraße **819** Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter tätig. Beschäftigung und Stellen entwickelten sich wie folgt:

Personalentwicklung	**2010**	**2009**	**Veränderung 2010 zu 2009**
Beamtinnen / Beamte	151	154	-3
Beschäftigte	596	601	-5
Berufspraktikantinnen/-praktikanten	3	3	0
Aushilfen/Zeitangestellte	44	36	8
Auszubildende 1)	25	23	2
Summe:	**819**	**817**	**2**
./. beurlaubte Bedienstete	20	20	0
./. Bedienstete in der Freistellungsphase der Altersteilzeit	26	27	-1
aktive Mitarbeiter/innen in der Kreisverwaltung Bergstraße	**773**	**770**	3
davon ehemalige Landesbedienstete	97	98	-1

Stellenentwicklung	**2010**	**2009**	**Veränderung 2010 zu 2009**
Planstellen	**639**	**639**	**0**
davon für Beamtinnen/Beamte 2)	175	174	1
davon für tariflich Beschäftigte	436	435	1
davon für Auszubildende (incl. Berufspraktikanten)	28	30	-2
in den o.g. Planstellen beinhaltete Stellen der ehemaligen Landesverwaltung	78,5	78,5	0
tatsächlich besetzte Stellen zum 30.06.	**623**	**628**	**-5**

1) **Auszubildende zum Stichtag 31.12.2010:** 4 Azubis zum Diplom-Verwaltungswirt, 3 Azubis zum Bachelor of Arts (Allgemeine Verwaltung), 8 Azubis zum Bachelor of Arts B.A. (Fachrichtung Öffentliche Wirtschaft), 2 Azubis zur/zum Informatikkaufrau/ -kaufmann, 6 Azubis zur/zum Verwaltungsfachangestellten und 2 Azubis zur/zum Fachangestellten für Bürokommunikation

2) incl. Stellen für Beamte in Eigenbetrieben

Beschäftigte der Eigenbetriebe des Kreises Bergstraße sind in den Daten zur Personal- und Stellenentwicklung **nicht** enthalten.

Die Differenz zwischen der Anzahl der Beschäftigten und der Stellenanzahl durch teilzeitbeschäftigte MitarbeiterInnen begründet, die sich Stellen teilen.

Übersicht über die realen über- und außerplanmäßige Ausgaben des Haushaltsjahres 2010

KTR	KST	Bezeichnung	bewilligt	in Anspruch genommen
1261	1064	Zulassungs- und Fahrerlaubniswesen	11.690,00 €	11.423,64 €
2010	0003	Budget Joseph-Heckler-Schule Bensheim	260,00 €	258,80 €
2010	0028	Budget Daumbergschule Trösel	1.000,00 €	127,35 €
2010	0043	Budget Pestalozzischule Lampertheim	900,00 €	750,05 €
2010	0049	Budget Seehofschule Hüttenfeld	1.000,00 €	263,11 €
2010	0050	Budget Grundschule Elmshausen	790,00 €	725,23 €
2010	0059	Budget Brüder-Grimm-Schule Rimbach	310,00 €	273,05 €
2010	0075	Budget Grundschule Kappesgärten Bensheim	400,00 €	174,78 €
2021	0006	Budget Geschwister-Scholl-Schule Bensheim	95,00 €	75,20 €
2021	0031	Budget Martin-Buber-Schule Heppenheim	2.500,00 €	1.696,38 €
2021	0054	Budget Werner-von-Siemens-Schule Lorsch	5.000,00 €	2.688,89 €
2021	0060	Budget Dietrich-Bonhoeffer-Schule Rimbach	500,00 €	57,30 €
2021	0071	Budget Eugen-Bachmann-Schule Wald-Michelbach	500,00 €	109,04 €
2040	0005	Budget Goethe-Gymnasium Bensheim	6.000,00 €	5.928,71 €
2040	0044	Budget Lessing-Gymnasium Lampertheim	4.000,00 €	3.140,25 €
2040	0072	Budget Überwald-Gymnasium Wald-Michelbach	500,00 €	109,04 €
2040	1031	Budget Schulabteilung	28.000,00 €	27.523,73 €
2070	0045	Budget Berufliche Schulen Lampertheim	1.500,00 €	8,72 €
6010	2151	Steuern, allgemeine Zuweisungen und Umlagen	3.126,00 €	3.126,00 €
		Summe:	**68.071,00 €**	**58.459,27 €**

Haushaltswirtschaftliche Sperre für das Haushaltsjahr 2010
durch den Kreisausschuß

KTR	KST	Sachkonto	gesperrter Betrag in €	aufgehoben in €	noch gesperrt in €
1010	1001	7128001	10.000	0	10.000
1020	1011	6780000	10.000	0	10.000
1030	1001	6869000	8.000	0	8.000
1030	1001	6910000	7.000	0	7.000
1051	1014	6880000	20.000	9.900	10.100
1070	1015	6166000	20.000	0	20.000
1081	1015	6055000	20.000	10.000	10.000
1100	1016	6910000	5.000	0	5.000
1110	1017	6888000	15.000	1.650	13.350
1150	1062	6771000	5.000	5.000	0
1170	2151	6773000	10.000	0	10.000
1181	2151	6720000	10.000	0	10.000
1261	1064	6010010	60.000	60.000	0
1300	4150	6100600	120.000	0	120.000
1311	4150	6179000	25.000	0	25.000
1311	4150	7123000	10.000	0	10.000
1331	2140	6710000	10.000	2.000	8.000
1361	3101	6179000	50.000	20.000	30.000
2021	1031	6139200	150.000	148.500	1.500
2060	1031	6179000	50.000	50.000	0
2060	1031	7122000	50.000	50.000	0
2070	1031	7172000	50.000	25.220	24.780
2085	1031	6163000	50.000	50.000	0
2085	1031	6089000	50.000	50.000	0
2085	1031	6710000	220.000	220.000	0
2085	1031	6720000	50.000	50.000	0
2085	1031	6779000	50.000	50.000	0
2085	1031	7119000	200.000	5.100	194.900
2085	1031	7125010	100.000	0	100.000
3060	2191	6139000	5.000	0	5.000
3070	2183	7175000	20.000	0	20.000
3101	2191	7128000	50.000	50.000	0
3140	1133	6861000	55.000	45.000	10.000
3140	1133	7128000	100.000	10.000	90.000
3151	1133	6100000	10.000	0	10.000
3151	1133	7128000	410.000	0	410.000
3170	1133	6850000	10.000	5.000	5.000
3190	1133	6850000	10.000	5.000	5.000
3200	1133	6880000	5.000	0	5.000
3200	1133	6850000	5.000	5.000	0
4011	4161	6100000	20.000	0	20.000
5010	1001	6861000	20.000	20.000	0
5040	2181	6166000	15.000	10.000	5.000
5100	1041	6179000	10.000	10.000	0
5111	2065	6100000	10.000	0	10.000
5111	2065	6179000	10.000	0	10.000
		Summe :	**2.200.000**	**967.370**	**1.232.630**

Haushaltswirtschaftliche Sperre für das Haushaltsjahr 2010
durch den Haupt-, Finanz- und Personalausschuß

KTR	KST	Sachkonto	gesperrter Betrag in €	aufgehoben in €	noch gesperrt in €
2080	1031	6179200	400.000	264.000	136.000
2085	1031	6089000	65.000	0	65.000
5170	1041	7125000	20.000	0	20.000
		Summe :	**485.000**	**264.000**	**221.000**

Gesamtergebnisrechnung

Pos.	Konten	Bezeichnung	Ergebnis des Vorjahres 2009	Fortge-schriebener Ansatz des Hj. 2010	Ergebnis des Hj. 2010	Vergleich Ansatz / Ergebnis Hj. 2010
1	2	3	4	5	6	7
01	50	Privatrechtliche Leistungsentgelte	-62.240,27	-61.690	-38.766,82	-22.923,18
02	51	Öffentlich-Rechtliche Leistungsentgelte	-6.867.230,30	-6.398.180	-7.250.828,48	852.648,48
03	548-549	Kostenersatzleistungen und- erstattungen	-3.810.478,90	-4.048.105	-3.538.858,54	-509.246,46
04	52	Bestandsveränderungen + aktivierte Eigenleistungen	0,00	0	0,00	0,00
05	55	Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen	-147.760.820,08	-137.973.000	-137.991.740,08	18.740,08
06	547	Erträge aus Tranferleistungen	-74.270.025,71	-76.671.820	-75.496.841,26	-1.174.978,74
07	540-543	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	-58.784.354,36	-51.633.473	-52.898.755,35	1.265.282,35
08	546	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten	-2.220.174,18	-2.960.800	-3.032.752,19	71.952,19
09	53	Sonstige ordentliche Erträge	-369.812,73	-115.800	-950.035,80	834.235,80
10		**Summe der ordentlichen Erträge**	**-294.145.136,53**	**-279.862.868**	**-281.198.578,52**	**1.335.710,52**
11	62,63,65, 640-643 647-649	Personalaufwendungen	31.030.429,87	32.145.400	32.565.526,12	-420.126,12
12	644-646	Versorgungsaufwendungen	4.050.289,76	4.845.600	3.416.246,44	1.429.353,56
13	60, 61, 67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	28.800.659,54	25.571.591	23.890.137,04	1.681.453,96
14	66	Abschreibungen	4.477.648,23	4.904.653	5.527.872,68	-623.219,68
15	71	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie bes. Finanzzuwendungen	43.548.035,69	43.752.616	43.159.732,33	592.883,67
16	73	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen	39.442.971,66	43.133.700	43.093.702,49	39.997,51
17	72	Transferaufwendungen	144.873.523,37	152.621.850	150.578.172,13	2.043.677,87
18	70, 74, 76	Sonstige ordentliche Aufwendungen	9.084,55	8.000	5.479,56	2.520,44
19		**Summe der ordentlichen Aufwendungen**	**296.232.642,67**	**306.983.410**	**302.236.868,79**	**4.746.541,21**
20		**Verwaltungsergebnis (Pos. 10 ./. Pos 19)**	**2.087.506,14**	**27.120.542**	**21.038.290,27**	**6.082.251,73**
21	56, 57	Finanzerträge	-325.255,07	-343.500	-397.397,78	53.897,78
22	77	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	4.539.215,56	7.070.100	6.295.810,15	774.289,85
23		**Finanzergebnis (Pos. 21 ./. Pos. 22)**	**4.213.960,49**	**6.726.600**	**5.898.412,37**	**828.187,63**
24		**Ordentliches Ergebnis (Pos. 20 + Pos. 23)**	**6.301.466,63**	**33.847.142**	**26.936.702,64**	**6.910.439,36**
25	59	Außerordentliche Erträge	-6.994.024,37	-1.020.691	-1.667.934,82	647.243,82
26	79	Außerordentliche Aufwendungen	9.894.094,99	933.815	3.578.128,28	-2.644.313,28
27		**Außerordentliches Ergebnis (Pos. 25 ./. Pos. 26)**	**2.900.070,62**	**-86.876**	**1.910.193,46**	**-1.997.069,46**
28		**Jahresergebnis (Pos. 24 + Pos. 27)**	**9.201.537,25**	**33.760.266**	**28.846.896,10**	**4.913.369,90**
29		Sekundäre Erträge	-7.036.420,80	-9.051.059	-9.234.911,53	183.852,53
30		Sekundäre Aufwendungen	7.036.420,80	9.051.059	9.234.911,53	-183.852,53
31		**Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**	**0,00**	**0**	**0,00**	**0,00**
32		**Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen**	**9.201.537,25**	**33.760.266**	**28.846.896,10**	**4.913.369,90**

Gesamtfinanzrechnung (indirekt gem. § 47 Abs. 1 GemHVO)

Pos.	Bezeichnung	Ergenbis des Vorjahres 2009	Fortge-schriebener Ansatz des Hj. 2010	Ergebnis des Hj. 2010	Vergleich Ansatz / Ergebnis Hj. 2010
1	2	3	4	5	6
01	Jahresergebnis der Gesamtergebnisrechnung	-9.201.537,25	-33.760.266	-28.846.896,10	-4.913.369,90
02	+/- Abschreibungen/Zuschreibungen auf Vermögensgegenstände des Anlagevermögens	3.428.762,80	4.904.653	4.849.785,59	54.867,41
03	- Erträge aus der Auflösung von Sonderposten für erhaltene Investitionszuweisungen	-2.220.174,18	-2.960.800	-3.032.752,19	71.952,19
04	+/- Zunahme/Abnahme von Rückstellungen	2.528.851,00	650.800	-120.914,45	771.714,45
05	-/+ Erträge/Aufwendungen aus dem Abgang von Vermögensgegenständen des Anlagevermögens	4.597.362,78	520.000	312.470,76	207.529,24
06	+/- Sonstige nicht zahlungswirksame Aufwendungen und Erträge	0,00	0	1.115.565,62	-1.115.565,62
07	-/+ Zunahme/Abnahme der Vorräte, Forderungen aLL sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-859.586,57	-1.000.000	-982.435,24	-17.564,76
08	+/- Zunahme/Abnahme der Verbindlichkeiten aLL sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-971.438,97	-1.000.000	2.247.871,03	-3.247.871,03
09	**Finanzmittelfluss aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**-2.697.760,39**	**-32.645.613**	**-24.457.304,98**	**-8.188.308,02**
10	Einzahlungen aus Investitionszuw. und -zuschüssen sowie Investitionsbeiträgen	23.318.811,17	15.592.200	12.670.347,16	2.921.852,84
11	+ Einzahlungen aus Abgängen v. Vermögensgegenst. des Sachanlageverm. und imm. Anlagevermögens	10.120,49	5.000	9.108,35	-4.108,35
12	- Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen und imm. Anlagevermögens	-22.506.625,66	-24.035.050	-31.132.504,15	7.097.454,15
	(davon: Auszahlungen für aktivierte Investitionszuweisungen und -zuschüsse)	*-17.935.596,80*	*-19.979.050*	*-26.522.001,13*	6.542.951,13
13	+ Einzahlungen aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Finanzanlageverm.	21.145,23	521.000	369.954,49	151.045,51
	(davon: Einzahlungen aus der Tilgung von gewährten Krediten)	*21.145,23*	*521.000*	*369.954,49*	*151.045,51*
14	- Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-229.553,84	-590.000	-680.376,77	90.376,77
	(davon: Auszahlungen aus der Gewährung von Krediten)	*-150.500,00*	*-500.000*	*-596.600,00*	*96.600,00*
15	**Finanzmittelfluss aus Investitionstätigkeit**	**613.897,39**	**-8.506.850**	**-18.763.470,92**	**10.256.620,92**
16	Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten und der Begebung von Anleihen	188.858.411,59	307.666.950	173.382.817,75	134.284.132,25
	(davon: Kreditaufnahmen für Umschuldungen)	*3.457.904,26*	*3.160.100*	*3.139.156,09*	*20.943,91*
	(davon: Einzahlungen aus der Aufnahme von Kassenkrediten)	*176.038.000,00*	*296.000.000*	*166.162.000,00*	*129.838.000,00*
17	- Auszahlungen aus der Tilgung von Krediten und Anleihen	-186.948.915,61	-266.256.900	-129.895.051,27	-136.361.848,73
	(davon: Tilgungen für Umschuldungen)	*-3.457.904,26*	*-3.160.100*	*-3.139.156,09*	*-20.943,91*
	(davon: Auszahlungen aus der Tilgung von Kassenkrediten)	*-181.020.000,00*	*-260.000.000*	*-123.920.000,00*	*-136.080.000*
18	**Finanzmittelfluss aus Finanzierungstätigkeit**	**1.909.495,98**	**41.410.050**	**43.487.766,48**	**-2.077.716,48**
19	Einzahlungen Aus fremden Finanzmitteln	49.074.917,18	50.000.000	42.327.936,00	7.672.064,00
20	Auszahlungen aus fremden Finanzmitteln	-48.920.828,66	-50.000.000	-42.757.185,14	-7.242.814,86
21	**Finanzmittelüberschuss / -fehlbedarf aus haushaltsunwirksamen Zahlungsvorgängen**	**154.088,52**	**0,00**	**-429.249,14**	**429.249,14**
22	**Finanzmittelüberschuss/-fehlbedarf des Haushaltsjahres (Pos. 9, 15, 18 und 21)**	**-20.278,50**	**257.587**	**-162.258,56**	**419.845,56**
23	**Finanzmittelbestand am Anfang des Haushaltsjahres**	**585.349,84**	**585.350**	**565.071,34**	**20.278,66**
24	**Finanzmittelbestand am Ende des Haushaltsjahres (Pos. 22 + 23)**	**565.071,34**	**842.937**	**402.812,78**	**440.124,22**

Gesamtfinanzrechnung (direkt gem. § 47 Abs. 2 und 3 GemHVO)

Pos.	Beschreibung	Ergenbis des Vorjahres 2009	Ergebnis des Hj. 2010	Vergleich Ergebnis des Hj. 2009 / 2010
1	2	3	4	5
01	Privatrechtliche Leistungsentgelte	75.587,30	39.859,80	35.727,50
02	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	6.821.292,63	6.969.897,11	-148.604,48
03	Kostenzusatzleistungen und -erstattungen	3.668.973,33	4.223.730,46	-554.757,13
04	Steuern- und steuerähnliche Erträge einschl.	147.760.820,08	137.991.739,84	9.769.080,24
05	Einzahlungen aus Transferleistungen	72.517.040,92	75.004.835,92	-2.487.795,00
06	Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke und allg. Umlagen	59.016.681,72	52.669.555,17	6.347.126,55
07	Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	356.364,04	347.450,85	8.913,19
08	Sonstige ordentliche Einz. u. sonst. außerordentl.	1.854.479,04	498.251,27	1.356.227,77
09	**Summe Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	**292.071.239,06**	**277.745.320,42**	**14.325.918,64**
10	Personalauszahlungen	-31.481.510,94	-31.974.279,99	492.769,05
11	Versorgungsauszahlungen	-2.895.249,22	-2.586.510,59	-308.738,63
12	Auszahlungen aus Sach- und Dienstleistungen	-29.555.692,03	-23.978.314,52	-5.577.377,51
13	Auszahlungen für Transferleistungen	-145.518.981,63	-149.256.260,33	3.737.278,70
14	Auszahlungen für Zuweisungen und Zuschüsse für lfd. Zwecke sowie besondere Finanzauszahlungen	-41.140.043,38	-45.054.982,00	3.914.938,62
15	Ausz. für Steuern einschl. Auszahlungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen	-39.413.534,16	-43.089.013,99	3.675.479,83
16	Zinsen und ähnliche Auszahlungen	-4.733.921,54	-6.257.116,42	1.523.194,88
17	Sonst. ordentliche Ausz. und sonstige außerordentliche Auszahlungen (ohne Investitionstätigkeit)	-30.066,55	-6.147,56	-23.918,99
18	**Summe Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	**-294.768.999,45**	**-302.202.625,40**	**7.433.625,95**
19	**Finanzmittelüberschuss/-fehlbetrag aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	**-2.697.760,39**	**-24.457.304,98**	**21.759.544,59**
20	Einzahlungen aus Investitionszuw. und -zuschüssen sowie Investitionsbeiträgen	23.318.811,17	12.670.347,16	10.648.464,01
21	Einzahlungen aus Abgängen v. Vermögensgegenst des Sachanlageverm. und imm. AV	10.120,49	9.108,35	1.012,14
22	Einzahlungen aus Abgängen v. Vermögensgegenständen des Finanzanlagevermögens	21.145,23	369.954,49	-348.809,26
23	**Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 20 bis 22)**	**23.350.076,89**	**13.049.410,00**	**10.300.666,89**
24	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	-150.103,43	-104.668,90	-45.434,53
25	Auszahlungen für Baumaßnahmen	-1.160.015,68	-1.093.591,76	-66.423,92
26	Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immateriellen Anlagevermögen	-21.196.506,55	-29.934.243,49	8.737.736,94
27	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-229.553,84	-680.376,77	450.822,93
28	**Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 24 bis 27)**	**-22.736.179,50**	**-31.812.880,92**	**9.076.701,42**
29	**Finanzmittelüberschuss/-fehlbetrag aus Investitionstätigkeit (Pos 23 ./. 28)**	**613.897,39**	**-18.763.470,92**	**19.377.368,31**
30	Einz. aus der Aufnahme von Krediten und innere Darlehen für Investitionen und Begebung von Anleihen	188.858.411,59	173.382.817,75	15.475.593,84
	(davon: Einzahlungen aus der Aufnahme von Kassenkrediten)	*176.038.000,00*	*166.162.000,00*	*9.876.000,00*
31	Ausz. aus der Aufnahme von Krediten und innere Darlehen für Investitionen und Begebung von Anleihen	-186.948.915,61	-129.895.051,27	-57.053.864,34
	(davon: Auszahlungen aus der Tilgung von Kassenkrediten)	*-181.020.000,00*	*-123.920.000,00*	*-57.100.000,00*
32	**Finanzmittelüberschuss/-fehlbetrag aus Finanzierungstätigkeit (Pos. 30 ./. 31)**	**1.909.495,98**	**43.487.766,48**	**-41.578.270,50**
33	Einzahlungen aus fremden Finanzmitteln	49.074.917,18	42.327.936,00	6.746.981,18
34	Auszahlungen aus fremden Finanzmitteln	-48.920.828,66	-42.757.185,14	-6.163.643,52
35	**Finanzmittelüberschuss/-fehlbetrag aus haushaltsunwirksamen Zahlungsvorgängen**	**154.088,52**	**-429.249,14**	**583.337,66**
36	**Finanzmittelüberschuss/-fehlbetrag des Haushaltsjahres (Pos. 19, 29, 32, 35)**	**-20.278,50**	**-162.258,56**	**141.980,06**
37	Finanzmittelbestand am Anfang des Haushaltsjahres	585.349,84	565.071,34	20.278,50
38	**Finanzmittelbestand am Ende des Haushaltsjahres (Pos. 36 und 37)**	**565.071,34**	**402.812,78**	**162.258,56**